



# HESSISCHER LANDTAG

01. 04. 2009

## 7. Sitzung

Wiesbaden, den 1. April 2009

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	363	<b>b) Wahl oder Wiederwahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	363	Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	363	– Drucks. 18/267 – . . . . .	378
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	363	<i>Gewählt:</i>	
Vizepräsident Heinrich Heidel . . . . .	393	<i>Dr. Günter Paul</i> . . . . .	378
		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	378
<b>63. Regierungserklärung der Landesregierung betreffend „Tarifpolitik in schwierigen Zeiten – gut für die Bediensteten, verantwortungsvoll gegenüber dem Steuerzahler“</b> . . . . .	363	<b>c) Wahl oder Wiederwahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen</b>	
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> . . . . .	377	Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP	
<b>69. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Abschluss eines Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst</b>		– Drucks. 18/268 – . . . . .	378
– Drucks. 18/298 – . . . . .	363	<i>Gewählt:</i>	
<i>Angenommen</i> . . . . .	377	<i>Dr. Wolfgang Teufel</i> . . . . .	378
Minister Volker Bouffier . . . . .	364	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	378
Günter Rudolph . . . . .	366		
Dr. Frank Blechschmidt . . . . .	368	<b>34. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Gesamtverantwortung wahrnehmen – politische Taktiererei beenden</b>	
Jürgen Frömmrich . . . . .	370, 374	– Drucks. 18/255 – . . . . .	378
Hermann Schaus . . . . .	373, 375, 376	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	392
Peter Beuth . . . . .	375	Norbert Schmitt . . . . .	378
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	377	Clemens Reif . . . . .	380
		Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	382
<b>4. Wahlen zum Staatsgerichtshof des Landes Hessen</b>		Florian Rentsch . . . . .	384, 386
<b>a) Wahl der nicht richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen</b>		Dr. Thomas Spies . . . . .	385
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD		Tarek Al-Wazir . . . . .	386
– Drucks. 18/150 – . . . . .	377	Janine Wissler . . . . .	387
Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Minister Dieter Posch . . . . .	389
– Drucks. 18/151 – . . . . .	377	Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	391
Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der FDP		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	392
– Drucks. 18/152 – . . . . .	377	<b>4. d) Vereidigung des Präsidenten sowie des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen und der Landesanwaltschaft durch den Präsidenten des Hessischen Landtags bzw. bei Wiederwahl Hinweis auf den bereits geleisteten Eid</b> . . . . .	392
<i>Gewählt:</i>		<i>Vollzogen</i> . . . . .	393
<i>Dr. Günter Paul</i>		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	392
<i>Dr. Wolfgang Teufel</i>		Landesanwältin Prof. Dr. Monika Böhm . . . . .	393
<i>Prof. Dr. Steffen Detterbeck</i>			
<i>Prof. Dr. Klaus Lange</i>			
<i>Paul Leo Giani</i>			
<i>Rupert von Plottnitz</i> . . . . .	378		
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	377		

	Seite		Seite
e) <b>Vereidigung der nicht richterlichen Mitglieder sowie zweier richterlicher Mitglieder des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs bzw. bei Wiederwahl Hinweis auf den bereits geleisteten Eid</b>	393	Ursula Hammann	408, 416
<i>Vollzogen</i>	393	Kurt Wiegel	410
Präsident Dr. Günter Paul	393	René Rock	411
Präsident Norbert Kartmann	393	Janine Wissler	412
		Frank Sürmann	414
		Ministerin Silke Lautenschläger	414
		Vizepräsidentin Sarah Sorge	417
27. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Hilfe aus einer Hand bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten – Landesregierung muss im Bundesrat aktiv werden</b>	393	14. Mitteilung der Landesregierung betreffend <b>Änderung der Zuständigkeit der einzelnen Ministerinnen und Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen</b>	
– Drucks. 18/229 –	393	– Drucks. 18/182 –	417
<i>Abgelehnt</i>	403	<i>In geänderter Form zur Kenntnis genommen</i>	422
72. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Reform der Betreuungsstrukturen für Arbeitsuchende nach dem SGB II</b>		23. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie, Gesundheit und Soziales</b>	
– Drucks. 18/301 –	393	– Drucks. 18/225 –	417
<i>Angenommen</i>	403	<i>Abgelehnt</i>	422
Marcus Bocklet	393, 398, 403	Minister Stefan Grüttner	417
Dr. Ralf-Norbert Bartelt	395	Kordula Schulz-Asche	418
Petra Fuhrmann	396, 399, 402	Patrick Burghardt	419
Marjana Schott	399, 400	Dr. Thomas Spies	420
Dr. Andreas Jürgens	400, 403	Marjana Schott	421
René Rock	401	Hans-Christian Mick	421
Minister Jürgen Banzer	402	Vizepräsidentin Sarah Sorge	422
Vizepräsident Frank Lortz	403	53. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b>	
		– Drucks. 18/161 –	422
38. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>sichere, umweltverträgliche und preiswerte Energieversorgung für Hessen</b>	403	<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	422
– Drucks. 18/259 –	403	Vizepräsidentin Sarah Sorge	422
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, überwiesen</i>	417	44. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Nachtflugverbot für den Flughafen Frankfurt</b>	
		– Drucks. 18/186 zu Drucks. 18/42 –	422
19. Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>kein Ausstieg aus dem Atomausstieg</b>	404	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	422
– Drucks. 18/209 –	404	Vizepräsidentin Sarah Sorge	422
<i>Abgelehnt</i>	417	45. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Jobmotor Flughafen Frankfurt am Main – Ausbau und Zehntausende Arbeitsplätze kommen</b>	
21. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Umweltministerin Lautenschläger betreibt Geschäft der Atomlobby</b>	404	– Drucks. 18/187 zu Drucks. 18/77 –	422
– Drucks. 18/223 –	404	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	422
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i>	417	Vizepräsidentin Sarah Sorge	422
25. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Energieversorgung von morgen gestalten – Atomrisiko beenden</b>		47. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Betreuung von Langzeitarbeitslosen</b>	
– Drucks. 18/227 –	404	– Drucks. 18/211 zu Drucks. 18/131 –	422
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i>	417	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	422
		Vizepräsidentin Sarah Sorge	422
78. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>sichere, umweltverträgliche und preiswerte Energieversorgung für Hessen nur ohne Kohle und Atom erreichbar</b>	404	48. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>gesetzliche Krankenversicherung zukunftsfest machen</b>	
– Drucks. 18/307 –	404	– Drucks. 18/212 zu Drucks. 18/145 –	423
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, überwiesen</i>	417	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	423
Peter Stephan	404	Vizepräsidentin Sarah Sorge	423
Manfred Görig	406		

	Seite		Seite
49. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Hessen braucht weiterhin ein Sozialministerium</b>		59. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Evangelische Fachhochschule Darmstadt</b>	
– Drucks. 18/213 zu Drucks. 18/43 – . . . . .	423	– Drucks. 18/272 zu Drucks. 18/53 – . . . . .	423
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	423	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	423
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	423	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	423
50. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>solidarische Krankenversicherung stärken</b>		60. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>sichere Zukunft für die Evangelische Fachhochschule Darmstadt</b>	
– Drucks. 18/214 zu Drucks. 18/75 – . . . . .	423	– Drucks. 18/273 zu Drucks. 18/153 – . . . . .	423
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	423	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	423
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	423	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	423
51. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>einstimmigen Beschluss der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister zur Neuorganisation des SGB II umsetzen</b>		61. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>neues Zuweisungsverfahren für Hessens Schulen</b>	
– Drucks. 18/215 zu Drucks. 18/76 – . . . . .	423	– Drucks. 18/274 zu Drucks. 18/73 – . . . . .	423
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	423	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	423
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	423	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	423
52. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Verurteilung rechter Gewalt</b> , zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Verurteilung rechtsextremistischer Gewalt</b> und zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Verurteilung von Extremismus in Hessen</b>		62. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Lehrerzuweisung neu strukturieren – Transparenz herstellen, Ressourcen zielgerichtet einsetzen</b>	
– Drucks. 18/217 zu Drucks. 18/46, zu Drucks. 18/47 und zu Drucks. 18/49 – . . . . .	423	– Drucks. 18/275 zu Drucks. 18/135 – . . . . .	424
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	423	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	424
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	423	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	424

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsident Heinrich Heidel  
Vizepräsidentin Sarah Sorge

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen  
beim Bund Michael Boddenberg  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Silke Lautenschläger  
Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer  
Kultusministerin Dorothea Henzler  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
Staatssekretärin Nicola Beer  
Staatssekretär Boris Rhein  
Staatssekretär Horst Westerfeld  
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
Staatssekretär Steffen Saebisch  
Staatssekretär Mark Weinmeister  
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper  
Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Andrea Ypsilanti

(Beginn: 9:04 Uhr)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da es auf der Autobahn einen Stau gibt, schlagen wir vor, noch einige Minuten mit der Eröffnung der Sitzung zu warten. Wir zählen auch in den Reihen der Fraktionen noch einmal durch, um herauszufinden, ob wir, wie angekündigt, in die Wahlen eintreten können oder ob wir gegebenenfalls die Reihenfolge der Tagesordnung etwas verändern müssen. Ich darf die parlamentarischen Geschäftsführer bitten, sich bei den Fraktionen zu erkundigen und dann zu mir zu kommen, damit wir uns über die Reihenfolge abstimmen können.

(Unterbrechung von 9:05 bis 9:09 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir können in die Tagesordnung eintreten. Ich darf die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen.

Erledigt sind die Punkte 1 bis 3, 5 bis 11, 13, 22, 33, 43, 65 und 73.

Eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend sichere, umweltverträgliche und preiswerte Energieversorgung für Hessen nur ohne Kohle und Atom erreichbar, Drucks. 18/307. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 78 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 38 zu diesem Thema aufgerufen werden.

Eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Patienten in den Mittelpunkt – medizinische Versorgung bester Qualität auch im ländlichen Raum langfristig sicherstellen, Drucks. 18/308. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 79. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. – Dem wird nicht widersprochen.

Eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung, Drucks. 18/309. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 80. Die Redezeit beträgt auch hier fünf Minuten pro Fraktion.

Eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend nachhaltige Industriepolitik in Hessen umsetzen: Sicherung von Arbeitsplätzen im Kalibergbau und Verringerung der Salzbelastung von Werra und Weser, Drucks. 18/310. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 81 und könnte, wenn dem nicht widersprochen wird, mit den Tagesordnungspunkten 12, 18 und 35 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Dem wird nicht widersprochen. Dann können wir so verfahren.

Eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend strategische Neuausrichtung der globalen Abrüstungs- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen vorantreiben, Drucks. 18/311. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 82. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. – Nein? Herr Wagner, bitte.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich bitte, diesen Tagesordnungspunkt im Anschluss an die Aktuelle Stunde, Tagesordnungspunkt 54, ohne Aussprache aufzurufen.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Das können wir so machen. Dem wird nicht widersprochen.

Ferner ist eingegangen ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend keine Einführung der „Section-Control“ auf hessischen Straßen, Drucks. 18/312. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 83 und könnte, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 32 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Dies wird so beschlossen.

Herr Wagner, bitte.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich wollte Sie vorhin nicht unterbrechen. Ich bitte aber darum, Tagesordnungspunkt 79, Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Patienten in den Mittelpunkt – medizinische Versorgung bester Qualität auch im ländlichen Raum langfristig sicherstellen, gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 40 aufzurufen.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Das passt. Das machen wir so.

Zum Ablauf der Sitzung: Vereinbarungsgemäß tagen wir heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden.

Es fehlen entschuldigt Frau Staatsministerin Lautenschläger von 9 bis 11 Uhr und Herr Staatsminister Boddenberg am Nachmittag.

Ich darf mitteilen, dass in der Mittagspause, voraussichtlich gegen 13 Uhr, der Haushaltsausschuss im Raum 301 P tagt.

Wir, die parlamentarischen Geschäftsführer und ich, haben uns eben darauf geeinigt, dass wir nicht mit den Wahlen beginnen, weil einige Kollegen, bedingt durch die Verkehrssituation, immer noch nicht anwesend sein können.

Ich darf deshalb **Tagesordnungspunkt 63** aufrufen:

**Regierungserklärung der Landesregierung betreffend „Tarifpolitik in schwierigen Zeiten – gut für die Bediensteten, verantwortungsvoll gegenüber dem Steuerzahler“**

Dazu wird noch **Tagesordnungspunkt 69** aufgerufen:

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Abschluss eines Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst – Drucks. 18/298 –**

Die vorgesehene Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion. Ich darf der Landesregierung das Wort erteilen. Ich vermute, es spricht Herr Innenminister Bouffier.

(Zurufe)

– Da lag ich also nicht ganz falsch. – Herr Bouffier, Sie haben das Wort.

### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich will natürlich helfen, dass wir nachher bei den Wahlen vollständig sind.

Wie Sie wissen, haben wir in Hessen seit einigen Jahren eine besondere Entwicklung hinsichtlich der Tarifpolitik. Wir konnten am vergangenen Wochenende mit den Gewerkschaften einen Tarifvertrag für Hessen abschließen. Das Ganze will ich überschreiben:

Tarifpolitik in schwierigen Zeiten – gut für die Bediensteten, verantwortungsvoll gegenüber dem Steuerzahler

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das ist ein Umbruch und ein Aufbruch zugleich. Das ist es, weil wir Hessen, wie Sie wissen, uns vor einigen Jahren dafür entschieden haben, aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder auszutreten, um unsere spezifisch hessischen Interessen in den Tarifvertragsverhandlungen mit den Gewerkschaften besser zur Geltung bringen zu können und nicht automatisch an die Tarifgemeinschaft angekoppelt zu sein, die die Interessen von Sachsen-Anhalt bis Saarland und von Schleswig-Holstein bis Bayern in irgendeiner Weise immer nivellieren muss, weswegen die eigenen hessischen Landesinteressen unserer Ansicht nach nicht richtig abgebildet werden können.

Die Tatsache, dass es nun gelungen ist, einen eigenen Tarifvertrag für Hessen zu schaffen, stellt einen Paradigmenwechsel dar. Das zeigt Folgendes.

Die Gewerkschaften haben ausdrücklich anerkannt, dass diese politische Grundsatzentscheidung für die Zukunft gelten soll. Für die Tatsache, dass sich die Gewerkschaften bereit erklärt haben, für Hessen einen eigenen Tarifvertrag, ein eigenes Tarifwerk zu schaffen, bedanke ich mich ausdrücklich bei den Partnern in den Gewerkschaften.

Ich weiß, das war auch für sie nicht einfach. Aber unter dem Strich haben die Interessen, auf der einen Seite den Beschäftigten des Landes Hessen zu ermöglichen, an der Einkommensentwicklung teilzunehmen, und auf der anderen Seite die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu beachten, das also in ein ausgewogenes Maß zu bringen, die Bedenken überwogen. Deshalb ist aus meiner Sicht die Diskussion um den Wiedereintritt Hessens in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder praktisch beendet.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben mit der Gewerkschaft der Polizei, mit ver.di, mit der tarifunion, der GEW und den Gewerkschaften für die Waldarbeiter eine ausgesprochen harte Auseinandersetzung führen müssen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Landesregierung und hier insbesondere der Tarifminister zweierlei Aufgaben haben. Auf der einen Seite haben wir darauf zu achten, dass auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnehmen. Auf der anderen Seite ist nicht zuletzt im Hinblick auf die bedrückende Entwicklung der Finanzen, die der Finanzminister vor Kurzem deutlich gemacht hat, darauf zu achten, dass wir bei den Belastungen, die letztlich der Steuerzahler zu tragen hat, ein vertretbares Maß nicht übersteigen.

Lassen Sie mich folgende Kernpunkte des Ergebnisses herausstellen. Die Vergütung der Angestellten und Arbeiter wird ab dem 1. April 2009 um 3 % und ab dem 1. März 2010 um weitere 1,2 % erhöht. Die Beschäftigten erhalten in diesem Jahr zeitnah eine Einmalzahlung in Höhe von 500 €.

Die unteren Entgeltgruppen erhalten ab dem Jahr 2010 eine sogenannte Jahressonderzahlung – das ist das, was man früher gemeinhin Weihnachtsgeld nannte – in Höhe von 90 %, die mittleren und höheren Entgeltgruppen erhalten eine Jahressonderzahlung in Höhe von 60 %. Hessen zahlt weiterhin eine Kinderzulage, die 100 € pro Monat und Kind beträgt. Ab dem dritten Kind – das betrifft also auch jedes weitere – erhöht sich diese Zulage um 51,50 €.

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit wird in Hessen 40 Stunden ab dem Jahr 2010 betragen. Davon wird es Ausnahmen geben. Es werden Übergangsregelungen geschaffen werden.

Unter dem Strich kostet dieser Tarifabschluss für die Tarifbeschäftigten, bezogen auf die Laufzeit des Tarifvertrags bis zum 31. Dezember 2010, zusätzliche 135 Millionen €. Das ist, wie ich finde, ein sehr beachtlicher Betrag. Angesichts der anhaltend schwierigen Haushaltslage des Landes kann man nicht darüber hinwegsehen, dass das für den Steuerzahler eine beachtliche Bürde ist.

Dennoch ist der in Hessen erzielte Abschluss günstiger als der Abschluss der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Ich habe gelesen, dass das teilweise nicht nachvollzogen werden konnte. Ich will Sie nicht mit den tarifpolitischen Einzelheiten quälen. Ich will nur so viel dazu sagen: Das ist nicht die Quadratur des Kreises, sondern das liegt einfach daran, dass wir in Hessen eine andere Tarifstruktur haben.

Das hat zwei Gründe. Im Gegensatz zu dem, was die Tarifgemeinschaft der Länder vereinbart hat, haben wir nicht eine Sockelerhöhung aller Tarife vorgenommen. Wenn Sie erst einmal bei allen Tarifen, also bei allen Entgeltgruppen, den Sockel automatisch erhöhen und darauf dann die Prozente rechnen, haben Sie zwei Komponenten. Zum einen haben Sie eine Verteuerung, bevor Sie die 3 % überhaupt drauflegen.

Aber eines ist viel wichtiger: Sie haben diesen Sockel für alle Zeiten festgeschrieben. Das bedeutet, dass Sie grundsätzlich auf einem höheren Niveau als andere beginnen.

Wir haben stattdessen eine Einmalzahlung in Höhe von 500 € gewählt. Allein dieser Regelungsmechanismus bedeutet, dass es einen Unterschied von 27 Millionen € pro Jahr gibt.

Herr Kollege Frömmrich, Sie können Ihr Haupt noch so bedeutungsvoll von links nach rechts – wie soll ich es sagen? – wägen.

(Günter Rudolph (SPD): Wollen Sie das unterbinden?)

– Nein, ich war mir da nur hinsichtlich eines nicht sicher. Herr Kollege Rudolph, wir haben noch ein bisschen Zeit, bis die anderen kommen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Herr Kollege Rudolph, ich war mir nicht sicher, ob mir der Herr Kollege Frömmrich, nickend, zustimmen wollte oder

ob er am Zweifeln war. Aber ganz offensichtlich sind die Mitglieder der Opposition selbst dann anderer Auffassung, wenn alle einverstanden sind. Alle Vertreter der Arbeitnehmer, das Land und alle anderen sagen: Das ist ein guter Abschluss. – Außer den Vertretern der Opposition finden das alle gut. Ich bitte Sie jetzt herzlich: Anstatt so, könnten Sie auch einmal so machen. – Das wäre doch ganz prima.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Wir wollten, dass Sie heute Morgen ein bisschen munter werden!)

Ich habe schon darauf hingewiesen. Wir glauben, dass es richtig ist, mit Einmalzahlungen zu arbeiten. Die 500 € sollen zusammen mit dem Gehalt für den Monat Juni 2009 bezahlt werden. Das ist eine beachtliche Größenordnung. Das hilft unseren Beschäftigten. Das ist fühlbar, und das passt in die konjunkturpolitische Landschaft, dass wir den Menschen Geld in die Hand geben wollen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da habe ich genickt!)

Aber es belastet uns nicht ad infinitum jedes Mal durch einen Sockelbetrag. Die 1,2 %, die im nächsten Jahr hinzutreten, sind mit dem identisch, was die Tarifgemeinschaft der Länder vereinbart hat.

Wir haben allerdings – darauf lege ich Wert – bei diesem Tarifvertrag an vielen Stellen insbesondere eine sozialpolitische Komponente eingebaut. Der Unterschied zwischen anderen und dieser doch sehr beachtlichen Einmalzahlung liegt einfach darin: Wenn Sie linear bei allen etwas erhöhen und bei allen sockeln, dann ist der Effekt des Mehrverdienstes bei denen, die in höheren Einkommensklassen sind, natürlich höher als bei denen, die unten sind. Das machen wir nicht. Wir zahlen für den Pförtner genau das Gleiche wie für den Behördenchef.

(Günter Rudolph (SPD): Ist das gerecht?)

Das kann man für richtig oder für falsch halten. Ich habe es jedenfalls für richtig gehalten und deshalb auch so abgeschlossen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Meine Damen und Herren, ich will Sie besonders auf einen Punkt hinweisen, der der Landesregierung sehr wichtig ist. Ich spreche davon, dass wir uns bei diesem Tarifvertrag besonders um sozialpolitische Elemente gekümmert haben. Hessen ist das einzige Land in Deutschland, in dem es auch in Zukunft eine besondere Stellung für Familien mit Kindern gibt. Das gibt es sonst nirgends.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die Tarifgemeinschaft hat das abgeschafft. Ich habe das immer für falsch gehalten. Wir können nicht dauernd Festreden halten, wie wir gerade Familien mit Kindern unterstützen, um dann, weil wir nicht den Mut haben, Prioritäten zu setzen, das, was das auch bei den anderen bisher mehr gekostet hat, abzuräumen und in allgemeine Tarifierhöhungen einzubauen. Das ist die Leistung der TdL gewesen.

Ich habe dies immer für falsch gehalten. Bei uns gibt es auch in Zukunft pro Kind 100 € pro Monat. Ab dem dritten Kind und für jedes weitere Kind erhöht sich diese Summe um 51,50 €.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Meine Damen und Herren, wenn Tarifpolitik auch etwas mit Sozialpolitik zu tun hat, ist das aus meiner Sicht der Unterschied zwischen dem hessischen Tarifvertrag und allen anderen, und darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der CDU)

Wer „TdL“ sagt, muss auch sagen: Für Familien mit Kindern gibt es das dann nicht mehr. – Ich halte das für unvertretbar, jedenfalls aus unserer Sicht.

Ein wichtiger Punkt, auf den ich Sie hinweisen will, ist die Wochenarbeitszeit. Hessen ist das erste und bislang einzige Land, in dem es eine Tarifvereinbarung zu 40 Stunden Wochenarbeitszeit gibt. Das gibt es sonst nirgends. Wie erklärt sich das?

(Günter Rudolph (SPD): Ja?)

Die TdL hat mathematische Regeln aufgestellt, wie man zu einer Wochenarbeitszeit kommt, was dazu führt, dass das von Land zu Land sehr unterschiedlich ist. Die Bayern behaupten – so sage ich einmal vorsichtig –, sie hätten 40 Stunden 6 Minuten. Andere Länder liegen unter 39 Stunden. Ich will das alles nicht weiter vertiefen. Fakt ist und bleibt ein herausragender Unterschied. Ich weiß, Tarifpolitik ist nicht ganz einfach. Deshalb sage ich es so deutlich, weil man gelegentlich fragt: Warum bist du nicht in die TdL eingetreten? – Deshalb konzentriere ich mich auf die Unterschiede.

Es gibt nur bei uns den Tarifvertrag mit 40 Stunden. Das war für die Gewerkschaften eine außerordentlich schwere Kost. Das weiß ich. Allerdings habe ich großen Wert darauf gelegt, dass wir gerade hier zu einer Regelung kommen. Das hat zwei Gründe.

Zum einen hat es den Grund, dass die Landesregierung bestrebt ist, den Unterschied zwischen der Arbeitszeit der Beamten und der Arbeitszeit der Angestellten und Tarifbeschäftigten nicht mehr zwischen 38,5 und 42 Stunden zu lassen, sondern wir haben in Zukunft bei den Tarifbeschäftigten 40 Stunden, wir haben bei den Beamten 40, 41, 42 Stunden. Und es ist die Absicht der Landesregierung – die kennen Sie –, durch ein Lebensarbeitszeitmodell, das wir vor zwei Jahren bereits mit dem Beamtenbund miteinander besprochen und entsprechend vertraglich festgehalten haben, eine Art Lebensarbeitszeitkonto bei den Beamten einzurichten, um auf eine Arbeitszeit von 41 Stunden zu kommen.

In der Summe haben wir noch einen Unterschied von einer Stunde, den ich für angemessen halte. Damit haben wir, was die gefühlte Ungleichbehandlung gerade der Beamenschaft gegenüber den Tarifbeschäftigten angeht, wie ich finde, einen außerordentlich großen Schritt tun können. Das ist, auf Dauer gesehen, eines der wichtigsten Ergebnisse dieses Tarifvertrages.

Wir haben Übergangsregelungen geschaffen. Für diejenigen, die heute 38,5 Wochenstunden arbeiten und zukünftig 40 arbeiten müssen, gibt es eine gleitende Regelung im Jahr 2010 und im Jahr 2011 mit drei Freitagen und der Folge, dass dort mit dem Jahr 2012 die 40 Stunden voll im Tarif umgesetzt sind. Für diejenigen, die in Berufen besonders belastet sind, bleibt es bei 38,5 Wochenstunden. Das ist eine Regelung, wie wir sie auch in anderen Ländern haben.

In Hessen ist neu – das gibt es ausschließlich bei uns –, dass diejenigen, die 58 Jahre alt sind, die Möglichkeit ha-

ben, bei der bisherigen Arbeitszeit zu bleiben. Wir glauben, dass das intelligente Regeln sind, die auf die Beschäftigten und ihre individuelle Situation Rücksicht nehmen. Herr Kollege Schaus, Ihr Geburtsjahr ist mir momentan nicht gegenwärtig. Aber Sie nicken so beifällig.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): An manchen Punkten!)

Deshalb glaube ich, dass die 58er-Regelung auch für Sie durchaus interessant ist.

Meine Damen und Herren, Tarifpolitik mit Augenmaß bedeutet, dass wir uns auch um die kümmern müssen, die in unsere Verwaltung eintreten oder gerade eingetreten sind. Deshalb haben wir für die Auszubildenden eine Aufstockung um 60 € vorgenommen. Wir werden im nächsten Jahr eine Tarifverbesserung um 1,2 % aufnehmen.

Aber was mir noch viel wichtiger ist: Wir haben vereinbart, dass wir anstreben, dass alle Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluss die Chance bekommen, auf jeden Fall weitere zwölf Monate im Landesdienst zu arbeiten. Das ist aus meiner Sicht für junge Leute ein gutes Signal. Dann haben sie Gelegenheit, sich zu überlegen, ob sie bei uns bleiben oder ob sie in andere Berufe eintreten.

Ein besonderes Kapitel, das für Hessen eine lange Geschichte hat, ist das Thema Waldarbeiter. Wir hatten dort keinen Tarifabschluss. Wir haben jetzt einen. Wir haben diesen, von Besonderheiten abgesehen, auf die ich einzugehen aus Zeitgründen verzichte, dem nachgebildet, was ich Ihnen eben vorgetragen habe.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Staatsminister, die Redezeit der Fraktionen ist abgelaufen – für Sie als Hinweis.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss.

Ich will auf einen Bereich hinweisen, der in der Öffentlichkeit eigentlich gar keine Rolle gespielt hat, mir aber wichtig ist. Sie wissen hoffentlich, dass es in Hessen die Möglichkeit gab, Telearbeit zu leisten. Wir hatten einen Tarifvertrag, der ausgelaufen war. Den gab es nur bei uns.

Was bedeutet Telearbeit? – Telearbeit ist aus meiner Sicht die beste Kombination, um Familie und Arbeit unter einen Hut zu bringen. Wir haben dazu einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Das Land hat sich verpflichtet, die Anzahl der Telearbeitsplätze bis zum Jahre 2013 auf 1.500 zu erhöhen.

Wir fördern 1.000 Arbeitsplätze mit jeweils 1.000 €. Ich erwarte, dass dieses Instrument vielfache Nutzung erfährt. Ich glaube, dass sie gerade für Frauen in Teilzeitbeschäftigung eine intelligente Alternative ist, wie man auf der einen Seite im Berufsleben bleibt, sich aber auf der anderen Seite auch Familie etc. widmen kann.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben darüber hinaus im sogenannten Manteltarif eine ganze Menge an Arbeitszeitinstrumenten installiert – Arbeitszeitkorridor, Rahmenarbeitszeit, Arbeitszeitkonten. Wir werden jetzt den alten BAT ablösen und in die Entgeltordnungen eintre-

ten. Wir haben einen Überleitungstarifvertrag geschlossen und vieles andere mehr, was hier hinzugefügt wird.

Ich will es so zusammenfassen: Meine Damen und Herren, die Gewerkschaften haben den hessischen Sonderweg akzeptiert.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerade nicht!)

Hessen hat einen eigenen Tarifvertrag. Die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder ist praktisch vom Tisch. Die Beschäftigten nehmen an der allgemeinen Einkommensentwicklung angemessen teil. Hessen behandelt seine Bediensteten nicht schlechter als andere.

Hessen ist das einzige Land, in dem die Wochenarbeitszeit von 40 Stunden tarifvertraglich vereinbart ist. Hessen ist das einzige Land, das auch in Zukunft eine Kinderzulage zahlt. Das ist ein deutliches Signal für eine familienfreundliche Politik des Landes.

Meine Damen und Herren, mit diesem Tarifvertrag hat Hessen für viele Jahre ein tarifliches Grundwerk, das es uns gegenseitig ermöglicht, neue Fragen aufzunehmen.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Tarifpartnern, und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit für die Tarifpolitik in schwieriger Zeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Bouffier. Den Oppositionsfraktionen ist jeweils eine Minute Redezeit zuge wachsen.

Ich eröffne die Aussprache und darf Herrn Kollegen Rudolph für die SPD-Fraktion das Wort erteilen.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Innenminister war gar nicht so schwungvoll – obwohl das doch angeblich so gut gewesen sein soll.

Wir freuen uns natürlich zunächst darüber, dass die Mitarbeiter der hessischen Landesverwaltung endlich wieder an den allgemeinen Einkommensentwicklungen teilhaben dürfen. Das ist jetzt keine besondere Gnade von CDU und FDP. Ich meine, Mitarbeiter haben ein Anrecht darauf, dass sie ordentlich bezahlt werden. Deswegen freuen wir uns, wenn es hier mehr Geld gibt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In der ihm eigenen Bescheidenheit hätte die Regierungserklärung auch heißen können: „Volker Bouffier: Ich habe alles richtig gemacht“.

(Demonstrativer Beifall und Zurufe von der CDU und von Abgeordneten der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie etwas falsch gemacht!)

Ich wusste schon immer: Der neue Generalsekretär der CDU ist sehr einfach zufriedenzustellen. Herr Beuth, setzen wir uns also einmal mit diesem Thema auseinander.

(Peter Beuth (CDU): Du musst Volker Bouffier loben!)

Herr Innenminister, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Mitarbeiter am 01.04. 3 % mehr erhalten, am



01.03. nächsten Jahres 1,2 % mehr. Das entspricht genau den Prozentsätzen, die die Tarifgemeinschaft der Länder mit den Gewerkschaften vereinbart hat. Ich kann hier keinen hessischen Sonderweg feststellen.

Zum Zweiten haben Sie gesagt, es gibt eine Einmalzahlung von 500 €. Das ist in der Tat etwas mehr als bei der Tarifgemeinschaft der Länder. Dabei ist die Frage sicherlich nicht ganz unberechtigt: Muss der Pflörtner genauso viel bekommen wie jemand in der Vergütungsgruppe A 15? Darüber kann man streiten; denn derjenige, der ein niedriges Einkommen erhält, investiert das vielleicht eher wieder in den Wirtschaftskreislauf als jemand, der ein hohes Einkommen hat und sagt, das brauche ich im Moment nicht. Darüber kann man streiten. Im Ergebnis ist es mehr Geld.

Das ist also kein Grund zum Feiern, sondern ganz normales Geschäft, das Sie als Tarifminister zu besorgen haben. Sie haben mit den Gewerkschaften verhandelt. Vielleicht ist Ihnen das schwergefallen, aber die Gewerkschaften sind doch nicht so böse. Augenscheinlich sind die Gewerkschaften in der Lage, auch in schwierigen Wirtschaftszeiten vernünftige Tarifabschlüsse hinzubekommen. Deswegen geht unser Dank in Richtung der Tarifpartner, aber insbesondere der Gewerkschaften.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Gelegentlich sind das „Krawallmacher“, aber das scheint nicht immer so zu sein. An der Stelle attestiere ich Ihnen ausdrücklich Lernfähigkeit. Auch das begrüßen wir.

Sie haben auch zur Arbeitszeit Ausführungen gemacht. Hessen war jahrelang Spitze bei der Arbeitszeit. Wir haben Tarifbeschäftigte, die 38,5 Wochenstunden arbeiten, und solche, die 42 Wochenstunden arbeiten. Dafür gibt es keine sachliche Notwendigkeit. Jetzt pendelt sich das um die 40 Wochenstunden ein. Das ist bundesweiter Durchschnitt – es kann sein, dass das bei einigen Ländern 39,78 Wochenstunden sind. Das können wir hier vernachlässigen. Im Kern heißt es: Sie sind von der 42-Stunden-Woche weggekommen. Auch das ist ein Lernfortschritt, und auch den begrüßen wir ausdrücklich, verehrter Herr Innenminister.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich die weiteren Ergebnisse dieses Tarifvertrages anschaut, so können wir sagen: Etwa 98 % des Manteltarifrechts der Länder haben Sie in Hessen übernommen; jedenfalls einen hohen Prozentsatz. Deswegen stellt sich schon die berechtigte Frage: Warum ist Hessen nicht im Konzert der anderen 14 Bundesländer dabei?

Herr Schaus, ein kleiner Nebensatz: Sie wissen ja, Berlin hat eine Sonderregelung, die die Mitarbeiter nicht nur erfreut hat – weil Sie als ver.di-Vertreter das immer so sagen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) – Hermann Schaus (DIE LINKE): Wir sind auch gegen den Berliner Sonderweg!)

– Ich habe es auch nicht kritisiert, dass wir in Berlin Regierungsverantwortung haben. Deswegen stehe ich auch zu dem, was gemacht wird. Ich wollte Sie nur gelegentlich daran erinnern: Wenn man an der Regierung ist, ist es ein bisschen schwerer als dann, wenn man nur in der Opposition ist.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Da haben Sie recht!)

Das wollte ich Ihnen an dieser Stelle nur noch einmal deutlich machen.

Herr Innenminister, Sie haben vieles übernommen. Sie haben jetzt ausgeführt, dieser Tarifabschluss koste rund 135 Millionen €. Ja, jede Tarifierhöhung bedeutet einerseits Personalkosten, aber die Mitarbeiter leisten auch etwas für dieses Land, für die Menschen. Deswegen ist das nicht einfach ein Kostenfaktor, sondern ein wichtiger Beitrag dazu, dass wir eine funktionierende Verwaltung haben. Deswegen gibt es einen breiten Konsens darüber, dass die Mitarbeiter nach einem jahrelangen Weniger jetzt Anspruch auf eine ordentliche Einkommenserhöhung haben. Darüber freuen wir uns.

Nicht nachvollziehen können wir Ihre Behauptung, der hessische Sonderweg würde 30 Millionen € einsparen. Wir möchten Sie einfach bitten, uns das einmal darzulegen.

(Minister Volker Bouffier: Das können wir!)

– Darum bitten wir ausdrücklich. Ich hoffe, Sie können diese Prüfung bestehen. Denn teilweise gehen Sie beim Familienzuschlag – vernünftigerweise kann niemand etwas gegen eine solche Familienkomponente haben – über die Regelungen der TdL hinaus. Wo also sparen Sie hier Geld ein, 30 Millionen €? Das sind fast 25 % der Tarifierhöhungen.

Gut, Sie machen es im Ausschuss. Da werden Sie nochmals Gelegenheit haben, diese Zahl zu verifizieren – ob sie stimmt, oder ob sie nur plakativ stimmt, weil der Finanzminister klagt, er müsse so viel Geld finanzieren. Das sollten wir tun, denn ich glaube das an dieser Stelle schlicht und ergreifend nicht.

Das, was Sie jetzt als eine große Wohltat feiern, sehen wir anders.

Ich hoffe auch, dass die Mitarbeiter von Hessen-Forst – Stichwort: Waldarbeiter – bei diesem Tarifvertrag nicht vergessen wurden. Auch da hatten wir in den letzten Jahren leidvolle Erfahrungen.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Das haben Sie jetzt beachtet? Das freut uns. Denn nachdem das Personal im Forst stark abgebaut worden ist, wäre es eine doppelte Zumutung, wenn die Waldarbeiter keine Tarifierhöhung bekämen. Auch diese Beschäftigten leisten einen verantwortungsvollen Dienst.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mich schon gefragt – und da bin ich jetzt dicht bei Ihnen –: Was hat den Innenminister veranlasst, einen solchen Tarifabschluss zu machen? Ich kenne doch Ihre Sprüche aus dem letzten Jahr und von früher. Ich habe da eine Theorie, und ich glaube sogar, sie stimmt.

(Lachen des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Na ja, Herr Kollege Frömmrich, ich bin in der Lage, eigene Positionen infrage zu stellen. Ich finde, wenn man nur argumentiert, man hätte recht – da ist ein bisschen Demut an der einen oder anderen Stelle nicht ganz verkehrt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Florian Rentsch (FDP) – Axel Wintermeyer (CDU): Wie war das im letzten Jahr?)

Herr Bouffier, Herr Wintermeyer, ich habe da so eine Theorie: Im Jahr 2008 gab es ein tolles Wahlergebnis für die SPD und ein schlechtes für die CDU; im Jahr 2009 ein schlechtes Wahlergebnis für die CDU.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Habe ich da jetzt etwas vergessen?

(Zurufe: Ja!)

– Ach so. – Alle Wahlanalysen haben gezeigt: Die CDU hat überdurchschnittlich bei den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes verloren.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU) – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wo haben Sie denn gewonnen?)

Deshalb haben Sie irgendwoher einen Hinweis erhalten: Kollege Bouffier, das muss man korrigieren, die Mitarbeiter sind sauer. – Und das ist richtig: Wenn man jahrelang eine falsche Personalpolitik macht, zahlt sich das bei Wahlen nicht aus. Ich glaube, deswegen haben Sie das korrigiert.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Theorie!)

Wir kritisieren das nicht, denn die Menschen haben etwas davon. Eine alte These aus der Personalpolitik lautet: Gute Mitarbeiter leisten mehr als Mitarbeiter, die vom Dienstherrn nur gegängelt werden. – Verehrter Innenminister, wenn Sie hier lernfähig sind, so findet das ausdrücklich unsere Zustimmung.

(Minister Volker Bouffier: So viel Lob an einem Morgen!)

– Ja, aber Sie wissen, auch ein süßes Lob kann gelegentlich zum Nachdenken anregen. – Deswegen ist das eigentlich kein Grund für eine Regierungserklärung; denn das, was Sie gemacht haben, ist normales Regierungshandeln. Sie setzen sich mit Tarifpartnern an einen Tisch – –

(Minister Volker Bouffier: Das haben Sie letztes Jahr ganz anders gesagt!)

– Ja, da waren Sie an der Stelle auch noch etwas bockiger.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Minister Volker Bouffier: Da wollten Sie mich doch zwingen!)

Wir hatten mit der Mehrheit des Landtags beschlossen, in die TdL zurückzukehren, aber das Rechtsverständnis dieser Landesregierung war ein anderes. Das haben wir bedauert. Das ist so. Deswegen, glaube ich, ist es „business as usual“; und zumindest ist diese Erkenntnis im Wahljahr 2009 angekommen: Die Mitarbeiter der Landesverwaltung sind auch Wähler, und deswegen muss man mit ihnen anders umgehen. – Wenn das von Dauer ist, dann finden Sie ausdrücklich unsere Unterstützung. Ansonsten ist das nichts Besonderes.

Nun haben Sie gesagt, die Gewerkschaften begrüßten dies ausdrücklich, bzw. der hessische Sonderweg sei anerkannt. Verehrter Herr Innenminister, dann bitte ich, auch richtig zu zitieren. Wenn ich den Verhandlungsführer von ver.di zitiere, der sagt: „Wir haben den hessischen Sonderweg begrenzt“, dann stelle ich fest, das ist etwas anderes, als wenn die Gewerkschaften sagen: „Wir wollen nicht zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder.“ Bleiben Sie also an der Stelle in der Argumentation redlich. Ich denke, das, was die Gewerkschaften gemacht haben, ist aus ihrer Sicht nachvollziehbar. Sie haben bestimmte Fak-

toren anerkennen müssen – was geht und was nicht geht. Sie haben für ihre Mitglieder viel herausgeholt, und deswegen haben sie an der Stelle unsere Unterstützung und Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommen wir zu dem Teil Ihres Dringlichen Entschließungsantrags, Ziffer 2, der fast schon wieder rührend ist:

Der Landtag spricht sich dafür aus, die vereinbarten Regelungen zur Einkommensverbesserung entsprechend auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen zu übertragen.

Genau das haben Sie das letzte Mal auch gesagt, und Sie waren ja auch guten Willens, das so zu machen, aber dann gab es eine interessante Koalition – CDU, FDP und die GRÜNEN –, die gemeint hat, man müsste auch die Beamtenschaft auseinanderdividieren. Zwei Fraktionen – unter anderem die SPD – haben gesagt, das ist nicht in Ordnung. Herr Innenminister, wir messen Sie an Ihren eigenen Taten. Sie sind das letzte Mal auch anders gestartet und irgendwo schlecht gelandet. Ob Sie dies tatsächlich deckungsgleich für die Beamtinnen und Beamten übertragen oder ob Sie weiter Unfrieden in die hessischen Verwaltungen treiben wollen, wird an dieser Stelle der Lackmустest sein.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend: Wir Sozialdemokraten sind sehr dafür, dass man die Tarifpartnerschaft ernst nimmt und dass man die Verhandlungen führt. Ich hoffe auch sehr, dass die Ankündigungen des Finanzministers, Hessen müsse in den nächsten Jahren drastisch sparen, nicht wieder auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen wird, so wie wir das im Jahre 2003 bei der berüchtigten „Operation düstere Zukunft“ erlebt haben. Ich hoffe, dass Sie erkannt haben, dass es in den letzten Jahren Fehlentwicklungen gab. Wir bleiben trotzdem bei unserer These – auch wegen dieses Tarifabschlusses, dieser ist fast identisch mit dem Tarifabschluss der Länder –: Es wäre vernünftiger, im Konzert aller mitzuspielen. Dann gäbe es auch nicht die Gefahr, dass man untereinander Mitarbeiter abwirbt, sondern das wäre dann im Grunde gleich. Ich glaube, das ist auch ein Argument, das man ernst nehmen sollte.

Deswegen: Wir freuen uns heute für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung. Sie haben ihren Job gemacht, so wie es Ihr Auftrag ist. Sie haben Tarifverhandlungen geführt; und deswegen können wir die Tarifpartner auch nur beglückwünschen. Es ist ein vernünftiger Weg. Sie haben offensichtlich das eine oder andere gelernt; ob es von Dauer ist, wissen wir nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Minister Volker Bouffier: Na ja!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr Rudolph. – Herr Dr. Blechschmidt, ich darf Sie für die FDP-Fraktion nach vorn ans Mikrofon bitten.

#### **Dr. Frank Blechschmidt (FDP):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Herr Minister, die Stichworte, die man hört, sind schon interessant. Da ich der SPD zugehört habe, nehme ich einmal die Stichworte auf, insofern haben Sie die Ar-

beit ein bisschen vorweggenommen: „Bouffier hat recht“ – unterstrichen, großes Ausrufezeichen –, das haben Sie hier mit dem Schalk, mit dem Sie mich auch anlächeln, vorgetragen. Sie haben sich aber selbst infrage gestellt, zumindest bei Teilaspekten. Nach der Presseberichterstattung der „FAZ“ vom 31.03., dass das Thema TdL von Ihnen noch immer hochgehalten wird, rudern Sie jetzt zurück, indem Sie sagen: Das ist in Ordnung; das stellen wir politisch zurück. – Bei der SPD zieht also jetzt die Vernunft ein. Das finde ich auch sehr gut.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bedanke mich auch für die deutlichen Worte, weil dies deutlich gemacht hat, dass es wirklich die Tarifautonomie – das will ich auch einmal deutlich machen, bei den ganzen Sachen, die Sie gesagt haben – gerichtet hat. Das war auch beim letzten Mal mein Redebeitrag: Nicht wir machen Tarifverträge, nicht die Politik, nicht Einzelne und nicht Fraktionen, sondern die Tarifautonomie. Darauf legen wir Liberale ganz großen Wert; das ist ein ganz großes Konstrukt, ein ganz großes Instrumentarium. Die hat es gerichtet, dass ein vernünftiger Abschluss zum Tragen kam. Die Tarifautonomie hat gesiegt; und die Vernunft ist eingekehrt. Ihrem Beitrag entnehme ich – zumindest den Zitaten, wie Sie hier auch den Tarifminister gelobt haben –, dass jetzt bei der SPD in dieser Frage die Vernunft einzieht.

Gleichwohl fordern Sie den Lackmüstest. Dieser wird bestanden werden, davon gehe ich auch aus, weil die Punkte, die hier von Herrn Bouffier vorgetragen wurden, Punkte sind, die sogar bei den Gewerkschaften zu Lob führen. Das ist keinesfalls – das ist das letzte Zitat, das ich mir aufgeschrieben habe – „business as usual“, sondern es war nach der langen Zeit wirklich ein erfolgreicher Abschluss. Sie haben auch selbst darauf hingewiesen, dass Berlin – Rot-Rot – da noch kommen muss. Das heißt, das Hessenprojekt muss noch in Berlin realisiert werden. Nun ist in Berlin die SPD mit den LINKEN dran, die Sache als Letzte tarifgerecht zu gestalten. Herr Schaus ergänzt schon seine Notizen, und ich bin einmal gespannt, was Herr Schaus zu der Situation in Berlin sagt.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Gar nichts!)

Die SPD hat schon deutlich gesagt, dass der Hessenweg schon ein Weg sein könnte, der auch auf Berlin übertragen wird. Es stimmt mich schon hoffnungsvoll, dass auch in Berlin die Vernunft einkehren möge.

Meine Damen, meine Herren, die Tarifautonomie hat es gerichtet; die Tarifautonomie hat gesiegt; die Vernunft hat gesiegt. Eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft nach diesem Abschluss: Herr Bouffier, Sie haben gesagt, sie sei „praktisch“ vom Tisch; und nach dem Beitrag der SPD sage ich, nicht nur „praktisch“, sondern sie ist vom Tisch. Die Gewerkschaften haben den hessischen Sonderweg akzeptiert. Ich muss wirklich an die Gewerkschaften Chapeau sagen: ver.di, dbb, GEW, GdP, IG BAU haben die Tarifautonomie gemeinsam mit dem Tarifminister hochgehalten und haben für Hessen einen guten Abschluss herbeigeführt, und dies gilt es heute entsprechend herauszustellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen, meine Herren, es ist bei dem Beitrag der SPD teilweise noch einmal deutlich geworden, dass dieser Abschluss für die Bediensteten in Hessen gut ist. Der Abschluss ist auch verantwortungsvoll im Sinne des Steuerzahlers, weil er insgesamt 135 Millionen € kostet. Da kann

man sich gern vorrechnen lassen, dass die Rückkehr in die TdL teurer gekommen wäre; und gleichwohl hätte das nicht die sozialen Komponenten gehabt, die wir hier in diesem Abschluss sehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Bouffier hat mit Stolz und gewissem Pathos den Paradigmenwechsel dargelegt. Ich kann ihn darin nur bestätigen; diesen Stolz kann er haben. Denn wer die Tarifautonomie hochhält und dann mit den Gewerkschaften so einen Abschluss zustande bringt, zu dem kann man – wie gesagt – nur Chapeau sagen. Das ist eine absolut gute Leistung.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen, meine Herren, das bedeutet für die Tarifbeschäftigten auch eine erhebliche Einkommensverbesserung. Da erlaube ich mir einfach, die Punkte noch einmal ein bisschen zu skizzieren, die hier wichtig sind: Die Vergütung für die Angestellten und Arbeiter wird am 1. April um 3 % erhöht; ab dem 1. März 2010 um weitere 1,2 %. Die Beschäftigten erhalten zeitnah in diesem Jahr eine Einmalzahlung von 500 €. Die unteren Entgeltgruppen erhalten im Jahr 2010 eine Jahressonderzahlung von 90 %, die höheren erhalten eine Jahressonderzahlung von 60 %. Hessen zahlt eine Kinderzulage – das ist auch für Hessen etwas Besonderes –, und zwar 100 € pro Monat und pro Kind; ab dem dritten Kind für jedes weitere 51,50 €. Die regelmäßige Arbeitszeit – auch das war im Rahmen der Auseinandersetzung TdL wichtig – beträgt 40 Stunden. Ausnahmen und Übergangsregelungen sind zwar zugelassen, aber das ist festgeschrieben.

Ich möchte hier auf zwei Komponenten eingehen, die mir schon sehr wichtig sind. Das ist zum einen die Einmalzahlung, die in der Tat ein wichtiger Bestandteil des Tarifvertrags ist; und sie ist auch ganz bewusst die Ausprägung einer sozialen Komponente. Das ist ein wichtiger Punkt, den es nur in Hessen gibt. Die Tatsache, dass wir dies in unserem Vertrag entsprechend gewürdigt haben, bedeutet auch, dass wir hier weiterhin die Familien- und Kinderförderung hochhalten. In der TdL – darauf wurde auch von Herrn Bouffier hingewiesen – gibt es dies nicht. Bei uns gibt es dies für Kinder; und das ist eine soziale Komponente, die ganz erheblich ist, ebenso das Weihnachtsgeld. Das Weihnachtsgeld ist auch eine soziale Komponente, denn wir unterscheiden zwischen den unteren und oberen Tarifgruppen – mit der Differenzierung von 90 und 60 %. Das ist auch eine soziale Komponente, die hier in den Tarifvertrag Einzug gehalten hat.

Die Regelung der Arbeitszeit auf 40 Stunden sehe ich als ganz erheblich an. Ohne dies wäre der Tarifvertrag nicht machbar gewesen. Dies zu regeln, war besonders wichtig.

Was mir persönlich und meiner Fraktion am Herzen liegt, ist der Punkt, der am Ende Ihrer Rede, Herr Bouffier, etwas unterging: die Telearbeit, deren Regelung in diese Einigung einbezogen wurde. Damit hat sich Hessen als ein innovatives und familienfreundliches Bundesland präsentiert. Die Telearbeit wird dauerhaft eingeführt und ausgeweitet. Bis zum Jahr 2013 wird die Zahl der Telearbeitsplätze auf 1.500 erhöht, und wir werden 1.000 Arbeitsplätze mit jeweils 1.000 € fördern. Das ist ein ganz wichtiges Element für Hessen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich kurz zusammenfassen. Dieser Tarifvertrag ist für Hessen maßgeschneidert. Im Vergleich zu dem Abschluss der TdL

schont er den Landeshaushalt und nimmt auf hessische Besonderheiten Rücksicht. Ich gehe davon aus, dass Berlin folgen wird. Auch dort wird Vernunft einkehren. Die Punkte, die wir hier besprochen haben, werden dann auch für die Bediensteten in Berlin positiv zum Tragen kommen. Wichtig ist, dass mit diesem Vertrag für lange Jahre ein tarifliches Grundwerk geschaffen wurde, das es uns wechselseitig ermöglicht, auch neue Fragen aufzunehmen.

Dieser Tarifvertrag ist die richtige Antwort auf den Austritt Hessens aus der TdL. Ich glaube auch, so jedenfalls der Beitrag der SPD, dass er die politischen Diskussionen hierzu abschließt. Wir müssen feststellen, dass die Tarifautonomie funktioniert. Sie hat in Hessen funktioniert. Die Tarifautonomie und die Vernunft haben gesiegt. Ich finde, das ist ein toller Tag, den es zu würdigen gilt. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Dr. Blechschmidt. – Herr Frömmrich, jetzt haben Sie für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Holger Bellino (CDU): Schließ dich einfach an!)

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob es dem heutigen Tag geschuldet ist – wir haben den 1. April –,

(Axel Wintermeyer (CDU): Scherzbold!)

aber irgendwie haben mich die Reden, die hier gerade gehalten worden sind, doch etwas verwirrt,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

insbesondere das, was der Innenminister hier vorgetragen hat, aber auch das, was der Kollege Blechschmidt gerade für die FDP-Fraktion erklärt hat.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Machen Sie doch einen Scherz!)

Es ist schon einigermaßen erstaunlich – ich weiß auch nicht, wie ich es zusammenbekomme; vielleicht werden wir es im Rahmen der Debatte noch hinbekommen –, dass ausgerechnet die FDP sich hier vorne hinstellt und Gewerkschaften in den höchsten Tönen lobt. Ich glaube, das ist in diesem Hause einmalig gewesen. Das habe zumindest ich noch nicht erlebt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Demonstrativer Beifall bei der FDP)

Der Innenminister tut das Gleiche und singt eine Lobeshymne auf die Gewerkschaften, die er über Jahre bekämpft hat. Er, der keine Auseinandersetzung gescheut hat, der Gewerkschaftsmitglieder als „Krawallmacher“ bezeichnet hat, stellt sich hier vorne hin und erklärt uns, wie toll das Verhandlungsergebnis sei und wie toll die Gewerkschaften seien. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass sich also ausgerechnet CDU und FDP in diesem Hause hinstellen und sozusagen den Arbeiterführer geben, das ist schon sehr erstaunlich. Das wundert mich sehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Herr Kollege Bouffier, der Gipfel wäre es, wenn Sie abends in Ihrer Skatrunde anfangen, Arbeiterlieder zu singen. Dann müssen wir uns Gedanken machen, was mit Ihnen und der CDU in diesem Hause los ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Siebel (SPD) – Heiterkeit bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ich könnte Ihnen einen Tipp geben: Der Kollege Al-Wazir kennt sich da sehr gut aus. Er kann Ihnen wahrscheinlich den einen oder anderen Tipp für Ihre Arbeiterlieder geben, die Sie dann natürlich gemeinsam mit Herrn Dr. Wagner singen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) und Axel Wintermeyer (CDU) sowie von der FDP)

– Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt ist auch Stimmung im Saal. Das ist schön.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Wir begrüßen ausdrücklich, dass es zu einem Abschluss gekommen ist. Mit diesem Abschluss nehmen die Tarifbeschäftigten des Landes wieder an der Einkommensentwicklung teil. Wir gratulieren ausdrücklich den Gewerkschaften zu dem guten Ergebnis. Die Gewerkschaften haben in der Auseinandersetzung sehr viel für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Abschluss liegt in vielen Teilen über dem Abschluss der Tarifgemeinschaft deutscher Länder.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP))

Die Tarifbeschäftigten können sich freuen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. René Rock (FDP))

Wir gönnen ihnen diese Einkommensentwicklung nach vielen Jahren des Stillstands, nach Jahren der Auseinandersetzung und der Gängelung ausdrücklich.

Aber ein Punkt ist auch: Die Landesregierung ist zur Einsicht gekommen. Denn nach fünf Jahren tarifpolitischer Irrfahrt, an der Spitze Lohndiktat per Gesetz – wir erinnern uns: 2007 –, hat sich die Landesregierung offensichtlich eines Besseren besonnen und hat gemeinsam mit den Gewerkschaften einen Abschluss hinbekommen. Mit dem Abschluss ist eines aber auch klar: Die Argumente des Innenministers für den Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder und den Verbleib außerhalb einer einheitlichen bundesdeutschen Tarifstruktur im öffentlichen Dienst werden immer dünner. Herr Innenminister, wenn Sie jetzt von „maßvoll“, von „maßgeschneidert“ sprechen, dann sprechen Sie darüber, dass Sie jetzt das nachholen, was in der TdL und im TVöD bereits seit Langem gilt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, eines ist richtig: Das Finanzargument als Begründung für den Austritt aus der TdL zählt nicht mehr. Der Innenminister hat immer gesagt: Die Ab-

schlüsse der TdL sind für Hessen zu teuer. Deshalb gehen wir raus. Deswegen bleiben wir auch draußen.

Ich will dem Innenminister ein Zitat aus dem Jahr 2005 vorhalten. Da hat er gesagt – es ging um die Tarifabschlüsse –: „Die Hessische Landesregierung wird den in Potsdam vereinbarten Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst nicht übernehmen.“ Der Innenminister verweist auf die Mehrkosten von 60 Millionen € für die Jahre 2005 bis 2007.

Herr Kollege Bouffier, Sie sind bei der Frage der TdL als brutalstmöglicher Hessenlöwe gestartet und mittlerweile als Bettvorleger im Hause gelandet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Sie haben immer erklärt, man müsse aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder austreten, weil es so teuer sei.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

– Ich habe es Ihnen doch gerade gesagt. – Damals – beim Tarifabschluss 2005 bis 2007 mit Kosten für Hessen von 60 Millionen € – haben Sie gesagt: Das kann das Land nicht finanzieren. – Jetzt vereinbaren Sie einen Abschluss für 2009 bis 2010 für 135 Millionen €.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Konjunkturprogramm!)

Jetzt erklären Sie auf einmal, dass das ein maßvoller und maßgeschneiderter Abschluss ist. Herr Innenminister, irgendetwas passt an Ihrer Argumentation doch nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns den Tarifvertrag im Einzelnen an. Schauen wir uns die Vergütung an. Die Löhne werden mit Wirkung zum 1. April 2009 um 3 % erhöht: Abschluss Tarifgemeinschaft deutscher Länder.

(Minister Volker Bouffier: Falsch!)

Eine weitere Erhöhung erfolgt dann ab dem 1. März 2010 um 1,2 %: Abschluss Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Dort sind noch Einmalzahlungen, jeweils in Höhe von 40 €, vereinbart. Herr Innenminister, Sie vereinbaren für 2009 eine Einmalzahlung – im Gegensatz zu 40 € – in Höhe von 500 €.

Zum 1. April steigen die Ausbildungsvergütungen um 60 €, im darauffolgenden Jahr um weitere 1,2 %: Das ist der Abschluss der Tarifgemeinschaft deutscher Länder.

(Wolfgang Greulich (FDP): Was stört Sie denn daran?)

Die Laufzeiten: Tarifgemeinschaft deutscher Länder.

Herr Innenminister, wenn Sie sich diese Vereinbarung anschauen, werden Sie feststellen, dass Sie in vielen Punkten, die Sie vereinbart haben, über dem Tarifvertrag der Tarifgemeinschaft deutscher Länder liegen, uns hier aber erzählen, dass das alles viel billiger sei. Entweder hat das etwas mit dem Hessenabitur zu tun, oder aber Sie müssen hier erklären, wie Sie auf diese Zahlen kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir freuen uns, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen günstigen Tarifvertrag bekommen, dass sie von diesem Tarifvertrag profitieren. Wir gönnen ihnen jeden Eurocent. Aber angesichts der Abschlüsse, die Sie hier vorlegen, fragen wir uns: Hat sich die Auseinandersetzung, hat sich der Streit, den die Landesregierung über fünf Jahre

mit den Tarifbeschäftigten, mit den Gewerkschaften, mit den Interessenvertretern geführt hat, wirklich gelohnt? – Ich meine, es hat sich nicht gelohnt. Das ist ein gutes Argument dafür, in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückzukehren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, was war denn, bitte schön, der Mehrwert der Auseinandersetzung? Noch einmal: 2004 ist das Land aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ausgetreten. 2005 erklärt der Innenminister, der Abschluss, 60 Millionen € bis 2007, koste zu viel Geld und könne nicht übernommen werden. Die Landesregierung werde höhere Personalkosten nicht hinnehmen. – Der Abschluss 2009 kostet nach Aussage des Innenministers 135 Millionen €, bezogen auf die Laufzeit bis 2010. Der Minister nennt das eine „erhebliche Einkommensverbesserung für die Tarifbeschäftigten“, es berücksichtigte gleichzeitig auch die spezifische Haushaltslage des Landes Hessen. – Herr Innenminister, das müssen Sie diesem Hause noch einmal genauer erklären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einmal darauf hinweisen, weil wir gerade bei Zahlen und bei Ihren Argumenten für den Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder sind: Beim Austritt aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder 2004 hatten wir einen Schuldenstand von 30,5 Milliarden €, 2005 einen Schuldenstand von 31,2 Milliarden €. Da haben Sie erklärt, die Haushaltslage sei so schlecht, dass man Tarifierhöhungen nicht mehr machen könne. 2009 legen wir 2,5 Milliarden € obendrauf, kommen auf einen Schuldenstand unter dem Strich von 35,9 Milliarden €, und dieser Innenminister erklärt, das sei alles vertretbar in Anbetracht der Haushaltslage, das sei ein richtiger Abschluss, und das sei maßvoll und ordentlich. – Herr Innenminister, da stimmt irgendetwas an Ihrer Rechnung nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Volker Bouffier: Hätten wir den Leuten nichts geben sollen?)

– Nein, ich finde das richtig, Herr Innenminister. Ich finde es richtig, dass man den Leuten das Geld gibt. Nur, Sie müssen sich an den Argumenten messen lassen, die Sie in den letzten Jahren hier immer vorgetragen haben, warum Sie genau nicht in der Tarifgemeinschaft der Länder sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Volker Bouffier: Weil das falsch ist!)

Der Innenminister findet das im Übrigen auch selbst erstaunlich, was er uns vorrechnet. Nach dem Skript, das er uns dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat, sagt er in seiner Regierungserklärung auch, dass das sozusagen als Quadratur des Kreises erscheine, dass es trotzdem so sei, dass das Land bei all dem, was ich gerade gesagt habe, sogar 30 Millionen € sparen würde.

(Günter Rudolph (SPD): Die Rechnung hätten wir gern!)

Herr Innenminister, ich glaube, Sie sind an dem Punkt über Ihre eigene Genialität erschrocken,

(Minister Volker Bouffier: Nein, glauben Sie es nicht!)

wie Sie hin- und hergerechnet haben, und deshalb versuchen Sie zu erklären, wie diese Zahlen zustande gekommen sind. Ich habe in diesem ganzen Papier, in den Erklärungen, die Sie hier vorgetragen haben, und auch in Ge-

sprächen mit Menschen, die mit Ihnen zusammen verhandelt haben, nicht in Erfahrung bringen können,

(Minister Volker Bouffier: Das machen wir alles im Ausschuss!)

wie Sie in der Vereinbarung über die Abschlüsse der Tarifgemeinschaft deutscher Länder hinausgehen und dann erklären, dass das alles 30 Millionen € billiger sei. Das konnten mir auch diejenigen nicht erklären, die mit Ihnen an einem Verhandlungstisch gesessen haben. Herr Innenminister, Sie haben es in diesem Hause auch noch nicht erklärt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Volker Bouffier: Das machen wir doch!)

Sie versuchen es zumindest an einem Punkt, indem Sie auf die sogenannte Sockelung eingehen. Da sagen Sie, dadurch dass die Sockelbeträge nicht genommen werden, steige das über die Jahre nicht an, und dadurch sei eine Einsparung zustande gekommen. – Herr Innenminister, das stimmt für das Jahr 2009; denn im Jahr 2009 fußen Ihre Vereinbarungen auf dem alten BAT. Das stimmt aber nicht mehr für die Jahre ab 2010; denn für das Jahr 2010 ist die Grundlage, auf der Sie fußen, der TV-L. Herr Innenminister, in dem Betrag ist die Sockelung, von der Sie vorhin gesprochen haben, natürlich inbegriffen. Das steht auf Seite 2 Ihrer eigenen Vereinbarung.

Herr Innenminister, was Sie hier als Versuch einer Erklärung anbringen, ist zumindest meiner Auffassung nach nicht konsistent. Sie sollten hier noch einmal erklären, wie Sie bei dem, was Sie vereinbart haben, bei dem, was Sie an Mehr auf die TdL obendrauf gelegt haben, unter dem Strich noch einmal 30 Millionen € einsparen. Herr Innenminister, das können anscheinend nur Sie erklären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Volker Bouffier: Ja, das kann ich erklären!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Innenminister ist auf verschiedene Bereiche dieser Vereinbarung eingegangen. Ich will das jetzt nur kurz im Abriss machen, weil ich nicht mehr viel Zeit habe. Von uns sträubt sich keiner gegen diese Vereinbarung. Wir kritisieren auch nicht die sozialen Komponenten, die dort inbegriffen sind. Herr Innenminister, diese sozialen Komponenten aber als Argument heranzuziehen, um weiterhin außerhalb der TdL zu bleiben, ist grotesk. Denn es wird Ihnen keiner bestreiten, wenn Sie die TdL als Grundlage nehmen, dass Sie natürlich über die TdL hinaus auch noch soziale Komponenten mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Lande Hessen vereinbaren können. Das gilt im Übrigen für die Familienkomponente, das gilt für das Weihnachtsgeld, und das gilt auch für weitere Komponenten, für die Sie sich gerade gelobt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unter dem Strich muss ich sagen: Die Gewerkschaften haben gut verhandelt. Die Gewerkschaften haben für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes einen guten Tarifabschluss hinbekommen. Wir begrüßen das ausdrücklich. Wir glauben aber, Herr Innenminister, dass Sie mit dem, was Sie vereinbart haben, das Argument nicht mehr aufrechterhalten können, dass Sie außerhalb einer bundeseinheitlichen Tariflandschaft bleiben. Wir fordern Sie weiterhin auf: Kehren Sie in die Tarifgemeinschaft der Länder zurück. Begeben Sie sich aus dem Boot, in dem Sie gemeinsam mit der LINKEN sitzen. Es gibt nämlich nur zwei Länder in der Bundesrepublik Deutschland, die

nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder sind. Das ist das Bundesland Hessen, CDU-geführt, und das ist das Bundesland Berlin unter Beteiligung der LINKEN. Ich finde, Sie sollten sich aus dem Gummiboot mit den LINKEN begeben und wieder zu einer vernünftigen Tarifpolitik zurückfinden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Volker Bouffier: Ein kraftvoller Frömmrich, jawohl!)

Zu Ihrem Argument, die Tatsache, dass die Gewerkschaften mit Ihnen eine Vereinbarung getroffen hätten, sei der Beweis dafür, dass die Gewerkschaften akzeptiert hätten, dass Sie aus der Tarifgemeinschaft der Länder draußen blieben, kann ich Ihnen nur sagen: Nach Gesprächen, die ich mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften geführt habe, ist es nicht so. Die Gewerkschaften sagen, sie akzeptieren die Kraft des Faktischen. Sie sagen, die Regierung, die wahrscheinlich bis 2014 im Amt bleiben wird, wird wahrscheinlich nicht in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren, und deswegen will man im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Vertrag abschließen, der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Einkommensentwicklung teilhaben lässt. Daraus jetzt zu konstatieren, dass die Gewerkschaften akzeptiert hätten, dass Sie nicht mehr Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder sind, ist geradezu absurd.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Sie müssen zum Schluss kommen. Aber, ich glaube, Sie tun das jetzt.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich habe es gerade gesehen. Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Mit diesem Abschluss können wir noch einmal eines feststellen: Wir haben einen Abschluss, der sich sehen lassen kann. Herr Innenminister, nachdem Sie nun auch das Gespräch mit den Gewerkschaften gefunden haben, nachdem Sie heute das hohe Lob auf die Gewerkschaften gesungen haben, nachdem Sie sozusagen demnächst den Arbeiterchor der CDU gründen werden, sollten Sie auch so vernünftig handeln und mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung treffen, dass wir als Land Hessen wieder zu vernünftiger Tarifpolitik zurückkehren, dass wir als Land Hessen wieder mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Augenhöhe verhandeln und dass wir in Zukunft gemeinsam im Konzert der Tarifgemeinschaft deutscher Länder Tarifpolitik machen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Volker Bouffier: Also war es ein guter Abschluss!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Frömmrich. – Ich darf Herrn Schaus für die Fraktion DIE LINKE das Wort erteilen. Herr Schaus, 16 Minuten Redezeit.

(Holger Bellino (CDU): Es geht auch kürzer!)

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! – Herr Bellino, ich will einmal sehen, wie kurz Sie das nachher machen.

Hessen steht nicht mehr im Abseits, Hessen hat einen Tarifvertrag. Insofern gilt unser Glückwunsch als LINKE zu diesem Tarifabschluss den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Landes. Damit wurden – darauf haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon hingewiesen – fünf Jahre Stillstand, nämlich seit 2004, beendet.

Was in der Öffentlichkeit noch nicht so deutlich geworden ist, ist weniger der Lohn- und Gehaltsabschluss, sondern vielmehr das, was in den Manteltarifverhandlungen erreicht wurde und damit die Regelungen ersetzt, die bisher in Hessen gegolten haben. Mit dem Tarifabschluss – das möchte ich ausdrücklich hervorheben – ist der Irrweg der 42-Stunden-Woche bei den Beschäftigten des Landes Hessen beendet. Herr Minister, ich will hier keine Tarifverhandlungen führen und sie auch nicht in dem Maße kommentieren, weil uns das hier nicht zusteht.

(Peter Beuth (CDU): Das haben Sie doch schon!)

Aber ich denke, dass es jetzt konsequent wäre, dass Sie ab sofort keine Arbeitsverträge mehr über 42 Stunden abschließen, sondern das neue Tarifrecht, auch wenn es erst zum 1. Januar in Kraft tritt, so anwenden, dass die Einzelarbeitsverträge jetzt auf der Basis der vereinbarten 40-Stunden-Woche stattfinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu würde ich am heutigen Tage gerne etwas von Ihnen hören. Das wäre die konsequente Umsetzung des Tarifergebnisses, das Sie als hessischen Sonderweg so gelobt haben.

Herr Minister Bouffier, ich kann nicht nachvollziehen, wieso die hessischen Interessen in diesem Tarifvertrag besser zur Geltung gebracht werden als in einem gemeinsamen mit, wie schon dargestellt, 14 anderen Bundesländern. Ich kann es nicht nachvollziehen; denn die Kernregelungen des Manteltarifvertrages, wie ich sie gelesen habe und interpretiere und wie sie eindeutig in dem Eckpunktepapier formuliert sind, sind die Regelung der Überleitung in den neuen Tarifvertrag aus dem jetzigen BAT bzw. dem Manteltarifvertrag der Arbeiter und die Eingruppierungsregelungen, also das, was die materielle Grundlage der zukünftigen Gehälter der Landesbeschäftigten ist. Da ist vereinbart, dass die Überleitung und die Eingruppierungen auf der Basis des TV-L vollzogen werden. Insofern ist dies meiner Ansicht nach ein entscheidender materieller Punkt bei diesem Tarifergebnis, der auch konsequent und richtig ist.

Aus unserer Sicht wurde mit dem Abschluss das materielle Niveau der Tarifverträge in den anderen Bundesländern gehalten. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen: Ich finde es nicht richtig, wenn das in verschiedener Art und Weise so dargestellt und interpretiert wird, dass die Gewerkschaften sich nun gebeugt hätten. – Mitnichten haben sie das getan. Es ist kein Streikziel, die Mitgliedschaft in der TdL anzustreben. Das ist sozusagen das logistische Problem, das die Gewerkschaften haben. Sie haben auch das Interesse und die Verpflichtung ihren Mitgliedern und den Beschäftigten gegenüber, das Bestmögliche an materiellen Regelungen in Tarifverträgen zu erreichen. Ich finde, in der Hinsicht haben sie ihr Geschäft gut gemacht und können sich damit sehen lassen.

Herr Minister, nun sagen Sie, dass der Abschluss günstiger sei als der Abschluss in der TdL,

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

und begründen dies damit, dass es keine Sockelerhöhung gibt. Sie sagen dann zwei Sätze weiter, dass es eine sozialpolitische Komponente mit der Kinderzulage gebe, die in der Tat zusätzliche Kosten verursacht. Nun will ich das gar nicht kritisieren, ganz im Gegenteil. Herr Minister Bouffier, ich hätte mich sehr darüber gefreut, wenn Hessen als Mitglied in der Tarifgemeinschaft der Länder auf Arbeitgeberseite dafür kämpfen würde, eine Kinderzulage zu erhalten. Die ist schließlich nicht auf Betreiben der Gewerkschaften im Tarifvertrag der Länder gestrichen worden. Insofern hätten Sie eine vernünftige und sinnvolle Aufgabe gehabt und hätten und haben sie auch in Zukunft.

Ich denke, dass es wichtig ist, im Einzelnen noch einmal zu betrachten, wie das Tarifergebnis aussieht, das heute dargestellt wurde. Die entscheidende Frage – auch darauf ist schon hingewiesen worden – ist die Arbeitszeitregelung. Wenn ich das materiell umrechne, und das wäre die richtige Logik gewesen, dann heißt das: Die Arbeitszeit ist von 42 Stunden auf 40 Stunden reduziert worden, bei vollem Lohnausgleich plus Tarifierhöhung. Das ist ein Plus für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kein Minus. Auch hier komme ich zu einem anderen Ergebnis, Herr Minister.

Dabei möchte ich natürlich ausdrücklich begrüßen, dass es eine Übergangsregelung für die Älteren gibt, die bei der 38,5-Stunden-Woche bleiben, wie auch für diejenigen, die im Schicht- und Wechseldienst arbeiten und besondere Belastungen haben, z. B. im sozialen Bereich des Landes Hessen.

Auch die sechs freien Tage, die in den Jahren 2010 und 2011 als Ausgleich für diejenigen gedacht sind, die jetzt Arbeitszeiterhöhungen auf sich zukommen sehen, ist eine vernünftige und kluge Regelung. Auch dies will ich sagen. Das hat aber auch materielle Bedeutung.

Ich kenne das Geschäft auch. Ich weiß, die Arbeitgeber rechnen ihre Regelung entsprechend anders, als dies Gewerkschaften tun. Aber es gehört zur Redlichkeit hinzu, auch diese Seite zu betrachten. Ich will gar nicht kritisieren, sondern im Gegenteil ausdrücklich loben, dass es zu solchen Ergebnissen gekommen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister, mich betrübt allerdings, dass Sie im Hinblick auf die Beamtinnen und Beamten vorgetragen haben, dass es keine Arbeitszeitreduzierung wie im Tarifbereich geben soll. Zumindest habe ich Sie so verstanden; denn Sie haben Bezug genommen auf die bestehende Vereinbarung, die mit dem Beamtenbund abgeschlossen wurde und in der ein Lebenszeitkonto geregelt ist.

Wir fordern als LINKE nach wie vor, dass die Arbeitszeiten wie auch die Einkommen dem angepasst werden sollen und müssen, was der Tarifbereich vorgibt. Für uns gilt nach wie vor die Devise, dass das Tarifrecht das Beamtenrecht bricht bzw. das Beamtenrecht dem Tarifrecht zu folgen hat. Insofern gilt unsere Aufforderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übernahme der Regelungen des Tarifvertrags auch im Hinblick auf die Arbeitszeitreduzierung für alle Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich zu den Regelungen für die Auszubildenden etwas sagen. Es ist erstmals seit fünf Jahren geregelt, dass für die Auszubildenden nach der Ausbildung eine Übernahme für zwölf Monate möglich ist. Unter dem Eindruck dessen, dass es in den Jahren von 2003 bis 2006 keine Übernahme von Auszubildenden im Landesdienst gegeben hat, ist dies besonders herauszustreichen und auch zu begrüßen – ebenso wie die Regelung der Ausbildungsvergütungserhöhung und die von Ihnen angesprochene Regelung, bei den Waldarbeitern wieder zu einem Tarifvertrag zu kommen. Außerdem ist Hessen mit dem Tarifvertrag Telearbeit – das gebe ich unumwunden zu – nach vorne geprescht. Das könnte und sollte durchaus Beispiel für andere Bundesländer sein.

Lassen Sie mich, weil einige Redner immer gerne auf Berlin verweisen, noch etwas dazu sagen, Herr Frömmrich, Herr Dr. Blechschmidt.

Erster Punkt, und das habe ich schon mehrfach gesagt: Auch wir, auch DIE LINKE in Hessen, lehnen den Berliner Sonderweg ab und fordern den Eintritt des Landes Berlin in die Tarifgemeinschaft der Länder.

(Beifall bei der LINKEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wer macht es denn in Berlin?)

Zweitens. Sie tun immer so, als ob Berlin allein von den LINKEN regiert werde. Das wäre zwar sehr schön, denn dann wäre mit Sicherheit auch Berlin in der Tarifgemeinschaft der Länder,

(Zurufe von der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das ist aber leider nicht der Fall. Meine Damen und Herren, Sie werden aber in Zukunft Schwierigkeiten haben, die Bundesländer sozusagen einzeln zu beobachten und uns unser Verhalten vorzuhalten, denn nach den Landtagswahlen in Thüringen und im Saarland werden Sie drei Länder unter Beobachtung stellen müssen, wo DIE LINKE an der Regierung beteiligt ist. Dann wird es schwieriger mit der Argumentation, die Sie bisher ins Feld führen.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Es geht hier nicht darum, Licht und Schatten eines Tarifvertrages bis in die Verästelungen hinein darzustellen. Ein Tarifvertrag ist immer ein Kompromiss, ein vernünftiger Kompromiss zwischen den Arbeitgebern – in dem Fall dem Land Hessen – und den Gewerkschaften. Das sind im Übrigen die gleichen Gewerkschaften, mit denen als Sachverständige in der Debatte um die Mitbestimmung im Rahmen des Hessischen Personalvertretungsgesetzes in die Diskussion zu kommen Sie noch gestern vehement abgelehnt haben. Heute loben Sie diese Gewerkschaften.

(Zurufe von der CDU)

Insofern begrüßen wir es in der Tat, dass es nach fünf Jahren endlich gelungen ist, zu einem Tarifergebnis zu kommen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es notwendig ist, eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der materiellen Tarifregelungen auf die Beamtinnen und Beamten vorzunehmen und deren Arbeitszeit entsprechend zu reduzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind außerdem der Meinung, dass die Gewerkschaften mit dem Eckpunktepapier und den Tarifverträgen so klug waren, den Weg zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder nicht zu verbauen, und dieser Weg auch weiterhin

verfolgt wird. Insofern haben wir hier das zweitbeste Ergebnis vorliegen. Das beste Ergebnis wäre in der Tat eine Mitgliedschaft des Landes Hessen in der Tarifgemeinschaft der Länder. Dafür werden wir als LINKE weiter streiten.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Schaus. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Frömmrich zu Wort gemeldet. Herr Frömmrich, Sie haben zwei Minuten Redezeit.

(Minister Volker Bouffier: Streitet ihr euch jetzt, wer der größte Arbeiterführer ist?)

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Nein, der größte Arbeiterführer sind ja Sie, wie Sie vorhin gesagt haben.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem der Kollege Schaus hier noch einmal auf die Frage eingegangen ist, wie sich DIE LINKE in Berlin in der Regierung verhält, hat es mich doch gereizt, dieses Thema noch einmal anzusprechen.

Das Problem ist überhaupt nicht, dass man an manchen Stellen in der Realität ankommen muss und dass es manchmal schwierig ist, wenn man in Koalitionen eingebunden ist. Das ist nicht das Problem. Aber es funktioniert nicht, Herr Kollege Schaus, dass Sie sich im Bundestag und in den Landtagen hinstellen und sich als die Speerspitze derer gerieren, die für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kämpfen und demonstrieren, aber dort, wo Sie selbst Regierungsverantwortung tragen, genau das machen, was Sie dem Innenminister hier vorwerfen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist doch gelogen!)

Die LINKE ist als Teil der Regierung in Berlin aus der TdL ausgetreten. Das müssen Sie sich sagen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann nicht sein, dass Sie hier wunderschöne Reden halten und in Berlin genau das Gegenteil machen. Das gilt ja nicht nur für den Austritt aus der TdL, Herr Kollege Schaus. Wer hat denn die Sozialtarife der BVG erhöht? Das geschah unter Mitwirkung der LINKEN in Berlin. Wer betreibt die härteste Verfolgung, wer verhängt die härtesten Sanktionen bei Verstößen gegen das ALG II? – Berlins härteste Senatorin. Die ist Mitglied der LINKEN. Herr Kollege Schaus, Sie sollten also keine wohlfeilen Reden an das Volk halten, wenn Sie da, wo Sie Verantwortung tragen, genau das Gegenteil davon machen. So funktioniert die Sache nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Frömmrich. – Herr Schaus, Sie haben Gelegenheit zur Antwort. Sie haben ebenfalls zwei Minuten Redezeit.



**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Frömmrich, ich nehme immer gerne zur Kenntnis, dass Sie uns, seit Sie wieder in den Landtag eingezogen sind, als Hauptgegner betrachten und sich entsprechend gerieren. Das muss ich hinnehmen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe, was unsere Position zu Berlin angeht, überhaupt nichts hinzuzufügen. Ich werde mich auch nicht herablassen, Herr Frömmrich, hier Details über die Zustimmung der GRÜNEN zu bestimmten ökologischen Projekten in Hamburg zu diskutieren. Auf das Niveau beuge ich mich nicht. In diesem Sinne können wir gerne weiter arbeiten.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Rednerreihenfolge fort. Als Nächster hat Herr Beuth für die CDU-Fraktion das Wort. Herr Beuth, Sie haben 15 Minuten zur Verfügung.

**Peter Beuth (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine gewisse Genugtuung darüber kann ich nicht verhehlen, dass sich zwei Oppositionsfraktionen – in Gestalt von Herrn Frömmrich und Herrn Schaus – hier selbst zerlegen. Herr Frömmrich, Sie waren im letzten Jahr nicht dabei; deshalb will ich Sie darauf hinweisen, dass die LINKEN beinahe Ihr Koalitionspartner geworden wären. Das sollten Sie in Erinnerung behalten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, bevor wir zu den wichtigen Wahlen zum Staatsgerichtshof kommen, hier in ein paar Sätzen die Position der CDU noch einmal deutlich machen. Ich will vorneweg betonen, dass wir in der Debatte erlebt haben, dass die Oppositionsfraktionen angesichts des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst auf deutlich leiseren Sohlen dahergekommen sind, als wir das in all den Debatten in den vergangenen Jahren hier erlebt haben: kaum mehr Schaum vor dem Mund, aber kleinliche Krittellei, will ich einmal sagen, die Sie an dem Vertragswerk hier vorgetragen haben. Insofern kann ich für die CDU-Fraktion feststellen: Am Ende scheint das doch ein ganz gutes und gelungenes Werk zu sein, was der Innenminister gemeinsam mit den Gewerkschaften ausgehandelt hat. Insofern möchte ich ihm und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Namen der CDU-Fraktion sehr herzlich zu diesem Abschluss gratulieren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Allen Unkenrufen zum Trotz ist es in den vergangenen Jahren gelungen, den Einstieg in einen Hessentarif zu finden. Der Kollege Frömmrich hat vorhin so danach gefragt, worin dabei der Mehrwert liegt. Der Mehrwert liegt darin, dass wir, sozusagen als Herren im eigenen Haus, als Tarifpartner gemeinsam mit den Gewerkschaften für Hessen den richtigen Tarif finden. Herr Kollege Frömmrich, das ist der Mehrwert. Wir werden nicht aus Berlin oder von anderswo fremdbestimmt, sondern wir können in Wiesbaden gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften, den Vertretern der Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmer einen eigenen Tarifvertrag ausarbeiten. Das ist der Mehrwert. Das ist auch gut so, und das Ergebnis lässt sich sehen.

(Beifall bei der CDU)

Es waren ja fast gequält konstruierte Widersprüche, die hier vorgetragen worden sind. Ich finde, es hätte Ihnen am Ende ganz gut angestanden, Herr Kollege Frömmrich, Herr Kollege Rudolph und auch Herr Schaus, im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einmal festzustellen, dass die Landesregierung diesen Tarifvertrag gemeinsam mit den Gewerkschaften richtig gut gemacht hat.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Dazu braucht es aber Größe! – Günter Rudolph (SPD): Sie sollten nichts Unmögliches verlangen, Herr Kollege!)

Das wäre echte Größe gewesen. Die Krittellei, die Sie hier an den Tag gelegt haben, war völlig nutzlos.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich gemacht: Wir wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln. Das gilt für die Arbeiter und Angestellten genauso, wie das für die Beamtinnen und Beamten und für die Versorgungsempfänger gilt. Das ist überhaupt nichts Neues. Auch in Zeiten der Krise und trotz einer sehr schwierigen Haushaltssituation haben wir nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir die Mitarbeiter an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligen wollen. Das geschieht nunmehr mit diesem Tarifvertragswerk.

Von dem Tarifvertrag sind fast 50.000 Arbeiter und Angestellte betroffen. Knapp die Hälfte davon wird jetzt aus den Neu- und den Individualverträgen, die seit 2003 entstanden sind, in den Tarif übernommen. Das gilt auch für die 25.000 Altverträge.

Wir haben mit dem Tarifvertrag für Hessen sozusagen einen Neuanfang. Ich finde, es ist im Grunde eine ganz wunderbare Nachricht, dass wir uns auf dem Weg zu einem Hessentarif befinden und nicht nur für die Arbeitnehmer, die Arbeiter und die Angestellten einen entsprechenden Tarif schaffen, sondern darüber hinaus im Moment auch dabei sind, für die Beamtinnen und Beamten ein eigenes Dienstrecht zu kreieren, bei dem wir mehr Flexibilität und eine Neustrukturierung der Laufbahnen erreichen und den Austausch zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst durch die Mitnahme von Versorgungsanwartschaften erleichtern wollen.

All das zusammen macht, wie ich finde, das Bild einigermaßen rund. Insofern bin ich dem Herrn Innenminister sehr dankbar, dass wir mit dem Tarifvertrag den ersten Schritt gemacht haben.

Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass wir erhebliche Einkommensverbesserungen für die Tarifbeschäftigten, für die Waldarbeiter erreicht haben. Ich finde, auch das, was wir in Bezug auf die Telearbeit erreicht haben, ist ganz erfreulich.

Aber es ist ebenfalls deutlich geworden – auch in der Regierungserklärung des Herrn Ministers –, dass das Ganze die spezifische Haushaltssituation dieses Landes berücksichtigt. Wir sind in einer sehr schwierigen Situation. Wir haben im Moment eine sehr schwierige Haushaltssitua-

tion zu beklagen. Mit diesem Tarifvertrag handelt man nicht nur gegenüber den Bediensteten, sondern auch gegenüber den Steuerzahlern verantwortlich. Insofern ist uns auch hier ein kluges und gutes Werk gelungen.

Wir meinen, der Abschluss stellt daher auch das Ende der Diskussion über die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder dar.

Herr Kollege Frömmrich hat eben vom „Chorgesang“ gesprochen. Ich finde, man kann dieses Bild wunderbar aufgreifen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dass es 16 Bundesländer gibt, bedeutet, dass wir 16 unterschiedliche Tonlagen haben. Deswegen ist es klug, dass wir einen eigenen Tarif haben. Das ist sozusagen der Hesses-Chor. Ich glaube, das wird ein größerer Klanggenuss werden, als wenn wir uns in die Reihe der 15 anderen Bundesländer einordneten.

Wie ich gesagt habe, haben wir uns allen Unkenrufen zum Trotz mit den Gewerkschaften – von ver.di über dbb tarifunion, GEW und GdP bis zur IG BAU – auf ein Eckpunktepapier geeinigt, das in den Tarifvertrag Hessen münden soll. Wir haben erreicht, dass die Vergütung ab dem 1. April 2009 um 3 % steigen wird. Wir haben erreicht, dass es zum 1. März 2010 eine Einkommensverbesserung um weitere 1,2 % gibt. Außerdem haben wir für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine nennenswerte Einmalzahlung von 500 € erreicht.

Darüber hinaus haben wir das Weihnachtsgeld für die einzelnen Vergütungsgruppen festgelegt. Ich finde – auch das will ich noch einmal deutlich machen –, man kann gar nicht hoch genug einschätzen, dass wir weiterhin die hessische Besonderheit der Kinderzulage haben. Es ist natürlich völlig richtig, was der Herr Innenminister in seiner Regierungserklärung eben vorgetragen hat, nämlich dass wir nicht nur in Sonntagsreden darüber sprechen wollen, dass wir ein familienfreundliches Land sind, sondern dass wir es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über einen Tarifvertrag auch tatsächlich familienfreundlich gestalten. Deswegen ist es eine besondere Errungenschaft unseres Landes – unserer Tarifverträge –, dass wir eine Familienzulage für die Kinder haben. Immerhin sind das 100 €. Das will ich hier noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben uns darauf geeinigt, dass die reguläre Arbeitszeit 40 Stunden beträgt. Auch in diesem Punkt wird mit diesem Tarifvertrag nach langen Jahren ein Streit begraben, und das ist, glaube ich, auch im Interesse des Klimas in unseren Amtsstuben. Es ist eine gute Nachricht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Lassen Sie mich nicht zuletzt folgenden Punkt herausgreifen. Es geht um die Frage, wie wir mit den Auszubildenden umgehen, also mit denjenigen, die in unseren Ämtern gelernt haben. Wir werden zunächst einmal dafür Sorge tragen, dass sie zwölf Monate anschlussbeschäftigt sind. Auch das ist ein wichtiger Punkt, den man hier vortragen sollte.

Der Abschluss kostet in der Tat Geld. Es ist ein nennenswerter Geldbetrag; auch das will ich nicht verhehlen. Es handelt sich um eine Größenordnung von 135 Millionen €.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es erreicht, dass dieser Tarifvertrag um ca. 30 Millionen €

günstiger abgeschlossen worden ist, als wenn wir einen Abschluss im Rahmen der Tarifgemeinschaft der Länder erzielt hätten. Das liegt zum einen daran, dass wir einen anderen bzw. keinen Sockelbetrag haben. Zum anderen haben auch die Laufzeiten – wann beginnt ein Tarifvertrag? – Auswirkungen auf die Kosten insgesamt.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass diese Einkommensverbesserungen nicht bei den Arbeitern und Angestellten haltmachen dürfen, sondern dass wir auch die Beamtinnen und Beamten einbeziehen sollten, sowohl die aktiven Beamten als auch die Ruhestandsbeamten. Auch das wird das Land Hessen eine nennenswerte Geldsumme kosten. Aber wir haben erklärt, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insgesamt und auch die Versorgungsempfänger insgesamt in die wirtschaftliche Entwicklung einbeziehen wollen. Insofern ist es klug und richtig, dass wir in einem Gesetz festlegen wollen, dass dieser Tarif auch für die Beamtinnen und Beamten gilt.

Meine Damen und Herren, am Schluss dieser Debatte, kurz vor den Wahlen zum Staatsgerichtshof, möchte ich im Namen der CDU-Fraktion darauf hinweisen, dass wir hier einen ganz prima Abschluss erreicht haben.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, klar!)

Lieber Herr Innenminister, Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön dafür, dass Sie im Interesse der Mitarbeiter unseres Landes diesen Abschluss erreicht haben. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herzlichen Dank, Herr Beuth.

Ich erlaube mir, schon einmal den Gong zu betätigen. Ich gehe davon aus, es gongt draußen, nicht hier drinnen. Wir machen jetzt einen Test.

(Der Gong ertönt. – Zurufe)

– Ich hoffe, sowohl als auch.

Herr Schaus, Sie haben sich noch einmal zu Wort gemeldet. Sie haben noch zweieinhalb Minuten Redezeit. Bitte.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist das in Berlin, Herr Schaus?)

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Wie ist es denn in Hamburg, Herr Wagner? Okay, lassen wir das, oder?

Herr Präsident, meine Damen und Herren! ich habe mich nach der Aufforderung von Herrn Beuth, das differenziert zu betrachten, noch einmal zu Wort gemeldet. Ich behaupte nach wie vor – wahrscheinlich haben Sie das nicht mitbekommen, Herr Beuth –, dass ich das sehr wohl gemacht habe. Ich weiß nämlich, dass Tarifergebnisse immer Kompromisse sind. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass es sich bei den Punkten, die ich als positiv herausgestellt habe, um die Ergebnisse handelte, auf die die Gewerkschaften gedrungen haben.

Lassen Sie mich drei Sätze zu dem Dringlichen Entschließungsantrag sagen, den CDU und FDP hier eingebracht haben. Auch wir begrüßen es, dass es nach fünf Jahren Stillstand endlich gelungen ist, gemeinsam mit den Ge-

werkschaften ein Tarifergebnis für die Beschäftigten des Landes Hessen zu erzielen.

Auch wir sprechen uns dafür aus, dass die vereinbarten Regelungen zur Einkommensverbesserung – im Übrigen auch die zur Arbeitszeit; das habe ich deutlich gemacht – zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass mit diesem Tarifvertrag der Weg zurück in die TdL nicht verbaut, sondern ein Stück weit geebnet und zeitlich gestreckt wurde und dass er gegangen werden sollte.

Da die wesentlichen Teile nicht enthalten sind, werden wir dem Antrag von CDU und FDP nicht zustimmen, sondern uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön, Herr Schaus. – Wir sind am Ende der Aussprache über die Regierungserklärung der Landesregierung betreffend „Tarifpolitik in schwierigen Zeiten – gut für die Bediensteten, verantwortungsvoll gegenüber dem Steuerzahler“.

Mit aufgerufen war der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Abschluss eines Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst.

Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer diesem Dringlichen Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist dieser Dringliche Entschließungsantrag mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen jetzt vereinbarungsgemäß zu **Tagesordnungspunkt 4:**

### Wahlen

#### Staatsgerichtshof des Landes Hessen

##### a) Wahl der nicht richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen

Nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof legen die Fraktionen zur Wahl der sechs nicht richterlichen Mitglieder Listen vor.

In jeder Liste müssen die Namen und Anschriften von mindestens zehn wählbaren Personen verzeichnet sein.

Die Mitglieder, die aus jeder Liste zu entnehmen sind, werden in entsprechender Anwendung des § 5 Abs. 4 gewählt.

Die Mitglieder sind in der Reihenfolge gewählt, in der ihre Namen in den Listen verzeichnet sind.

Die übrigen in den Listen verzeichneten Personen sind stellvertretende Mitglieder in der Reihenfolge der Listen.

Hierzu liegen Ihnen die **Wahlvorschläge der Fraktion der SPD, Drucks. 18/150, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/151, sowie der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/152, vor.**

Nach § 2 Abs. 3 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof ist diese Wahl geheim. Zur Durchführung der Wahl sind also Wahlhelfer erforderlich. Ich gehe im Moment davon aus, dass es bei den bewährten Kräften bleibt. Ich frage

das jetzt nach. Frau Wallmann übernimmt das für die Fraktion der CDU. – Das ist so. Frau Gnagl übernimmt das für die Fraktion der SPD. – Jawohl. Herr Mick übernimmt das für die FDP-Fraktion. – Jawohl. Frau Sorge tut dies für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Schott für die Fraktion DIE LINKE. – Das ist dann so. Ich darf die Wahlhelfer bitten, zu mir zu kommen.

Sie müssen jetzt an die Arbeit gehen. Das betrifft die Wahlhelfer und auch die Wahlhelferinnen. Das ist geschlechtsneutral.

Die Urnen usw. sind vorbereitet. – Die Urnen sind da.

Auf die Frage des Herrn Hahn, ob wieder gelocht werden soll, antworte ich mit einem heftigen Nein.

Ich darf Ihnen Folgendes mitteilen: Wir werden die Namen der Abgeordneten aufrufen. Das wird gleich erfolgen. Jeder von Ihnen erhält von den Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, von mir aus gesehen, dort rechts den gefalteten Stimmzettel. Der Ausgabebüchse steht, von mir aus gesehen, rechts. Dort sitzen auch bereits Wahlhelfer.

Sie kennen das. Sie gehen danach hinter der Portraitwand zu den beiden Wahlkabinen, die, von mir aus gesehen, links sind. Ich weise noch einmal daraufhin, dass Ihr Stimmzettel nur ein Kreuz in einem Kreis und keinerlei weitere Kennzeichnung oder Bemerkungen enthalten darf.

(Zuruf: Löcher!)

Ansonsten ist der Stimmzettel ungültig. Ich darf Sie bitten, nach dem Wahlgang diesen Stimmzettel in eine der Wahlurnen zu werfen, die sich hier vorne auf dem Platz der Stenografen befinden.

Ich bitte die Wahlhelfer, sich noch einmal von dem ordnungsgemäßen Zustand der Wahlkabinen, der Wahlunterlagen und der Wahlurnen zu überzeugen. – Sie haben hineingeschaut. Nichts wurde beanstandet.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Alles ist in Ordnung!)

Dann darf ich die beiden Schriftführer bitten, die Namen alphabetisch aufzurufen. Wer fängt an? – Herr Bauer, bitte schön.

(Namensaufruf)

### Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Haben Sie Ihre Stimme abgeben können? – Dann stelle ich fest, dass jeder seine Stimme hat abgeben können. Ich schließe die Wahlhandlung und bitte auszuzählen.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl der nicht richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen bekannt.

Es gab drei Vorschläge. Abgegebene Stimmzettel: 117, keiner ungültig, also 117 gültige.

Auf den Vorschlag der SPD-Fraktion entfielen 31 Stimmen, auf den Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entfielen 21 Stimmen und auf den Vorschlag von CDU und FDP entfielen 65 Stimmen.

(Günter Rudolph (SPD): Da fehlt schon wieder eine Stimme!)

– Nicht immer den gleichen Reflex. Es passt trotzdem. – Damit sind gewählt: Dr. Günter Paul, Dr. Wolfgang Teufel,

Prof. Dr. Steffen Detterbeck, Prof. Dr. Klaus Lange, Paul Leo Giani und Rupert von Plottnitz. Damit ist diese Wahl vollzogen.

**b) Wahl oder Wiederwahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen**

Die Präsidentin oder der Präsident wird für die Dauer ihrer oder seiner jeweiligen Amtszeit als Mitglied aus der Gesamtheit aller ständigen Mitglieder gewählt. Die Befähigung zum Richteramt ist Voraussetzung für dieses Amt.

Da der bisherige Präsident des Staatsgerichtshofs aus dem Bereich der ständigen Mitglieder nach § 2 Abs. 2 Staatsgerichtshofsgesetz – nicht richterliche Mitglieder – gewählt worden war, ist diese Wahl zu Beginn der Wahlperiode ebenfalls erforderlich. Eine Wiederwahl ist zulässig.

Zu der Wahl bedarf es der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtags. Ihnen liegt ein Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP vor, **Drucks. 18/267. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.**

Wie mit den Fraktionen abgesprochen, erfolgt die Wahl per Handzeichen. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, wer dem Wahlvorschlag Drucks. 18/267 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Vier Gegenstimmen. Enthaltungen? –

Jetzt muss ich rechnen: 117 minus 4 sind 113.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Zwei fehlen!)

Zwei weniger ergibt 115 insgesamt abgegebene Stimmen. Neinstimmen waren 4, das bedeutet 111 Jastimmen, eine Schnapszahl. Enthaltungen gab es keine. Damit ist die erforderliche Mehrheit erreicht. Ich stelle fest, dass Herr Dr. Günter Paul zum Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen gewählt wurde.

**c) Wahl oder Wiederwahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen**

Hier ist das gleiche Verfahren wie bei der Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs anzuwenden. Ich verweise auf meine Berichterstattung zur Wahl des Präsidenten.

Ihnen liegt ein Vorschlag vor. Weitere werden nicht gemacht? – Nein.

Gewählt werden soll per Handzeichen. – Dem wird nicht widersprochen.

Dann bitte ich um Abstimmung. Wer für den Wahlvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest: Es gibt 115 Jastimmen, keine Enthaltung und auch keine Neinstimme. Damit ist Herr Dr. Wolfgang Teufel zum Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen wiedergewählt worden.

Die Vereidigung erfolgt nachher, zum Schluss der Vormittagssitzung. Wir fahren jetzt mit der Tagesordnung fort. Es ist 11:14 Uhr.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 34** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Gesamtverantwortung wahrnehmen – politische Taktiererei beenden – Drucks. 18/255 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Das Wort für den Antragsteller hat der Abg. Schmitt.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP will das Finanzmarktstabilisierungsgesetz – ein schwieriges Wort –, insbesondere den Teil des Rettungsübernahmegesetzes, am Freitag im Bundesrat blockieren. So hat es jedenfalls der stellvertretende Ministerpräsident, Herr Hahn, angekündigt. Dafür gibt es einige Quellen. Wir haben diesen Antrag gestellt, um deutlich zu machen, dass die FDP endlich ihre Obstruktion aufgeben und der Landtag hier deutlich machen muss, was er von dieser parteitaktisch motivierten, dieser gefährlichen Haltung der FDP hält – nämlich nichts.

(Beifall bei der SPD)

Hören Sie von der FDP endlich auf mit Ihren politischen Taktierereien, und nehmen Sie die Gesamtverantwortung für diese Gesellschaft wahr – gerade bei den schwierigen Fragen, wie wir aus der Wirtschaftskrise herauskommen und den Finanzmarkt wieder einigermaßen in Ordnung bringen können. Herr Hahn, wer sich nur zum Sprachrohr von Spekulanten macht, der nimmt keine Gesamtverantwortung für diesen Staat wahr. Wer, so wie die FDP, Herrn Flowers Spekulantenweg noch mit Blumen schmücken möchte, muss sich fragen lassen, ob ihm die Interessen eines Spekulanten wichtiger sind als die Verantwortung für den gesamten Finanzsektor in Deutschland und damit auch die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Eine Verzögerung in dieser Angelegenheit – es geht um die Rettung der Hypo Real Estate – ist hoch riskant. Herr Hahn, wenn Sie mir nicht glauben, dann verweise ich darauf, dass es auch ein ganz schönes Zitat des Bankenverbandes gibt, der gesagt hat, dass eine Rettung unbedingt in den nächsten Wochen erfolgen müsse. Das ist ganz, ganz wichtig, und es darf darüber hinaus keine Zeit vergehen. Es ist also hoch riskant. Es brennt lichterloh. Nach jüngsten Nachrichten muss – neben den staatlichen Garantien, die in Höhe von 87 Milliarden € schon gegeben wurden – eine kräftige Eigenkapitalspritze von bis zu 10 Milliarden € weiter hinzukommen. Wenn der Staat so viel Geld investiert – und es ist verdammt viel Geld –, dann braucht er auch einen entsprechenden Einfluss auf diese Bank.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Der US-Großaktionär Flowers, der derzeit 24 % des Anteils bei der Hypo Real Estate kontrolliert, lehnt eine Übernahme durch den Bund aber ab. Er will Aktionär bleiben; und er will vor allem weiter mitmischen. Das ist ja sozusagen der Hauptgrund. Eine Übernahme seiner Aktien durch den Staat zum aktuellen Börsenwert hat er abgelehnt. Anstelle der 77 Cent pro Aktie, die seine Aktien derzeit wert sind, will Flowers 3 €. Besonders ärgerlich ist dabei: Er erhält Schützenhilfe vom stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Hahn. Ein vernünftiges Angebot könnte das Problem möglicherweise lösen, sagte Herr Hahn gegenüber „n-tv“ – die zitieren ihn so.

Liebe Kollegen von der CDU, Sie sollten unserem Antrag folgen und Herrn Hahn zeigen, was Sie von solchen Aussagen halten, und Sie sollten vor allem Ihrer Bundeskanzlerin, Frau Merkel, folgen, die nämlich im Deutschlandfunk sagte, dass die Regierung darauf achten müsse, wie

sie mit dem Geld des Steuerzahlers umgehe. Das ist sehr richtig, meine Damen und Herren. Zitat von Frau Merkel – „Focus online“, 14.03. –: „Was wir nicht können, ist, jetzt Preise zu bezahlen, die nicht den marktüblichen Werten entsprechen.“ Frau Merkel, sehr richtig, sie hat wenigstens einmal an dieser Stelle recht, die Bundeskanzlerin.

Warum will die FDP diesem Gesetz nicht zustimmen? Weil das Rettungsübernahmegesetz als Ultima Ratio auch die Enteignung möglich machen würde. Meine Damen und Herren, was aber Herr Hahn will, ist die Enteignung der Steuerzahler.

(Lachen des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Ohne staatliche Hilfe – ich glaube, das ist doch klar – wären die Aktien null Euro wert. Sie hätten überhaupt keinen Wert, nicht einmal mehr die 77 Cent pro Aktie, für die sie derzeit gehandelt werden.

Herr Hahn, Sie wollen dem Spekulanten Flowers doch goldene Eier ins Nest legen. Das ist doch der eigentliche Punkt, über den wir hier streiten, und bezahlen sollen es die Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der FDP: Sie haben nichts verstanden!)

So versteht die FDP die Risikoverteilung in dieser Gesellschaft. Es ist völlig klar, viele Mitarbeiter der Hypo Real Estate werden entlassen, damit diese Bank wieder gesunden kann. Der Steuerzahler blutet; und Herr Hahn kümmert sich um Herrn Flowers. So ist die Partei der Besserverdienenden, meine Damen und Herren. So ist das zu verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, die CDU sollte diesem ideologischen Quatsch der FDP endlich einen Riegel vorschieben. Herr Ministerpräsident Koch, da sind Sie gefordert. Sogar der Bundesverband deutscher Banken – das ist der Bundesverband der Privatbanken in Deutschland – hält eine solche Enteignung, wie sie im Rettungsübernahmegesetz vorgesehen ist, für möglich und sinnvoll. Was soll da – ich kann es nicht anders sagen – dieser ideologische Quatsch? Diese wissen, wo in diesem Bereich die Hütte brennt; denn wenn noch der Pfandbriefmarkt zusammenkracht oder die Hypo Real Estate pleitegeht oder noch weiter in Bedrängnis kommt, haben wir wieder ein fettes Problem. Deswegen gibt es einen dringenden Handlungsbedarf.

Ich habe nun auch das Zitat gefunden. Wenn Sie mir nicht glauben, zitiere ich Herrn Klaus-Peter Müller, das ist der scheidende Vorsitzende des Bundesverbandes deutscher Banken, der zur Situation bei der Hypo Real Estate sagt:

Wenn man in den nächsten 14 Tagen zu keiner Lösung für die HRE kommt, fliegt uns hier alles um die Ohren.

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich Ihnen: Es darf zu keinem Zeitverzug kommen; und im Bundesrat darf sozusagen nicht eine Mehrheit gegen dieses Gesetz zustande kommen, sondern es muss eine Mehrheit dafür geben.

(Beifall bei der SPD)

Da kann sich die hessische CDU nicht wegdrücken und sagen, das ist der Koalitionspartner. Ansonsten wird genau das gemacht, was Herr Hahn noch ausgeschlossen hat, dass nämlich der Bundesrat zu einer Parteigliederung der FDP wird. Meine Damen und Herren, es ist dringendes Handeln angesagt. Die ideologische Aufladung von

schwierigen Fragen der Krisenbewältigung durch die FDP ist unerträglich. Dahinter steht natürlich das Bild der FDP: möglichst wenig Staat. Genau diese Haltung hat uns aber in die Krise geführt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Wenn uns jetzt diese Haltung auch noch die Krisenbewältigung erschwert, dann muss ich sagen: Dann brennt die Hütte wirklich. Deswegen ist Handeln angesagt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hahn, was für einen Unfug haben Sie im Bundesrat erzählt? Nach dem Bundesratsprotokoll vom 06.03.2009, Seite 67, haben Sie gesagt:

Eine Enteignung würde die ordnungspolitischen Grundsätze unserer Wirtschaftsordnung über Bord werfen. Sie würde zu einem massiven Vertrauensverlust in den Standort Deutschland führen und hätte damit nicht abschätzbare Schäden für die Investitionen in unserem Lande zur Folge.

Was für ein Unsinn. Wenn die systemrelevante Bank Hypo Real Estate kippt, weil durch ideologische Scheuklappen Zeit verloren geht, dann gehen Vertrauen und viel Geld verloren. Dann hätte dies in der Tat unabschätzbare Schäden für unsere Wirtschaft und damit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch für die Arbeitgeber in Deutschland zur Folge. Das ist die richtige Konsequenz.

Das Gleiche gilt übrigens auch für Opel. Warum wollen Sie dort die staatliche Beteiligung ausschließen? Auch dieses Unternehmen ist höchst relevant. Wenn Opel kippt, fallen nicht nur die 15.000 Arbeitsplätze bei Opel weg, sondern sehr, sehr viele bei den Zulieferbetrieben werden Opfer.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das sieht Herr Hering anders!)

Wie sollen in diesem industriellen Sektor Ersatzarbeitsplätze entstehen? Das müssen Sie uns einmal sagen. Die sind doch dann für immer weg. Deswegen sollte man nicht – wie Herr Hahn – etwas ausschließen, sondern man sollte gerade offen sein für ungewöhnliche Lösungen, die sicherlich nicht alltäglich sind und die hoffentlich auch nicht täglich nötig sein werden.

Ich meine, wir haben doch eigentlich gemeinsam etwas gelernt: Herr Hahn, die Ausschließeritis sollte man ausschließen. Ich glaube, damit wären Sie gut beraten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir lehnen jedenfalls eine vorübergehende staatliche Beteiligung im Falle des Falles nicht ab. Das sehen wir wie der Betriebsrat von Opel. Die staatliche Beteiligung ist nicht unser Ziel. Das gilt vielleicht für die Linkspartei, aber nicht für die Sozialdemokraten. Das Ziel ist vielmehr die Rettung von Opel. Aber auf diesem Weg kann die staatliche Beteiligung eine Brücke sein, um die Wegstrecke erfolgreich zu gehen. Deswegen sollten Sie an dieser Stelle nichts ausschließen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Am Ende werden wir die Zeit überbrücken müssen, damit diese Zeit genutzt wird, um private Investoren zu finden,

die momentan – ich sage: noch – nicht dazu bereit sind. Diese Strecke muss überbrückt werden.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Abwarten!)

– „Abwarten“, das höre ich gerne. Herr Dr. Arnold, das wäre gut. Ich glaube, da sind wir sogar der gleichen Meinung. Ich sehe, dass an dieser Stelle die ideologischen Unterschiede zwischen CDU und SPD geringer sind als die zwischen CDU und FDP.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das stimmt!)

– „Das stimmt“, sagt der Kollege Hahn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die CDU hat doch jetzt eine große Chance. Sie haben für morgen früh einen Antrag auf eine Aktuelle Stunde gestellt, wo es um die Frage der Wahrnehmung des Abgeordnetenmandats, der Unabhängigkeit des Mandats geht. Sie haben bei der Abstimmung über unseren Antrag endlich einmal die Gelegenheit, zu beweisen, wie das bei Ihnen aussieht. Sie brauchen nur unserem Antrag zuzustimmen und Ihrem Gewissen zu folgen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Merkel hat zum Thema Opel-Beteiligung gestern gesagt, dass eine staatliche Beteiligung an Opel ausgeschlossen ist. Herr Ministerpräsident Koch hat sich in der Vergangenheit dazu zum Glück anders ausgedrückt und etwas anderes formuliert. Das finden wir richtig. Herr Koch schließt eine staatliche Beteiligung nicht aus. Das ist aus unserer Sicht auch richtig.

Nach der ganzen Debatte und nach dem, wie die Hütte im ganzen Finanzsektor brennt, und – wie gesagt – welche Folgen entstehen würden, wenn Hypo Real Estate kippen würde, kann ich dem Herrn Ministerpräsidenten nur raten, seinen stellvertretenden Ministerpräsidenten endlich an die Kandare zu nehmen. Ich kann der CDU nur raten, endlich zu zeigen, wer Herr in dieser Regierung ist, und sich nicht immer von der FDP durch die Arena treiben zu lassen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Reif für die CDU-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Das war nichts mit Europa! Das hat nicht geklappt!)

#### **Clemens Reif (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! – Herr Rudolph, durch meine Kandidatur habe ich den von Ihnen seit vielen Jahren geforderten Demokratisierungsprozess bei der CDU eingeleitet. Insofern müssten Sie voll zufrieden sein.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Lassen Sie uns jetzt zu Ihrem Antrag kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sprechen über das Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes, das sogenannte Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz – damit wir beim Thema sind. Wenn ich die Überschrift der SPD lese, muss ich feststellen: Herr Kollege Schmitt,

dieser Antrag ist an Verantwortungslosigkeit und politischer Taktiererei nicht zu übertreffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Denn was hat der stellvertretende Ministerpräsident Hahn getan? Der stellvertretende Ministerpräsident Hahn hat seine Sorge um den Finanz- und Wirtschaftsplatz der Bundesrepublik Deutschland ausgedrückt, die schließlich die drittgrößte Wirtschafts- und Handelsnation der Welt ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist seine Pflicht. Darauf hat er einen Eid geleistet. Das muss er meines Erachtens tun.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Stimmen Sie zu oder nicht?)

Herr Schmitt, im Übrigen müssen wir präzise sein. Der Aktienkurs liegt heute Morgen nicht bei 0,77 €, sondern bei 1,15 €. Das beruhigt den Aktionär von Hypo Real Estate nicht, aber das ist ein wesentlicher Unterschied, weil es nahezu 60 % mehr ist als das, was Sie hier genannt haben. – So viel zur Akkuratessse dessen, was Sie hier vortragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir sind uns aber einig, dass –)

– Nein, Herr Kollege, wir sind uns nicht darüber einig. Wir sind uns auch nicht darüber einig, dass jeder Aktionär ein Spekulant ist. Ich darf darauf hinweisen: Ich bin nicht der Vertreter von Herrn Flowers. Aber Ihre Parteikollegen in Schleswig-Holstein haben Herrn Flowers in die HSH Nordbank hineingeholt, um diese Bank zu stabilisieren. So schlecht kann er also nicht sein, wenn Ihre eigenen linken Parteigenossen in Schleswig-Holstein dafür sorgen, dass Herr Flowers einen wesentlichen Anteil an einer Staatsbank im Norden unserer Republik hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Übrigen darf ich darauf hinweisen: Es gibt nicht nur Großaktionäre bei der HRE. Es gibt Tausende und Abertausende von Klein- und Kleinstaktionären, die dort ihr Geld eingesetzt haben und die Sie mit diesem Antrag und Ihrer Vorgehensweise ebenso enteignen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Herr Schäfer-Gümbel, ob das im Sinne dieses Gesetzes und Ihrer Philosophie ist, wage ich zu bezweifeln.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Fragen Sie doch!)

Wir erleben in diesen Tagen die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise in der Geschichte unseres Landes, ausgelöst durch die amerikanische Subprime-Krise.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

In Zeiten wie diesen ist es die Aufgabe der Politik und des Staates, schnell und verantwortungsbewusst zu handeln und die Menschen vor den aktuellen Verwerfungen im Wirtschafts- und Finanzsystem so gut wie möglich zu schützen und davor zu warnen, um anschließend gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen. Das ist unsere Aufgabe in der Politik, und das ist Aufgabe des Staates.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist nicht Aufgabe, bei einem sehr ernsten Thema zu polemisieren und handelnde Partner gegenseitig auszuspielen. Das führt nämlich zu Irritationen nicht nur bei den

handelnden Personen und Partnern, sondern insbesondere bei der Bevölkerung. Sie möchte Klarheit, sie möchte fundierte Sachkenntnis haben und nicht irgendwelche oberflächliche Polemik, die darum geht, einen Aktionär, und sei es ein Großaktionär, aus einer Firma herauszudrängen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die Politik ist es gelungen, in einem ersten Schritt den Finanzmarkt durch ein Maßnahmenpaket aus Krediten und Bürgschaften vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): 100 Milliarden, Herr Reif!)

Hier ging es um die Rettung und die Sicherstellung eines funktionierenden Finanzmarktes, also um die Sicherstellung eines öffentlichen Gutes zum Wohle der Menschen in unserem Lande, der zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die auf ein funktionierendes Geld- und Kreditmarktwesen angewiesen sind, und um nichts anderes.

Zu Recht wurde auf internationaler Bühne verabredet, Banken mit systemischer Bedeutung aufzufangen. Aber es wurde nicht unbedingt gesagt, dass wir diese Banken enteignen müssen. Denn die Enteignung ist ein sehr massiver Eingriff in die Eigentumsgarantie und würde dem Investitionsstandort Deutschland erheblichen Schaden in der international verflochtenen Wirtschaft zufügen.

Deshalb ist unser Appell, dass wir alles versuchen, auch im Rahmen dieses Gesetzes, das verabschiedet wurde, um Möglichkeiten auszuloten, die unterhalb einer Enteignung liegen. Wenn ich die letzten Diskussionen verfolge, auch die Diskussionen, ausgelöst durch die Justizministerin Zypries, die der SPD angehört, dann stelle ich fest, das ist innerhalb dieses Gesetzes möglich.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Reif, stimmen Sie zu oder nicht?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die angeschlagene Hypo Real Estate ist von ihrer Größe her mit einer Bilanzsumme von über 420 Milliarden € von systemischer Bedeutung. Ein erheblicher Teil des Pfandbriefmarktes in Deutschland besteht aus Hypo-Real-Estate-Produkten.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie Zwischenfragen?

#### **Clemens Reif (CDU):**

Nein. – Eine Insolvenz hätte eine dramatische Folge für andere Banken, für Sparkassen, für die Genossenschaftsbanken, für Kommunen, für den Staat schlechthin. Darüber hinaus wäre ein Großteil der Einlagen, insbesondere der Privaten, aber auch der privaten sozialen Sicherungssysteme, so z. B. der Pensionsfonds und der Versorgungswerke für alle möglichen Berufsgruppen, gefährdet. Eine Insolvenz der Hypo Real Estate würde uns alle wesentlich mehr kosten als eine geordnete und gezielte Sanierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Staat trägt neben der Verantwortung für die Bereitstellung öffentlicher Güter auch gegenüber dem Steuerzahler eine Pflicht. Die Hypo Real Estate hat bereits 102 Milliarden € an Kapitalhilfen, auch privaten Kapitalhilfen, und

staatlichen Garantien erhalten und benötigt bis spätestens Ende April weitere zweistellige Milliardenbeträge. Damit ist der Finanzbedarf dieser Bank noch nicht abschließend geklärt. Der Staat braucht daher die Kontrollmöglichkeit über das Geldinstitut; denn nur unter staatlicher Kontrolle kann die Hypo Real Estate am privaten Geldmarkt refinanziert werden und mit der Sanierung beginnen. Ohne hingegen ist eine Insolvenz nicht abzuwenden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Möglichkeit der Enteignung oder die Rettungsübernahme durch das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz muss allerdings wirklich die Ultima Ratio

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ganz sicher!)

oder die Ultissima Ratio, wie der amtierende Bundeswirtschaftsminister in den letzten Tagen gesagt hat, sein.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Denn wir dürfen den Finanzplatz, wir dürfen den Wirtschaftsstandort der Bundesrepublik Deutschland nicht einfach gefährden. Wir sind doch darauf angewiesen, dass auch Institutionen, auch Firmen, auch Menschen aus anderen Ländern in diesem Land investieren und finanzieren. Wir sind darauf angewiesen, dass dies in der internationalen Verflechtung unserer Wirtschaft auch in Zukunft nicht gemieden, sondern geradezu gefördert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein dauerhafter Einstieg in die Hypo Real Estate ist darüber hinaus zumindest von unserer Seite nicht geplant. Eine Reprivatisierung nach einer Wiedererholung auf dem Finanzmarkt ist im Gesetz ausdrücklich vorgeschrieben.

Ich komme noch einmal darauf zurück. Meine Damen und Herren, wie kommen Sie mir eigentlich vor? Das, was Sie wollen, die schonungslose Enteignung, ist auch für den Kleinaktionär, der dort mit Tausenden und Abertausenden von Menschen sein Geld eingesetzt hat, weder marktwirtschaftlich noch sozial.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Reif, es geht darum, was wir in Berlin gemeinsam verabredet haben! Reden Sie doch nicht um den Brei herum!)

– Herr Kollege Schäfer-Gümbel, es ist eine außerordentliche Marktradikalität, die Sie hier vornehmen wollen. Das ist die eigentliche Marktradikalität, die Sie immer anprangern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie wollen den Kleinaktionär mit enteignen, weil Sie eine Großaktionärphobie haben. Damit sehen Sie die wirklichen Verhältnisse nicht mehr.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir wollen dem zustimmen, was wir in Berlin verabredet haben! – Janine Wissler (DIE LINKE): Es ist eine Enteignung der Steuerzahler, was hier stattfindet!)

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag ist reiner Populismus. Er ist darin nicht zu überbieten. Wir wollen keine Enteignung aus ideologischen Gründen wie Sie, sondern nur, wenn sie unausweichlich ist. Wir haben ein klares ordnungspolitisches Profil, auf dessen Grundlage wir pragmatisch, aber auch verantwortungsvoll alle mildereren Mittel prüfen werden und, wenn möglich, auch umsetzen werden.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Konsequenz am Thema vorbei!)

Bei dem Antrag, den Sie hier gestellt haben, handelt es sich um den billigen Versuch, die neue Koalition zu spalten. Das wird Ihnen zumindest in Hessen nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Manfred Görig (SPD): Keine Aussage ist auch eine Aussage! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Konsequenz am Thema vorbei!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Seit September 2008 droht der Zusammenbruch der Hypo Real Estate. Ein halbes Jahr ist auf den Finanzmärkten eine Ewigkeit. Was bisher getan wurde, waren direkte staatliche Finanzhilfen, Bürgschaften, Aktien wurden erworben im Gesamtwert von inzwischen 100 Milliarden €. Heute diskutieren wir anhand der FDP das Verhalten, wer an dieser Stelle Einfluss und das Sagen haben soll.

Aus dem riesigen Volumen staatlicher Beihilfen und Garantien kann nur eine Konsequenz gezogen werden: Die öffentliche Hand muss umgehend nicht nur Bürge, sondern auch Eigentümer der Bank werden. Nur so kann dem Grundsatz gefolgt werden, dass, wer für ein Unternehmen haftet, dort auch das Sagen haben muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, glauben Sie nicht, dass ich den Staat für den besseren Unternehmer oder den besseren Banker halte. Das kann ich deutlich sagen. Wir wissen, wie schwierig die Staatsunternehmen zu führen sind. Ich halte an dieser Stelle den Staat für das kleinere Übel. Aber ich halte es für dringend notwendig; denn die Machenschaften der HRE müssen kontrolliert und verantwortungsvoll weitergeführt werden, und es muss an dieser Stelle Kontrollmöglichkeiten geben.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was heißt den „Machenschaften“? – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE): Lesen Sie die „Bild“-Zeitung, Ihr Zentralorgan!)

Dieser Rettung wohnen wir jetzt schon ein halbes Jahr bei – ein quälender Prozess mit immer neuen Liquiditätsnotständen, immer neuen Finanzlöchern. Die Übernahme der Bank durch den Staat ist längst überfällig und darf nicht noch weiter hinausgeschoben werden. Wir haben schon beim ersten Anlauf des Gesetzes moniert, dass diese Möglichkeit der Enteignung vorgesehen werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es zeichnet sich ab, dass der größte Aktionär Flowers das Ganze immer noch als sein privates Pokerspiel betrachtet. Deshalb ist es unausweichlich, dass der Bund – als allerletzte und als grundgesetzlich vorgesehene Möglichkeit – auch eine Enteignung ermöglicht.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

In diesem Land hat Flowers einzig prominente Unterstützung von der FDP, die anscheinend sein Spiel nach wie vor mit betreiben will. Da tönt Jörg-Uwe Hahn, dass Hessen im Bundesrat das Gesetz ablehnen werde.

Da erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer Brüderle, während der Gesetzesberatungen, es sei ein Tag der Unfreiheit, Enteignung sei ein Tabubruch. – In diesem Fall die Möglichkeit einer Enteignung zu schaffen entspricht Art. 14 Abs. 3 unseres Grundgesetzes. Das ist vorgesehen, wenn eine Enteignung zum Schutz der Allgemeinheit notwendig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Eine Maßnahme auf dem Boden des Grundgesetzes als Tabubruch zu bezeichnen zeugt von einem ausgesprochen merkwürdigen Rechtsverständnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Man könnte die FDP an dieser Stelle als verlängerten Arm der Heuschrecken bezeichnen. Aber das würden Sie als Kompliment empfinden, weil ich glaube, das sind genau diejenigen, denen Sie dienen wollen.

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie wollen die Interessen der Aktionäre schützen, die spekulieren. Aber um die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kümmern Sie sich überhaupt nicht.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Quatsch!)

Das erinnert mich an ein Orchester auf einem sinkenden Schiff. Alle wissen, es ist höchster Einsatz gefragt. Es sind möglichst effektive Gegenmaßnahmen gefragt. Aber das FDP-Orchester mit den Solisten Hahn, Brüderle und Solms singt die Arie der Deregulierung, Deregulierung und Deregulierung. Das ist populistisch, das ist inhaltslos. Ich nenne es verantwortungslose Effekthascherei, was Sie an dieser Stelle betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ganz nebenbei, diese Partei, die angeblich die Wirtschaftskompetenz schier mit Löffeln gefressen hat, singt nebenbei immer noch das Lied der Steuersenkungen. Aber vielleicht müssen Sie sich irgendwann einmal entscheiden. Wenn unkontrolliert dereguliert wird und Staatsvermögen verbrannt wird, dann muss irgendwer die Zeche zahlen. Nach Ihrer Lesart ist das der Steuerzahler. Kurz gefasst: Sie müssen sagen, wer das Heuschreckenfutter zahlen soll, aber das passt nicht zu Ihrer ewigen Arie von den Steuersenkungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dass nach der Gesetzeslage angemessen entschädigt wird, ist selbstverständlich. Das entspricht unserem Grundgesetz. Aber ich glaube nicht, dass dies das ist, was die FDP meint. Ich glaube auch nicht, dass dies das ist, was Herr Reif gerade meinte. Vielmehr wollen Sie Steuergelder drauflegen, und das kann nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Reif, wer spekuliert – ob Großaktionär oder Kleinaktionär –, muss damit rechnen, sein Geld zu verlieren.



Das ist das Erste, was einem in einer Bank erklärt werden sollte.

(Clemens Reif (CDU): Nicht jeder Aktionär ist Spekulant!)

Es trifft alle. Viele haben Geld verloren. Aber wo wollen Sie eine Grenze ziehen, wenn Sie jedem ein Zuckerl oben drauf legen wollen? Es wird nach dem Realwert entschädigt, und so ist es richtig.

Herr Reif, wenn Sie sagen, Enteignung sei ein Standortnachteil, da kann ich nur sagen: George Bush hat relativ schnell enteignet.

(Clemens Reif (CDU): Wen denn?)

Ist George Bush etwa ein Kommunist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Er ist eingestiegen!)

Ein Standortnachteil ist Zögerlichkeit, ist Unsicherheit. Klares Handeln rettet den Standort, klares Handeln rettet auch die Hypo Real Estate.

Es handelt sich auch nicht um eine Bank, die ein bisschen Pech bei Spekulationen hatte und bedauerlicherweise von der Finanzkrise betroffen wurde. Es gibt Strafanzeigen wegen fehlender Kapitalmarktinformationen. Es gibt Strafanzeigen wegen des Verstoßes gegen das Verbot von Marktmanipulation. Es gibt Strafanzeigen wegen Betrugs. Es gibt Ermittlungen gegen alle Vorstände der Hypo Real Estate, die 2007 und 2008 im Amt waren. Es gibt einen Untersuchungsausschuss, den auch die FDP will, und es besteht der Verdacht, dass das Finanzministerium seit 2007 darüber informiert war, dass dort gerade ziemlich viel Geld verloren wird.

Von daher existiert da ein riesiger Misthaufen, und Jörg-Uwe Hahn spielt sich hier als Retter des freien Spiels der Kräfte und des freien Unternehmertums auf. Ich stehe wirklich fassungslos vor solcher Ignoranz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Verhalten des Jörg-Uwe Hahn an dieser Stelle ist aber eigentlich nur ein jämmerliches Possenspiel. Hessen wird sich enthalten. Es ist natürlich leicht, großmündig zu protestieren, wenn man weiß, dass dieser Protest keinerlei Folgen und Wirkung haben wird. Denn mit den Stimmen der Länder, in denen z. B. auch die GRÜNEN mitregieren, wird dieses Gesetz den Bundesrat passieren. Also können Sie sich hierhin stellen und alles Mögliche verkünden. Jeder weiß, es hat keinerlei Folgen. Aber es ist verantwortungslos, dass Sie das überhaupt tun. Wir GRÜNEN halten die Hypo Real Estate für systemrelevant. Es ist der größte gewerbliche Immobilienfinanzierer und Pfandbrieffinanzierer. Der Zusammenbruch würde zu einem Zusammenbruch der Finanzierung der öffentlichen Hand und zu einer Gefährdung des Währungssystems führen.

Man kann kritisieren, dass die Abhängigkeit so groß ist und dass es Fehler im System gibt. Das kann man alles tun. Die Realität ist, dass wir die Bank retten müssen. Aber wenn wir sie mit Steuergeldern retten, dann sind wir als Staat verpflichtet, handelnd einzugreifen und endlich die Verantwortung zu übernehmen, was offenbar seit Jahren keiner getan hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ganz nebenbei, wenn der Staat Eigentümer der Hypo Real Estate wird, dann werden auch die Kosten für die Steuerzahler und das tief klaffende Finanzloch begrenzt, weil der Staat natürlich andere Konditionen bekommt als eine Bank.

Meine Damen und Herren, mit der öffentlichen Beteiligung an den Banken fängt die Aufgabe der Politik erst an. Das ist der Job von Finanzminister Steinbrück, der Bundesregierung insgesamt und der Großen Koalition. Dieser Job muss wahrgenommen werden. Die Bundesregierung hat dafür zu sorgen, dass bei Banken, die nur deshalb weiterexistieren, weil sie Milliarden aus der Staatskasse erhalten, keine Boni an das Management gezahlt werden. Diese Option darf gar nicht mehr bestehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Was erklärt Wirtschaftsminister Guttenberg zu diesem Thema? Es sei eine Frage des Anstands, man brauche kein Gesetz, man könne appellieren, dass die Gelder gespendet werden oder freiwillig zurückgezahlt werden. – Da kann ich nur sagen: Bübchen, glaubst du noch an den Weihnachtsmann? Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Der schon!)

Weiterhin hat die Bundesregierung dafür zu sorgen, dass Banken mit Staatsbeteiligung, die wohlhabende Kundschaft haben, diese Kundschaft nicht mehr in die Steuerosen weiterleiten; denn auch das ist momentan Realität. Wir haben deutsche Banken, die ihre Kunden in Steuerosen führen. Das ist die Unterstützung von Steuerhinterziehung. Auch diese Option muss beendet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es sind klare Ansagen und Regeln nötig, wie sich Banken mit staatlicher Beteiligung – dazu gehört inzwischen auch die Commerzbank – zu verhalten haben.

Es gibt einen weiteren Aspekt, der für das Wettbewerbsrecht wichtig ist. Die Banken dürfen aus der Staatsbeteiligung keine Wettbewerbsvorteile ziehen. Was für die Sparkassen gilt, muss natürlich auch für die Commerzbank gelten. Also fordern wir von Herrn Steinbrück zum einen eine Aufklärung, was seit 2007 im Finanzministerium gelaufen ist, ob die Hinweise ignoriert worden sind. Wir fordern zum anderen, dass Steinbrück, der sich in Sachen Steuerhinterziehung mit den Nachbarländern anlegt, sich, bitte schön, auch im eigenen Land mit den Banken anlegt und mit Schärfe deutlich macht, wie das in Deutschland gehandhabt wird.

Wir GRÜNEN haben bei der Verabschiedung des ursprünglichen Finanzmarktstabilisierungsgesetzes im Oktober 2008 im Bundestag dagegen gestimmt, weil darin die vernünftige Möglichkeit, Banken zu verstaatlichen, nicht vorgesehen war. Es ist viel Zeit verloren. Jetzt muss wieder einmal nachgebessert werden, aber das ist dringend nötig. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Rentsch für die Fraktion der FDP.

**Florian Rentsch (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich zunächst einmal, dass wir bei einem Setzpunkt der Sozialdemokraten so „viele“ SPD-Mitglieder im Raum haben. Das Thema scheint Sie brennend zu interessieren, oder Sie haben selbst gewusst, dass der Kollege Schmitt das Thema so versenken wird, wie er es gerade getan hat, liebe Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lothar Quanz (SPD): Das sehen wir anders!)

– Das ist okay, lieber Herr Kollege Quanz. Aber ich stelle fest, und so weit geht die Zählkompetenz noch, dass Sie die Plätze nicht gefüllt haben.

Man kann sich diesem Thema unterschiedlich nähern, das ist unbestritten. Aber, Herr Kollege Schmitt, man muss es auf einem gewissen Niveau tun. Ich muss ehrlich sagen, ich habe gerade versucht, das im Internet zu finden. Sie haben gar keine Sprecherfunktion für stammtischpolitische Reden, aber Sie haben sich gerade dazu gemacht. Denn all das, was Sie vorgetragen haben – man kann es, wie gesagt, unterschiedlich sehen –, war reine Polemik, und das finde ich bedauerlich.

Eines kann man nach der Rede vom Kollegen Reif feststellen: CDU und FDP sind sich in Hessen deutlich einiger als Schwarz und Rot in Berlin.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das macht mir für den 27. September doch Mut. Das zeigt, dass die Union in Hessen den richtigen Grundkompass hat.

Meine Damen und Herren, bei dem, was die SPD beantragt hat, geht es eigentlich um das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz. Das Rettungsübernahmegesetz ist ein Teil davon. Insofern muss man erst einmal schauen, was eigentlich gewollt ist. Der Kollege Schmitt hat hier ein Sammelsurium verschiedener Vorschläge vorgetragen. Er hat einerseits die Thematik Hypo Real Estate mit den großen Problemen, die diese Bank hat, und die Frage, wie der Staat, die öffentliche Hand damit umgeht, angesprochen. Auf der anderen Seite haben Sie Opel erwähnt, den Staatseinstieg bei Opel verkündet. All das sollte letztendlich eine Variante sein, FDP und CDU in Hessen in eine schwierige Situation zu bringen. Dass das nicht gelungen ist, haben Sie gemerkt.

Zum Thema Opel will ich nur zwei Bemerkungen machen. Ich habe gerade gelesen, was Herr Hering, der Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz, gesagt hat. Er sagt, er sei für eine Werksschließung, weil Opel Überkapazitäten hat. Ich halte das für eine sehr gewagte Prognose eines sozialdemokratischen Wirtschaftsministers. Herr Schmitt, Sie sollten vielleicht zuerst einmal mit Ihren eigenen Leuten sprechen, die in diesem Bereich ein vielstimmiges Konzert produzieren. Ich glaube nicht, dass es eine Aufgabe von Herrn Hering ist, Opel unternehmerische Entscheidungen vorzugeben. Ich glaube aber, diese Aussage zeigt ein bisschen die Diktion, die Sie vorgeben. Sie wollen als Staat bei Opel unternehmerische Entscheidungen treffen. Die SPD hält sich für den Staat und will Opel erklären, wie man Autos richtig baut. Weder bei dem einen noch bei dem anderen scheint sie aber richtig erfolgreich zu sein. Deshalb machen mir solche Erklärungen Angst, meine sehr geehrte Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Clemens Reif (CDU): Das

Auto will ich sehen, das Herr Schmitt auf die Straße bringt! – Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Ich bin der Auffassung, dass es bei dem Thema Hypo Real Estate – Herr Kollege Reif hat das, wie ich finde, sehr gut ausgeführt – um eine ganz andere Debatte geht, nämlich um die Frage, wie sich dieses Land in einer Wirtschaftskrise aufstellt, die eine solche Dimension hat, dass sich sicherlich noch nicht alle Auswirkungen gezeigt haben. Die öffentliche Hand versucht, in dieser Krise zu reagieren. Das hat man bei dem Paket gesehen, das das Land Hessen – SPD, FDP und CDU gemeinsam – geschnürt hat. Niemand weiß, was richtig und was falsch ist, weil vieles Auswirkungen dessen, was wir machen, gar nicht prognostiziert werden können.

Herr Kollege Schmitt, wir unterscheiden uns aber darin, dass wir natürlich an den Grundsätzen unserer sozialen Marktwirtschaft festhalten. Das, was dieses Land groß gemacht hat, ist nun einmal die soziale Marktwirtschaft. Darin spielt das Thema Enteignung nicht gerade eine große Rolle. Das Thema Privateigentum und Schutz des Eigentums durch den Staat – der Staat gewährt den Schutz des Eigentums – ist ein zentraler Punkt bei der Frage, warum dieses Land so erfolgreich geworden ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wer sich die Geschichte der sozialen Marktwirtschaft anschaut, wer sich den Wohlstand, den wir alle genießen, den Erfolg, das Auto, das Sparbuch, das Haus, das, was sich die Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg erarbeitet haben, ansieht, der muss doch feststellen, dass wir ein gemeinsames Interesse daran haben müssen, dass die Grundsätze dieses Erfolgskonzeptes, der sozialen Marktwirtschaft, die dieses Land so groß gemacht hat, bewahrt werden. Herr Kollege Schmitt, wir würden heute nicht mit den LINKEN darüber streiten, was wir an sozialen Sicherungssystemen haben, die in einem Umfang vorhanden sind, wie ihn nur die soziale Marktwirtschaft schaffen konnte, wir würden keine Diskussion über ein Rentensystem, ein Sozialsystem führen, an dem viele Menschen partizipieren, obwohl sie gar nicht eingezahlt haben, während es auf der anderen Seite Menschen gibt, die diesen Wohlstand erarbeitet haben, nämlich Leute des Mittelstandes, die das alles letztendlich ermöglicht haben, wenn die soziale Marktwirtschaft nicht die Grundlage für all das gelegt hätte.

(Zurufe von der LINKEN)

Eine der zentralen Säulen der sozialen Marktwirtschaft ist der Schutz des Privateigentums, ist die Eigentumsgarantie nach Art. 14 des Grundgesetzes. Ich teile das, was Kollege Hahn in dieser Frage gesagt hat, zutiefst. Ich glaube, dass jeder Angriff auf die Eigentumsgarantie eine unglaubliche Schwächung dieses Systems darstellen würde, wenn er nicht unbedingt erforderlich ist.

Kollege Schmitt, mich hat besonders gestört, dass Sie gesagt haben, das Rettungsübernahmegesetz hätten Sie sich nicht ausgesucht. Sie haben formuliert, Sie müssten so handeln. Das halte ich für völlig falsch. Clemens Reif hat das ähnlich ausgedrückt. Es gibt Mechanismen, die vorher angewandt werden müssen, bevor man an eine Enteignung denkt. Eine Enteignung ist die Ultima Ratio. Sie sprechen hier von Staatseinstieg und von Enteignung, als ob das völlig normale Instrumente der sozialen Marktwirtschaft wären. Das zeigt, die SPD hat mittlerweile keinen Kompass mehr.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben den Kompass in wirtschaftlichen Fragen vollständig verloren. Da ich ein großer Anhänger von Helmut Schmidt bin und ihn für einen brillanten Bundeskanzler halte, kann ich nur sagen: Helmut Schmidt und auch Jürgen Walter

(Janine Wissler (DIE LINKE): In einem Atemzug! – Lachen bei der SPD)

haben mit der hier auftretenden SPD relativ wenig zu tun. Das, was von Ihnen übrig geblieben ist, ist eine Mischung aus Stammtischpolemik und Hilflosigkeit, weil Sie keine Grundsätze mehr haben. Das ist das Problem. Ihnen fehlen Grundsätze.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Wie Kollege Hahn schon gesagt hat: Es gab und gibt andere Möglichkeiten. Neben der Möglichkeit einer Kapitalerhöhung gab es die Diskussion, das Insolvenzverfahren vorzulegen, ein sogenanntes Insolvenzplanverfahren durchzuführen. Es gibt Möglichkeiten der Gefahrenabwehr nach § 46 Kreditwesengesetz. Alle diese Vorschläge wollen wir hier nicht weiter ausführen. Ich sage das nur, weil Sie so getan haben, als ob es keine Möglichkeit gegeben hätte, bei der Hypo Real Estate andere Maßnahmen zu ergreifen. Herr Kollege Schmitt, Sie haben in wirtschaftspolitischen Fragen einfach den Kompass verloren und reagieren immer mit dem Einsatz staatlicher Mechanismen, staatlicher Instrumente. Sie meinen immer, Sie könnten es als Staat besser. An der Stelle unterscheiden wir uns zutiefst. Ich glauben nicht, dass der Staat der bessere Unternehmer ist.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Besser als Sie allemal!)

Herr Kollege van Ooyen, Sie präferieren den Staat – wie in der DDR – als den besseren Unternehmer. Ich glaube, jeder wird feststellen, der Staat DDR war nicht nur ein schlechterer Unternehmer als alles, was wir bisher erlebt haben, sondern er war auch ein unwürdiges System.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das ist das Zweite, worum es geht. Soziale Marktwirtschaft und Privateigentum sind eben das Gegenteil von Etatismus und Staatsherrschaft, von Staatswillkür. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie mögen das nach dem Motto wegwischen, es gehe hier nur um eine konkrete Sache, um die Hypo Real Estate. Nein, es geht in dieser Frage um Grundsätze. Wir wollen ein System, in dem Demokratie, Freiheit und Grundrechte gelten und von einem willkürlich handelnden Staat nicht einfach weggewischt werden können. Das ist der grundsätzliche Unterschied zwischen uns und den Sozialdemokraten. Die LINKEN nehme ich hier aus, weil Sie hierzu wirklich nichts beizutragen haben, Herr van Ooyen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Es gibt auch noch den Begriff Gleichheit!)

Insofern kann man bei dieser ganzen Debatte eines feststellen: Die Eigentumsgarantie, die das Grundgesetz gibt, ist eines der höchsten Güter, die wir in diesem Lande haben. Sie garantiert die soziale Marktwirtschaft und einen Wohlstand, wie er in diesem Land anders nicht hätte erreicht werden können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Quatsch! – Dr. Thomas Spies (SPD): Das ist abenteuerlicher Unsinn!)

– Ich freue mich sehr, Herr Kollege Spies, dass Sie sich mit medizinischem Sachverstand an dieser Diskussion beteiligen und erklären, dass für Sie das Eigentum keine hohe Bedeutung hat. Ich freue mich sehr darüber, weil es den Unterschied zwischen uns zeigt.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Sie sollten nicht zu sehr an die LINKEN heranrutschen, Herr Kollege Spies, denn das tut Ihnen nicht gut. Das hat man in den letzten Monaten bei der SPD gesehen.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Den Grundsatz, um den es geht, beachten Sie nicht mehr. Das halte ich für falsch. Sie haben diese Diskussion rein polemisch aufgezoogen. Auch das halte ich für falsch. Ich hätte mich gefreut, Herr Kollege Spies, wenn wir über die unterschiedlichen Wege diskutiert hätten. Das ist mit Ihnen aber nicht möglich.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Diese Diskussion wird weitergeführt. Wir werden uns in diesem Jahr im Bundestagswahlkampf über die Frage auseinandersetzen, wie dieses Land aus der Krise herauskommt. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass wir aus der Krise nicht mit Staatsinterventionen, nicht mit einem Staatskapitalismus, wie Sie ihn wollen, herauskommen werden, sondern nur mit den Prinzipien der freien sozialen Marktwirtschaft. Dafür stehen wir Liberale.

(Beifall bei der FDP)

Die Bürger werden sich am 27. September entscheiden, was sie wollen, ob es weiter darum geht, Großanleger und Kleinanleger zu enteignen, oder ob es darum geht, dass dieses Land einen Grundkompass hat, wie es mit einer solchen Krise umgeht, wie schwer sie auch sein mag.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, wir haben zwei Wünsche auf Kurzinterventionen. Zunächst hat Herr Dr. Spies das Wort.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Rentsch, vieles von dem Unsinn, den wir eben gehört haben, sind wir von Ihnen gewohnt. Deshalb möchte ich das auch gar nicht weiter kommentieren. Manchmal ist es sehr interessant, wie einfach die Welt für bestimmte Leute ist.

(Zuruf von der CDU: Was war daran falsch? – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Aber, Herr Kollege Rentsch, einen Punkt kann man so nicht stehen lassen;

(Zuruf von der CDU: Was war denn jetzt der Unsinn? Was war denn so falsch?)

denn das war eine Behauptung – Sie haben mich direkt angesprochen, und genau darauf will ich Bezug nehmen –,

mit der die Grundfesten unserer Werteordnung infrage gestellt werden.

Herr Kollege Rentsch, die Wahrung des Eigentums ist nicht eines der höchsten Güter in diesem Land.

(Florian Rentsch (FDP): Das glaube ich nicht! – Anhaltende Zurufe von der CDU und der FDP)

Die höchsten Güter, die die Menschen in diesem Land kennen, sind das Recht auf Freiheit, die Freiheit der Religionsausübung, die Mitmenschlichkeit und das Einstehen füreinander. Der höchsten Güter und Werte in diesem Land sind ganz viele.

Herr Kollege Rentsch, das, wovon Sie geredet haben, zeigt schon in seiner Anlage seine Begrenztheit. Deshalb ist die Reduzierung des Zusammenlebens von Menschen auf die Frage nach Eigentum und Geld empörend, enttäuschend und dieses Hauses nicht würdig.

(Beifall bei der SPD – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Jetzt redet wieder einer für den Feudalismus!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Als Nächster hat sich Herr Al-Wazir zu einer Kurzintervention gemeldet. Dann machen wir ein Gesamtpaket.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es der Sache wegen für angemessen, dass das Ergänzungsgesetz zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz durch die Zustimmung der Länder Hamburg und Bremen höchstwahrscheinlich ohne die Notwendigkeit der Zustimmung eines FDP-mitregierten Landes eine Mehrheit finden wird.

Aber wenn man bedenkt, wie viele Leute sich vorher aufblasen und wie viel Luft am Ende übrig bleibt, muss man es fast bedauern. Ich bin mir nämlich hundertprozentig sicher: Wenn es wirklich darauf ankäme, würde die FDP zustimmen. Ich erinnere mich sehr genau daran, wie das Stichwort Konjunkturpaket II von Herrn Hahn vor der Landtagswahl aufgeblasen wurde und wie er nach der Landtagswahl einem völlig unveränderten Konjunkturpaket II zugestimmt hat. Insofern ist es schade, dass es zu diesem Lackmустest nicht kommen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nächster Punkt. Lieber Florian Rentsch, ich stimme ausdrücklich zu, wenn es heißt, dass der Staat nicht der bessere Autobauer ist. Aber ich stelle hier einmal die Frage, ob er immer der schlechtere Autobauer ist, jedenfalls wenn er in Minderheitsbeteiligung dabei ist. Wenn ich mir die Zulassungszahlen, die von der Abwrackprämie ausgelöst worden sind, die wir sehr kritisch sehen, einfach einmal anschau, stelle ich fest: Auf Platz 1 liegt der VW-Konzern – VW mit der Stammmarke –, auf Platz 3 Skoda, ebenfalls zu VW gehörend. Ich meine, mich zu erinnern, dass der Staat an diesem Konzern mit 20 % beteiligt ist.

Lieber Kollege Rentsch, wenn ich mir anschau, warum Opel jetzt diese Probleme hat, stelle ich fest, vieles hängt damit zusammen, dass Anfang der Neunzigerjahre ein brutalstmöglicher Kostensenker, nämlich Herr Lopez, damit begonnen hat, die gute Firma Opel in den Grund zu rammen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Hahn, wir wissen auch, woher er kam und wohin er ging. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, nichts ist überzeugender als die Wirklichkeit, und die Tatsache – –

(Zuruf von der CDU: Er ist von Opel zu VW gegangen!)

– Ich weiß.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die Redezeit ist vorbei, Herr Kollege.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich wäre schon am Schluss meiner Rede, wenn nicht dauernd dazwischengerufen würde. – Die Tatsache, dass – –

(Zurufe von der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, dies ist eine Kurzintervention. Da müssen auch die Zwischenrufe kurz sein.

(Heiterkeit und Beifall)

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielleicht hilft es auch, sich einmal die Geschichte der Schwierigkeiten von Opel zu betrachten, um zu erkennen, dass die Urstände des Kapitalismus – GM ist sozusagen das urkapitalistischste aller Autounternehmen – vielleicht auch nicht immer der Weisheit letzter Schluss sind.

Insofern wünsche ich mir, dass bei der FDP nicht so sehr die Ideologie, sondern eher die Sachlichkeit eine Rolle spielt. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich bedanke mich bei Herrn Al-Wazir, ausdrücklich auch für den Beweis dafür, wie man eine Kurzintervention nicht machen sollte. Vielen Dank. Darüber muss man im Ältestenrat noch einmal reden. – Herr Rentsch.

**Florian Rentsch (FDP):**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Spies, ich muss ehrlich sagen: Wir haben gerade darüber geredet, warum ich mich so aufrege. Meine Kollegen konnten es verstehen. Sie haben hier nämlich mit einem – auch für die Sozialdemokratie in unserem Land – bemerkenswerten Satz eines unserer zentralen Grundrechte weggewischt

(Zuruf von der CDU: Passt zur SPD!)

und gesagt, das Privateigentum sei nicht eines der höchsten Güter in unserem Land. Ich muss sagen, das spricht für sich. Wir werden das aufarbeiten. Das kann ich schon versprechen; denn das kann man so nicht stehen lassen. Dass sich eine Partei, die sich auch in schwierigen Jahren in diesem Land für die soziale Marktwirtschaft eingesetzt hat,

heute von dieser abkehrt, ist unglaublich, Herr Kollege Dr. Spies.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube und sage das auch – das sehe ich nämlich in den Gesichtern Ihrer Kolleginnen und Kollegen –, viele schämen sich für Sie. Das kann ich gut nachvollziehen.

(Michael Boddenberg (CDU): In den Gesichtern einiger weniger!)

Zu dem, was der Kollege Al-Wazir gesagt hat. Herr Kollege Al-Wazir, ich freue mich darüber, dass sich die GRÜNEN immer gerade mit uns so extrem stark auseinandersetzen; denn es zeigt, dass der Wunsch, wieder Platz 3 in der Parteienlandschaft einzunehmen, bei Ihnen wirklich eingebrannt zu sein scheint. Ich hoffe, Sie träumen nicht nachts davon.

Ich gebe zu, uns ist es wichtig, eine gute Politik für dieses Land zu machen. Ob wir an diesem Punkt auf Platz 3 oder Platz 4 stehen, ist nicht die zentrale Frage.

(Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Aber ich will Ihnen eines zu dem Thema Opel sagen. Bei Opel geht es um die zentrale Frage, wie Sie bei einem für Deutschland, aber auch insbesondere für Hessen sehr wichtigen Autobauer mit dem Problem umgehen, ob der Staat dort in der Krise einsteigt – Mehrheitsbeteiligung, Minderheitsbeteiligung, wie auch immer.

Sie müssen sich dann die Frage stellen – ich dachte eigentlich, dass die GRÜNEN so viel marktwirtschaftliche Kompetenz haben –, wie Sie mit anderen Unternehmen in dieser Krise umgehen. Herr Kollege Al-Wazir, über diese Nachwirkungen müssen Sie diskutieren.

(Beifall bei der FDP)

Dazu sage ich Ihnen, es muss eine Entscheidung geben: Gibt es einen privaten Investor, der bereit ist, mit einer staatlichen Unterstützung, also mit einer Bürgschaft, das Risiko einzugehen, den Autobauer Opel zu übernehmen – wobei der Staat sozusagen sein Risiko minimiert –, oder erklären Sie als Alternative dazu, der Staat müsse dort einsteigen?

Aus meinen vielen Gesprächen mit Mittelständlern und Vertretern kleiner Unternehmen kann ich Ihnen Folgendes sagen. Wenn Sie mit denen reden, stellen Sie fest, dass die wirklich graue Haare bekommen, weil sie in einer solchen Krise vom Staat nichts hören und nichts bekommen. Über diese Nachwirkung müssen Sie diskutieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht! Es gibt Bürgschaften für die!)

– Genau. – Deswegen glaube ich, der Weg, den diese Landesregierung geht, ist der einzig richtige. Es ist der einzig richtige Weg, mit den Instrumenten, die wir haben, nämlich mit Bürgschaften, zu agieren, also mit den normalen Instrumenten. Der Herr Wirtschaftsminister wird es gleich ausführen. Das sind unsere Instrumente. Herr Al-Wazir, unser Instrument ist nicht der Einstieg des Staates. Ich glaube, das muss in Hessen auch so bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Abg. Wissler hat für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Michael Boddenberg (CDU): Die erklärt uns das mit dem Eigentum jetzt noch einmal! – Gegenruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD): Es geht um die Verpflichtung des Eigentums!)

### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, Sie wissen, ich bin in unserer Fraktion für Sozialisierungsmaßnahmen zuständig, leider auch für die schlechten.

(Leif Blum (FDP): Das haben wir mittlerweile mitbekommen!)

Die, über die wir heute reden, ist leider eine schlechte.

Die Weltwirtschaft befindet sich in der tiefsten Krise seit 1929. Mit der wirtschaftlichen Krise geht ein massiver Vertrauensverlust in Politik und Wirtschaftsordnung einher. Auch die Banken haben das im Übrigen erkannt. Die diesjährigen Schönhauser Gespräche des Bundesverbands deutscher Banken standen diesmal unter der Überschrift „Politik ohne Mehrheit, Wirtschaft ohne Vertrauen“. Wie treffend, kann man nur sagen.

Die Märkte haben in dramatischer Art und Weise versagt. Die Banken und die Finanzinstitute stehen im Zentrum des Sturms, der mittlerweile weltweit mit geschätzten 5 bis 7 Billionen \$ an Steuergeldern bekämpft wird und dem bereits unzählige Unternehmen und Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Die Hypo Real Estate ist nur eines von zahlreichen Kreditinstituten allein in Deutschland, die am Rande der Pleite stehen.

Ihr Marktwert liegt bei einem Aktienkurs von 1,14 € bei nur noch 250 Millionen €. Herr Kollege Reif, das sind nur noch 5 % des Wertes, den sie vor einem Jahr hatte. Der Staat bürgt also für die Hypo Real Estate mit dem 400-Fachen des tatsächlichen Unternehmenswertes, nämlich mit über 100 Milliarden €.

(Zuruf: Jetzt einmal ein Wort zur DDR!)

Jetzt verhandelt Steinbrück mit dem verbliebenen Großaktionär Flowers, ob der Bund dafür mehr als drei Viertel des Unternehmens bekommt. Wohlgermerkt, mit dem vierfachen Wert aus Steuergeldern wurde versucht, die Hypo Real Estate zu stützen. Die Regierung bezeichnet sich gerne als Treuhänder der Steuereinnahmen. Was hier allerdings betrieben wird, ist eine Veruntreuung der Steuergelder in einem Ausmaß, das seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der LINKEN)

Entweder wusste Peer Steinbrück wirklich nicht, auf was er sich – und damit die Steuerzahler – einließ, oder er hat das Parlament und die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß der Pleite belogen. Deshalb war der Schritt richtig. Die GRÜNEN und die FDP sind dem Vorschlag der LINKEN gefolgt. Sie haben im Bundestag zur Hypo Real Estate einen Untersuchungsausschuss beantragt.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider hat die SPD aus lauter Angst vor der Wahrheit versucht, die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zu blockieren. Sie hat es immerhin geschafft, dass sein Beginn auf April 2009 verschoben wurde. Das ist auch ver-

ständig: Immerhin wäre Steinbrück nach Steinmeier der zweite Vizevorsitzende der SPD, der vor einem Untersuchungsausschuss aussagen müsste. Das ist im Superwahljahr nicht gerade imagefördernd.

In der Tat begrüßen wir den Widerstand der Kollegen der FDP gegen die Lex Hypo Real Estate. Liebe Kollegen, ja, man muss auch Gemeinsamkeiten aushalten können.

(Heiterkeit)

Mit den Gemeinsamkeiten ist es dann aber auch schon wieder vorbei. An der Stelle ist dann auch Schluss.

Die Kollegen der FDP fürchten nicht, dass den Banken Hunderte Milliarden Euro öffentlicher Gelder hinterhergeworfen werden, während den anderen Menschen immer erzählt wird, es sei kein Geld für Bildung und Soziales da. Ihre Furcht ist doch einfach nur die, dass die Unternehmen in Zukunft von Managern geleitet werden könnten, die in letzter Konsequenz dem Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern und nicht den Aktionären rechenschaftspflichtig wären. Rainer Brüderle sieht gar, dass sich mit diesem Gesetzesvorhaben das Tor zum Sozialismus weiter öffnet.

(Heinrich Heidel (FDP): Recht hat der Mann!)

Man hat den Eindruck, für sie steckt das Teufelswerk des Sozialismus schon in der kommunalen Organisation der Müllabfuhr. Seherqualitäten hin oder her, nun scheint der Sozialismus nicht gerade das Spezialgebiet des Kollegen Brüderle zu sein. Verstaatlichung ist nämlich nicht gleich Sozialismus.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Richtig!)

Der LINKEN geht es vielmehr um eine demokratische Kontrolle der Produktionsmittel und um die Emanzipation der Menschen.

(Beifall der Abg. Willi van Ooyen und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Sozialismus hat etwas mit der gerechten Verteilung der Reichtümer zu tun. Im Fall der Hypo Real Estate werden der Allgemeinheit gigantische Schulden aufgebürdet.

Das Problem ist also nicht das staatliche Eigentum an der Hypo Real Estate, sondern die Bedingungen. Wir lehnen das Rettungsübernahmegesetz ab, weil es den staatlichen Einfluss auf die Hypo Real Estate auf den Zeitraum begrenzt, bis das Unternehmen – ich zitiere – „nachhaltig stabilisiert“ ist. Dann soll es wieder privatisiert werden. Dann können sie genauso weitermachen wie zuvor. Das heißt also, auf Kosten der Steuerzahler wird saniert.

(Clemens Reif (CDU): Das doch hoffentlich nicht!)

– Herr Reif, Sie können hoffen, dass das nicht der Fall sein wird. Hoffen hilft aber nicht viel. Das muss in das Gesetz hineingeschrieben werden.

Auf Kosten der Steuerzahler wird also saniert. Am Ende werden die Gewinne wieder von den Privaten eingestrichen. Von einer Rückzahlung der gewaltigen Auslagen an Steuermitteln für die Rettung findet sich in dem Gesetzesvorhaben kein Wort. Deshalb lehnen wir das ab.

Obendrauf fordert die FDP jetzt noch, dass der Bund Flowers ein – ich zitiere – „vernünftiges finanzielles Angebot“ machen soll.

(Clemens Reif (CDU): Ja, was denn?)

Was denn noch?

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das steht in der Verfassung!)

Der Bund hat die Hypo Real Estate mit 100 Milliarden € gerettet. Ansonsten gäbe es diese Bank überhaupt nicht mehr. Die Eigentümer wurden von allen Verpflichtungen befreit. Jetzt haben sie auch keine Ansprüche mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich glaube nicht, dass Sie sich um Ihren Gesetzentwurf ernsthafte Sorgen machen müssen. Denn ob sich die hessische FDP in diesem Fall gegen ihren Koalitionspartner durchsetzen wird, ist äußerst fraglich. Denn Rückgrat zu zeigen gehört auch nicht zu den Spezialgebieten der FDP.

(Zuruf: Aber zu Ihren!)

Nun ist das Misstrauen der Wirtschaftsliberalen gegen den Staat als Unternehmer nicht nur befremdlich, sondern zeugt auch von einer gewissen Erfahrungsresistenz. Die Mär, dass durch Privatisierung alles besser, günstiger, serviceorientierter und effizienter würde, ist durch die Wirklichkeit der letzten Jahre widerlegt worden. Unternehmen wie die Bahn, die Post und die Telekom sind jahrelang unter staatlicher Führung gut gefahren. Sie sind viel besser gefahren, als das heute der Fall ist.

(Beifall der Abg. Willi van Ooyen und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Sie erwähnen nicht, dass der große Stabilitätsanker des deutschen Finanzwesens gerade die regional verankerten und in ihrem Tätigkeitsfeld begrenzten Sparkassen sind. Das wäre in der Tat ein Modell für den gesamten Bankensektor. Die Banken sollen sich auf ihr Kerngeschäft beschränken. Sie sollen dem Gemeinwohl verpflichtet sein. Dazu muss der gesamte Bankensektor in die öffentliche Hand überführt werden, und zwar dauerhaft.

(Beifall der Abg. Willi van Ooyen und Hermann Schaus (DIE LINKE) – Dr. Walter Arnold (CDU): Ach du lieber Gott!)

Denn so verschwindet das Geld, das sowieso zur Verfügung gestellt wird, nicht in einem Loch. Vielmehr wird garantiert, dass nicht nur die Verluste von der Allgemeinheit getragen werden, sondern dass ihr auch die Gewinne zugutekommen.

Was die Bundesregierung und das von der SPD geführte Finanzministerium derzeit veranstalten, ist die Ausplünderung der öffentlichen Kassen zugunsten des Finanzkapitals. Unter dem Deckmantel „Schutzschirm und Rettungspaket“ wird eine astronomische Umverteilung betrieben, die in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos ist. Milliarden Euro Steuergelder werden, mir nichts, dir nichts, über Nacht bereitgestellt. Das geschieht, nachdem den Menschen jahrelang erzählt wurde, man müsse die Eigenverantwortung stärken, und man müsse weg von der Versicherungsmentalität der Deutschen.

Das ist der tatsächliche Enteignungsskandal. Darüber sollten sich die Herren der FDP einmal Gedanken machen. Darüber sollten sie sich einmal empören, wenn sie dies nicht über die Enteignung der Verluste der Hypo Real Estate tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sind nämlich nur gegen Enteignung, wenn es Ihre Klientel betrifft. Gegen die Enteignung der Allgemeinheit haben Sie überhaupt nichts einzuwenden.

Die wichtigste Frage, die sonst immer gestellt wird, wenn es um Bildung oder Soziales geht, wurde nicht beantwortet.

tet. Wer zahlt am Ende die Zeche? Nach vorsichtigen Schätzungen des Bundesfinanzministeriums liegt noch Finanzschrott im Wert – „Wert“ ist sicherlich das falsche Wort – von 1.000 Milliarden € in den Tresoren der deutschen Banken. Das heißt, das dicke Ende kommt noch. Es kann nicht sein, dass die Kosten der Krise wieder auf diejenigen abgewälzt werden, die schon vom Aufschwung nichts hatten, also die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitslosen und die Rentner.

Trotz diesen Gruppen sollten wir nicht vergessen: Es gibt genug Reichtum in diesem Land. Der muss durch eine gerechtere Steuerpolitik umverteilt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Georg Funke von der Hypo Real Estate hat übrigens bisher 1,9 Millionen € jährlich verdient. Er klagt jetzt 3,5 Millionen € Gehalt ein, wohlgermerkt, von einem Arbeitgeber, den es schon gar nicht mehr gäbe, wäre der Staat nicht mit Unsummen eingesprungen.

Hier wird der ganze Irrsinn offensichtlich. Das stört das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Selbst Banken, die staatliche Gelder in Milliarden-Euro-Höhe annehmen, schütten noch Dividenden aus.

Da braucht man nicht immer von Neid oder von der Neidgesellschaft zu reden. Wenn die Menschen das stört, hat das nichts mit Neid zu tun. Das ist das ganz natürliche Gerechtigkeitsempfinden. Die Leute haben recht, wenn sie sagen: Das geht so nicht.

Am Wochenende haben 50.000 Menschen in Berlin und Frankfurt demonstriert und klargestellt: Wir zahlen nicht für eure Krise. – Das kann nur der Anfang gewesen sein. In Frankreich sind drei Millionen Menschen im Rahmen eines Generalstreiks auf die Straße gegangen. Ich glaube, wir sollten uns an Frankreich ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle glauben, dass man den Kapitalismus zähmen kann. Das ist ein Irrglaube. Ich sage Ihnen: Eher wird ein Tiger zum Vegetarier, als dass sich der Kapitalismus mäßigen oder zügeln lässt. Das Streben nach dem größtmöglichen Profit ist im Kapitalismus angelegt. Das ist seine Triebfeder.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit geht zu Ende.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, vielen Dank. Ich komme zum Schluss meiner Rede.

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat beenden. Ein bekannter Sozialist hat einmal gesagt – ich zitiere –:

Wenn aber eine Wirtschaftsordnung ... nicht mehr um das Ganze weiß, wenn sie das Gefühl der Verantwortung verkümmern lässt und nichts mehr von Nächstenliebe atmet, kann und darf sie nicht auf Resonanz und Anerkennung hoffen.

Das sagte Ludwig Erhard. Ich finde, das beschreibt die Legitimationskrise des kapitalistischen Wirtschaftssystems sehr treffend.

Ich sage deshalb: Wenn man der Anarchie des Marktes etwas entgegenzusetzen will, dann wird man über die Verfü-

gungsgewalt über Banken und Unternehmen reden müssen. Dann muss man sich auch überlegen, wie man zu einer demokratischen Wirtschaftsweise kommt. Was die Bundesregierung derzeit tut, hat damit nichts zu tun. Sie macht sich einmal mehr zum Büttel der Reichen und der Konzerne, und das auf Kosten der Mehrheit der in diesem Land lebenden Menschen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort erhält nun Herr Wirtschaftsminister Posch.

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will das in den Mittelpunkt stellen, was Herr Kollege Schmitt aus Anlass der Antragsbegründung gesagt hat. Herr Kollege Schmitt, ich will Ihnen dazu Folgendes sagen. Herr Kollege Hahn hat nichts anderes getan, als ein Thema zu problematisieren, das für die Sozialdemokraten offensichtlich überhaupt kein Thema ist, denn es geht in der Tat darum – ich werde versuchen, das an verschiedenen Beispielen deutlich zu machen –, die Frage zu stellen, welche Bedeutung das Eigentum in einer sozialen Marktwirtschaft hat. Lassen Sie mich dazu feststellen: Der Schutz des Eigentums ist unverzichtbares Gut und Kern unserer sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Von daher will ich das aufgreifen, was Herr Kollege Spies in seiner Kurzintervention angesprochen hat. Herr Kollege Spies – ich sage dies an die Kollegen der Sozialdemokratie, die sollen sich überlegen, ob sie dem zustimmen können, was Herr Kollege Spies hier gesagt hat –, es gibt einen Grundrechtskanon in unserem Grundgesetz. Neben dem Grundrechtskanon gibt es Werte, die nicht veränderbar sind. Dazu gehören das Rechtsstaatsprinzip und die Demokratie.

Alle Grundrechte in gleicher Weise können durch Gesetz und ausschließlich durch Gesetz eingeschränkt werden. Hier zwischen den einzelnen Grundrechten zu differenzieren und zu sagen, das Eigentum sei ein minderwertiges Grundrecht, ist ein unglaublicher Vorgang für eine Partei,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

von der ich in meinem politischen Leben immer geglaubt habe, dass sie sich der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet hat. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie inständig, darüber einmal nachzudenken und gemeinsam mit uns in den Dialog einzutreten. Ich habe das dumpfe Gefühl – und ich hoffe, dass ich mich irre –, dass Sie eine der wichtigsten Fragen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, ob beispielsweise Enteignungen in einer sozialen Marktwirtschaft vertretbar sind, zum Gegenstand Ihrer ausschließlich parteipolitischen Interessen machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen sage ich Ihnen: Es geht nicht nur um HRE. Herr Schmitt, sehen Sie, der Verstaatlichung der HRE stimmen Sie mit Pauken und Trompeten zu, ohne zu prüfen, ob es ein minderes Mittel gibt.

(Norbert Schmitt (SPD): Na klar! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Schmitt hat etwas gesagt!)

Meine Damen und Herren, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gilt nicht nur bei der Gesetzesanwendung, sondern auch, wenn man ein Gesetz erst einmal schafft.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich werde Ihnen am HRE-Gesetz nachweisen, dass das nicht stattgefunden hat. Aber dass das Teil einer politischen Strategie ist, sieht man daran, dass Sie auch in anderen Bereichen die Frage des Eigentums, die Frage der Enteignung oder die Frage der Verstaatlichung mittlerweile völlig anders sehen. Einmal ist es HRE. Heute Morgen höre ich, dass die Teilprivatisierung der Bahn vom Tisch ist; die gibt Herr Steinbrück auf.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, derjenige, der dafür sorgt, dass die Bahn Kapital nicht bekommt, darf sich nicht wundern, wenn beispielsweise im Schienenpersonenverkehr nichts gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich darüber im Klaren sein, welche Konsequenzen diese Politik hat, wenn man die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft aus parteipolitischen Gründen verlässt.

(Beifall des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

In diesen Fächerkanon gehört auch Opel. Das war schon toll, was Herr Schmitt eben gesagt hat. Sie haben so getan, als sei das schon seitje her Gedankengut. Erlauben Sie mir, deswegen an der Stelle ein paar Worte zu Opel zu sagen.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja!)

– Ja. – Da erinnere ich mich an die 17. Wahlperiode, die 19. Sitzung am 19. November 2008. Wir haben darüber diskutiert, welche gesetzlichen Voraussetzungen wir schaffen wollen, um unter anderem Opel und den Zulieferbetrieben helfen zu können. Es hat eine Diskussion zwischen Herrn Schäfer-Gümbel und Herrn Milde gegeben. In diesem Zusammenhang sagte Herr Schäfer-Gümbel:

Ich sage das deswegen auch so klar, weil, was Herr Milde zu Recht angesprochen hat, nicht jeder kommen und glauben kann, dass der Staat einspringt, wenn es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten schwierig wird, und das sozusagen ein Generalweg für alle ist.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es, sehr gut!)

Meine Damen und Herren, dieses Zitat weist Nachdenklichkeit aus. Es geht weiter:

Ich sage das auch vor dem Hintergrund der eben sehr polemisch angesprochenen Variante der Verstaatlichung. Herr Milde, mich hat die gestrige Botschaft auch sehr verwundert; denn um Verstaatlichung kann es ganz sicherlich nicht gehen, ...

Meine Damen und Herren – 19. November 2008.

(Beifall bei der CDU und der FDP- Zurufe von der SPD)

Und noch weiter.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, nur eine Frage, gestatten Sie?

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Nein, ich führe das zu Ende aus. Dann haben die Sozialdemokraten ausreichend Zeit, darüber nachzudenken, und können bei passender Gelegenheit etwas dazu sagen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was Sie für einen Unsinn erzählen! Es geht nicht um Verstaatlichung bei Opel!)

Ich zitiere weiter:

Wir haben überhaupt kein Interesse daran und können auch gar keines haben, über Verstaatlichungsvarianten nachzudenken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, können Sie mir einmal sagen, was sich seit dem 19. November in dieser Frage überhaupt verändert hat?

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wie vernünftig der Mann früher war!)

Relativ wenig, außer dass wir einen neuen GM-Chef haben und nach wie vor über Konzeptionen nachdenken. Sie werfen heute auf einmal diese Positionen, die Sie damals vertreten haben, über Bord und sagen eben mal so: „Das ist doch geradezu eine Selbstverständlichkeit.“ Und wenn wir über Enteignung diskutieren, dann nennt das der Herr Schmitt eine „ungewöhnliche Lösung“.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist eine Beleidigung! – Heiterkeit des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Schmitt, ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie sich als Jurist mit diesen Fragen etwas sachkundiger auseinandergesetzt hätten und nicht so, als sei das per se eine ungewöhnliche Lösung und als spiele deswegen die Frage beim HRE-Gesetz ansonsten gar keine Rolle.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist ein Stuss!)

Ich will Ihnen dazu Folgendes sagen. Ich weiß, in welcher Situation wir uns befinden und welche Entscheidungen in diesem Jahr anstehen. Ich weiß auch, dass wir in dieser Zeit eine Diskussion darüber führen müssen, ob diese soziale Marktwirtschaft in der Lage ist, die Krise zu bewältigen. Ich sage Ihnen für diese Landesregierung: Die soziale Marktwirtschaft ist in der Lage, diese Krise zu bewältigen. Deswegen brauchen wir keinen Freibrief für Verstaatlichung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will an dieser Stelle noch einmal etwas zu dem Gesetzentwurf sagen, den Sie angesprochen haben. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie etwas substanzierter darangegangen wären. Zu diesem Gesetz gibt es im Bundesrat – das wissen Sie – zwei Lösungen. Ich will Ihnen einmal sagen, was im Bundesrat zu dieser Frage beantragt worden ist. Da heißt es:

Der Bundesrat bekräftigt, dass eine zeitlich befristete Verstaatlichung eines Finanzunternehmens nur als Ultima Ratio infrage kommen darf, wenn sie für die Sicherung der Finanzmarktstabilität zwingend erforderlich ist, weil andere rechtlich und wirtschaftlich zumutbare Lösungen, mit denen die Finanzmarktstabilität auf weniger einschneidende Weise gesichert werden kann, nicht zur Verfügung stehen, um drohende schwerwiegende gesamtwirtschaftliche Folgen abzuwenden. Dabei ist die rechtliche und wirtschaftliche Zumutbarkeit alternativer



Maßnahmen umfassend zu prüfen, insbesondere, ob und in welcher Höhe ein Kontrollerwerb unerlässlich ist.

Meine Damen und Herren, diesem Antrag, den wir im Wirtschaftsausschuss eingebracht haben, haben zehn Länder inklusive der A-Länder, der SPD-regierten Länder Rheinland-Pfalz und Bremen, zugestimmt. Im ersten Durchgang ist die Bundesregierung aufgefordert worden, diesem Prüfauftrag nachzukommen. Die Bundesregierung ist diesem Prüfauftrag nicht nachgekommen, hat das Gesetz unverändert gelassen, und deswegen haben wir die Situation, in der wir uns heute befinden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nur zur Klarstellung – das scheinen Sie vergessen zu haben –: Bei den A-Ländern ist immerhin der frühere SPD-Vorsitzende Ministerpräsident. Er hat genau diese Fragen an den Bundesfinanzminister gestellt. Erlauben Sie mir deswegen an dieser Stelle eine Frage. Frau Hölldobler-Heumüller hat es angesprochen. Natürlich wird über die Frage zu diskutieren sein. Die BaFin hat den Bundeswirtschaftsminister auf diese Probleme hingewiesen. Das wird jetzt Gegenstand weiterer Untersuchungen sein. Ich habe den irgendwie begründbaren Eindruck, dass hier mit diesem Schnellschuss durch dieses Gesetz Fakten geschaffen werden sollen, damit die Untersuchungen, die möglicherweise noch im Raum stehen, überhaupt keine Grundlagen mehr haben.

Meine Damen und Herren, wir haben diese Fragen im Rahmen unserer Meinungsbildung zu diesem Gesetz in den Wirtschafts- und auch in den Rechtsausschuss eingebracht. Aber diesem Prüfungsauftrag hat sich die Bundesregierung, der Bundesfinanzminister entzogen.

Deshalb sage ich noch einmal: Natürlich haben wir beispielsweise zu der Frage, unter welchen Voraussetzungen die Enteignung zulässig ist, gesagt, ein Kriterium ist dann viel zu dehnbar und undeutlich, wenn beispielsweise verlangt wird, dass beim alternativen Erwerb keine ausreichende Aussicht auf Erfolg besteht. Wir wollten, dass die Voraussetzungen dafür im Gesetz wirklich als Ultima Ratio erkennbar sind. Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht der Fall.

Lassen Sie mich deswegen an dieser Stelle eines sagen. Herr Reif hat zu Recht darauf hingewiesen, und auch Herr Kollege Hahn hat dies in seinem Beitrag deutlich gemacht: Es geht doch nicht darum, dass wir die Hypo Real Estate nicht erhalten wollen. Wir wissen, welche Bedeutung sie hat. Vielmehr geht es um die Frage, ob hier wirklich das letzte Mittel gezogen werden muss oder nicht.

(Florian Rentsch (FDP): So ist es! Darum geht es!)

Daran aber haben wir erhebliche Zweifel.

(Beifall bei der CDU und der FDP- Norbert Schmitt (SPD): Welche z. B.?)

Herr Kollege Schmitt, wir wissen, welche Bedeutung die Hypo Real Estate für den Pfandbriefmarkt hat. Tun Sie in Ihrer Argumentation bitte nicht so, als wollten wir etwas plattmachen und als ginge es uns ausschließlich um fiskalische Interessen Einzelner.

Zu Recht wurde in der Diskussion darauf hingewiesen: Wir differenzieren nicht zwischen dem Kleinaktionär und einem Großaktionär. Es ist geradezu ungeheuerlich, je dem Aktionär zu unterstellen, er sei ein Spekulant.

(Frank Lortz (CDU): Richtig!)

Auch das hat Herr Reif gesagt.

Meine Damen und Herren, das, was in dem Gesetz als zu erfüllende einzelne Voraussetzung genannt ist, reicht uns unter rechtsstaatlichen Aspekten nicht. Lassen Sie mich deshalb sagen: Wirtschaftspolitik hat auch mit der Einhaltung rechtsstaatlicher Normen zu tun. Wir müssen sicherstellen, dass in diesem Gesetzgebungsvorhaben auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewährleistet wird. Das ist hier bisher nicht der Fall. Deswegen musste ich diese Position für die Hessische Landesregierung beziehen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Kollege Schäfer-Gümbel.

(Axel Wintermeyer (CDU): Jetzt muss der Chef selbst ran!)

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Herr Wirtschaftsminister eine Zwischenfrage zugelassen hätte, hätte ich mich gar nicht mehr zu Wort gemeldet. So aber habe ich die Möglichkeit, noch ein paar erklärende Bemerkungen zu machen.

Jenseits des Nebels, der hier insbesondere von Herrn Reif, aber auch von Ihnen, Herr Posch, eben geworfen wurde, will ich versuchen, dieses Thema auf seinen Kern zurückzuführen.

Der Kern dieser Debatte ist, dass der stellvertretende Ministerpräsident öffentlich und sehr engagiert aus seiner politischen Überzeugung keine Mördergrube gemacht und gesagt hat, das, was die Große Koalition in Berlin in einer absoluten Sondersituation beschlossen hat und was am Ende dazu führen kann, dass eine „Enteignung“ der HRE stattfindet, werde nicht die Zustimmung des Bundeslandes Hessen finden, und die FDP werde dafür sorgen, dass dieses Gesetz, das wir als Große Koalition aus CDU/CSU und SPD in einer Not-, einer Sondersituation gemacht haben, im Bundesrat nicht beschlossen werde.

(Wolfgang Greilich (FDP): Guter Mann, der Herr Hahn!)

Diesen Gegenstand haben wir hier aufgerufen. Wir halten diese Position für nicht akzeptabel.

Herr Reif, von der hessischen Union habe ich dazu auch nichts gehört.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sie haben konsequent daran vorbeigeredet, und auf meine mehrfache Aufforderung, zu sagen, ob Sie denn am Freitag im Bundesrat dem zustimmen, was wir auf Bundesebene gemeinsam als ein Notgesetz, in einer sehr besonderen Situation, verabredet haben, jede Antwort verweigert.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Da helfen auch die Bemerkungen von Herrn Posch nicht. Bei diesem Gesetz geht es ausdrücklich nicht darum – ich will das nochmals sagen und brauche das eigentlich den Kolleginnen und den Kollegen von der Union nicht zu erklären, weil sie das im Deutschen Bundestag selbst miter-

klärt haben –, dass jetzt der Staat der universelle Gesamtunternehmer werden soll. Gerade die hessische SPD wird darauf achten, dass sich der Stamopak auch auf diesem Wege nicht durchsetzen wird.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Vielmehr geht es – Herr Posch, deswegen kann ich es auch verstehen, dass Sie hier in einer gewissen Emotionalität von „Verstaatlichung“ reden –

(Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

bei Opel nicht um Verstaatlichung.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Es geht um öffentliche Beteiligung. Das ist etwas völlig anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch wenn ich mir jetzt unter Umständen einen engagierten Rüffel einfange: Im Wirtschaftsausschuss habe ich nach einer anderen Erklärung – unter anderem von Herrn Hahn – mehrfach nachgefragt, ob denn die Erklärung von Herrn Hahn, dass öffentliche Beteiligungen bei Opel niemals in Aussicht stehen, die Position der Hessischen Landesregierung ist. Denn „in Zeiten wie diesen“ – so haben Sie es plakatiert – müssen unter Umständen am Ende des Tages Antworten gefunden werden, die Sie momentan nicht in Ihren Lehrbüchern finden; im Übrigen finden auch wir die nicht in unseren Lehrbüchern, damit auch das klar ist.

(Janine Wissler und Hermann Schaus (DIE LINKE): Aber wir in unseren!)

Daraufhin haben Herr Posch und Herr Weimar am Ende eines zweimaligen Nachfragens sehr deutlich gesagt: Wir schließen im Moment gar nichts aus, weil wir erst einmal abwarten, was auf den Tisch kommt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe ausdrücklich gesagt: Die Position von Herrn Posch und Herrn Weimar ist klug, die tragen wir ausdrücklich mit.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Deswegen bin ich sehr verwundert, dass hier jetzt mein Redebeitrag, der ausdrücklich nach wie vor inhaltlich steht, so genommen wird, als würde ich über die Verstaatlichung von Opel reden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch völliger Unfug.

(Beifall bei der SPD)

Die Position der hessischen SPD und der Bundes-SPD ist es nach wie vor auch nicht, dass wir jetzt die öffentliche Beteiligung an Opel auf Biegen und Brechen wollen. Das ist nicht die Position. Vielmehr haben wir gesagt, wenn am Ende der nächsten 60 Tage – das ist die Frist, die jetzt seit zwei Tagen läuft – nur diese Option besteht, dann ist dies uns lieber als mancher Finanzinvestor.

Lassen Sie mich damit meine abschließende Bemerkung machen. Hier den Eindruck erwecken zu wollen, die SPD vertrete die Position, jeder Aktionär, jeder Mensch, der Aktien besitzt, sei ein Spekulant, das ist völliger Unfug. Ich sage Ihnen: Ein bisschen mehr intellektuelles Niveau, gerade „in Zeiten wie diesen“, würde allen guttun. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 18/255.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen?

(Zuruf von der SPD: Oh, eine interessante Koalition!)

Enthaltungen? – Meine Damen und Herren, ich stelle fest, der Entschließungsantrag der SPD ist bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Ablehnung der Fraktionen von CDU, FDP und der LINKEN abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört, hört!)

Meine Damen und Herren, ich darf darum bitten, dass wir jetzt alle Platz nehmen. Wir kommen nun zurück zu **Tagesordnungspunkt 4:**

#### **d) Vereidigung des Präsidenten sowie des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen und der Landesanwaltschaft durch den Präsidenten des Hessischen Landtags bzw. bei Wiederwahl Hinweis auf den bereits geleisteten Eid**

(Die betreffenden Personen betreten den Saal.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des Staatsgerichtshofs! Wir haben Ihnen zunächst einmal zu Ihrer Wahl als Mitglieder des Staatsgerichtshofs bzw. als Landesanwältin und stellvertretender Landesanwalt zu gratulieren. Wir müssen Sie gemäß unserer Verfassung und den entsprechenden Gesetzen vereidigen bzw. darauf hinweisen, dass Sie vereidigt sind. Das ist formell so in Ordnung.

Meine Damen und Herren, ich darf zunächst einmal darum bitten, dass Herr Dr. Paul, der gewählte Präsident des Staatsgerichtshofs, und Herr Dr. Teufel, der Vizepräsident, zu mir kommen. Entsprechend § 9 Abs. 3 des Gesetzes über den Staatsgerichtshofsgesetzes stelle ich Folgendes fest:

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Nachdem der Hessische Landtag Sie, Herr Dr. Paul, als Präsidenten des Staatsgerichtshofs gewählt hat und Sie, Herr Dr. Teufel, als Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs wiedergewählt hat, wird die Vereidigung durch den Hinweis ersetzt, dass für Sie der früher geleistete Eid auch für die neue Amtszeit bindend ist.

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl. Ich wünsche Ihnen für Ihre verantwortungsvolle Arbeit für das Land Hessen alles Gute und freue mich auf viele Begegnungen in den nächsten Jahren. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl.

(Allgemeiner Beifall)

Ich komme nun zur Vereidigung der Landesanwaltschaft. Ich darf Frau Prof. Dr. Böhm zu mir bitten. Nach dem am gestrigen Abend durch den Wahlausschuss die Wahl der Landesanwaltschaft stattfand und Sie, Frau Prof. Dr. Böhm, zur Landesanwältin gewählt wurden, komme ich zu Ihrer Vereidigung. Der Eid, dem Sie eine religiöse Bezeugung hinzufügen können, lautet – heben Sie bitte Ihre Hand –:

Ich schwöre, dass ich mein Amt gerecht verwalten und die Verfassung getreulich wahren will.

**Prof. Dr. Monika Böhm, Landesanwältin:**

Ich schwöre, dass ich mein Amt gerecht verwalten und die Verfassung getreulich wahren will. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Prof. Dr. Böhm, ich gratuliere Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Arndt Peter Koeppen, Sie wurden gestern Abend durch den Wahlausschuss zum stellvertretenden Landesanwalt gewählt. Bei Ihnen wird nach § 9 Abs. 3 des Staatsgerichtshofgesetzes die Vereidigung durch den Hinweis ersetzt, dass der früher geleistete Eid als Landesanwalt auch für die neue Amtszeit bindend ist.

Ich gratuliere Ihnen herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Nun darf ich Sie, Herrn Dr. Paul, den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, bitten, vorzutreten, um als Präsident des Staatsgerichtshofs die nicht richterlichen Mitglieder sowie zwei richterliche Mitglieder des Staatsgerichtshofs zu vereidigen bzw. auf den bereits geleisteten Eid hinzuweisen. Bitte, übernehmen Sie.

**e) Vereidigung der nicht richterlichen Mitglieder sowie zweier richterlicher Mitglieder des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs bzw. bei Wiederwahl Hinweis auf den bereits geleisteten Eid**

**Dr. Günter Paul, Präsident des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen:**

Ich bitte darum, dass Frau Kilian-Bock zu mir kommt, ebenso Herr Prof. Dr. Detterbeck, Herr Giani, Herr Prof. Lange, Herr von Plottnitz und Herr Dr. Klein. Für Sie alle gilt gemäß § 9 Abs. 3, dass die Vereidigung ersetzt wird durch die Bezugnahme auf den früheren Eid.

Frau Kilian-Bock, Sie wurden erstmals am 8. September 2004 vereidigt. Dieser Eid gilt für Sie auch weiterhin.

Herr Prof. Dr. Detterbeck, für Sie gilt der Eid vom 12. Mai 2004 fort. Er bindet Sie auch weiterhin.

Herr Dr. Klein, für Sie gilt der Eid vom 17. Juli 2002. Er bindet Sie auch weiterhin.

Herr Prof. Dr. Lange, für Sie gilt der Eid vom 11. Oktober 1984. Ich sage dies sehr maliziös. Das ist vierundzwanzig-einhalb Jahre her. Dieser Eid gilt auch weiterhin. Ich wünsche viel Glück und viel Erfolg.

(Allgemeiner Beifall)

Herr von Plottnitz, für Sie gilt der Eid vom 5. Juni 2003. Er bindet Sie auch weiterhin. Herzlichen Glückwunsch.

Herr Paul Leo Giani, für Sie gilt der Eid vom 9. Juli 1997. Auch dieser Eid bindet Sie weiterhin. Auf gute Zusammenarbeit.

Sehr geehrter Präsident, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, Sie haben uns ein hohes Amt übertragen. Wir sind uns dieser besonderen Verantwortung bewusst. Wir wollen dieser mit unserer Arbeit gerecht werden. Im gemeinsamen Zusammenwirken mit den übrigen weiter im Amt befindlichen Mitgliedern des Staatsgerichtshofs werden wir unser Bestes dafür tun, wie wir das auch in der Vergangenheit gemeinsam getan haben. Ich wünsche uns dabei Glück und Erfolg zum Schutz der Verfassung, zum Besten für das Land Hessen und zum Wohl für alle seine Bürger.

(Allgemeiner Beifall – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 4 endgültig abgeschlossen.

Wir treten in die Mittagspause ein. Wir treffen uns um 15 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 12:47 bis 15:19 Uhr)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Das war „Landtag in Bewegung“, das machen wir jetzt jeden Mittag. Das ist auch gesundheitspolitisch ein guter Ansatz. – Nein, folgende Erklärung: Ein Bauarbeiter hat im Mediengang gebohrt, und das hat zu einem Alarm geführt. Wir haben erlebt, dass die Alarmanlage funktioniert, dass wir hier ganz sicher sind und dass wir alle auf guten Weg einmal an die frische Luft gekommen sind. Das soll uns aber jetzt nicht daran hindern, die Sitzung sehr konzentriert fortzusetzen, um die Zeit wieder aufzuholen.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Novellierung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, Drucks. 18/316. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Er wird dann Tagesordnungspunkt 84. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Jetzt rufe ich den Setzpunkt der GRÜNEN auf. **Tagesordnungspunkt 27:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hilfe aus einer Hand bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten – Landesregierung muss im Bundesrat aktiv werden – Drucks. 18/229 –**

mit **Tagesordnungspunkt 72:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Reform der Betreuungsstrukturen für Arbeitsuchende nach dem SGB II – Drucks. 18/301 –**

Zur Antragsbegründung hat sich Herr Bocklet für die GRÜNEN zu Wort gemeldet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU versucht offensichtlich alles, um dieses Thema von der Tagesordnung zu bekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um das Thema „Zukunft der Jobcenter“. Nach dem erneuten Nein der Bundestagsfraktion der CDU/CSU in der letzten Woche ist die Neuorganisation der Arbeitsverwaltung in der Großen Koalition de facto gescheitert. Die Union pokert um die Zukunft der Jobcenter. Die Arbeitssuchenden sind zum Faustpfand des machtpolitischen Kalküls der CDU geworden. Wir GRÜNE finden dies eine unerträgliche Politik auf dem Rücken der Langzeitarbeitslosen und der Beschäftigten in den Jobcentern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in Hessen im März 2009 420.000 Menschen im Bezug von ALG II. Wir haben davon 142.000 Personen, die Arbeitslose im Sinne des Rechtskreises SGB II sind. Dazu kommen über 4.000 Menschen, die in den Jobcentern arbeiten. Diese Menschen haben ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie es in Zukunft in den Jobcentern weitergeht – mehr noch, sie haben das Recht, dass sie nicht zum Spielball eines billigen Machtstreits werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit müssen die Jobcenter mit klaren Zukunftsaussichten weiterarbeiten können. Es muss gelingen, dass die Arbeitsagenturen und Kommunen jetzt nicht auseinanderfallen und wieder getrennt ihre Aufgaben wahrnehmen. Das Prinzip des Förderns aus einer Hand mit verbesserten Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung und zielgerichteten Hilfsangeboten muss weiterhin gewährleistet sein. Alles andere wäre ein Rückfall in die Steinzeit der Arbeitsmarktpolitik, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir also, was die Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu ihrer Ablehnung bewegt. In ihrer Pressemitteilung vom 18. März schreibt sie:

Ablehnung ... war die richtige Entscheidung

Die Verfassungswidrigkeit der derzeitigen Zusammenarbeit darf nicht dadurch gelöst werden, dass diese ... intransparente Form der Mischverwaltung unter neuem Namen im Grundgesetz verankert wird.

Achtung:

Statt der „Hilfe aus einer Hand“ könnte es künftig die „Hilfe unter einem Dach“ geben. Der Bund, d. h. die BA, sollte in jedem Arge-Bezirk ein Angebot auf Kooperation ... machen.

Kommt Ihnen das bekannt vor? Haben Sie schon einmal etwas von kooperativen Jobcentern gehört? Der Erfinder hieß Olaf Scholz. Er ist zu Recht dafür zusammengefaltet worden und hat das dann zu Recht zurückgezogen.

(Widerspruch der Abg. Dr. Thomas Spies und Petra Fuhrmann (SPD))

Sie von der CDU machen das Geschäft von Herrn Scholz, der eine klare zentrale Zugriffspolitik will, und das kann nicht in Ihrem Interesse sein. Wir fordern Sie deshalb auf, sich weiter für den Kompromiss einzusetzen. Wir GRÜNE sagen:

Erstens. Hilfen müssen weiter aus einer Hand erbracht werden. Es darf nicht dazu kommen, dass sowohl die Kommune als auch die Bundesagentur für Arbeit einen Bescheid erstellt. Das ist nicht bürgerfreundlich und bei komplizierten Lebenssituationen auch extrem fehleran-

fällig. Also, das Risiko von sich widersprechenden Leistungsbescheiden ist extrem groß, und das ist das Gegenteil von Rechtssicherheit.

Zweitens. Wir sind auch der Auffassung, dass das einheitliche Leistungsrecht beibehalten werden muss. Es darf für den Arbeitslosen keinen Unterschied machen, wie arm oder reich eine Kommune ist. Es darf keinen Unterschied machen, ob ein Arbeitsloser in Frankfurt oder in Frankenberg wohnt. Deswegen ist es uns wichtig, dass die gegenwärtige Finanzverantwortung des Bundes beibehalten bleibt. Das heißt für uns GRÜNE, dass wir einen Rückfall in die alte Trennung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe entschieden ablehnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gestatten Sie mir noch einmal einen Blick nach Berlin zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dort heißt es:

Der Gesetzentwurf von Scholz sah den Aufbau von 370 neuen Behörden und zahlreicher Gremien für jede dieser Behörden vor. Die notwendige Abstimmung zwischen den einzelnen Organen hätte in der Konsequenz dazu geführt, dass die Argen sich nicht um Arbeitslose gekümmert [hätten], sondern nur noch mit sich selbst beschäftigt gewesen wären.

Aber ich frage Sie, meine Damen und Herren von der CDU: Wissen Sie, was passiert, wenn es zu keiner Einigung kommt, zu keinem Kompromiss? Dann haben Sie Ende 2010 nicht nur die Argen, sondern auch die Optierer zerschlagen. Dann brauchen wir nicht nur 370 neue Verträge, sondern dann müssen sich alle Jobcenter in ganz Deutschland komplett neu organisieren, und das in einer alten Form, wie das niemand mehr will, mit Milliardenkosten. Wir GRÜNEN sagen dazu Nein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen deshalb: Es ist eine Bundesratsinitiative notwendig. Wir GRÜNEN ermuntern ausdrücklich Herrn Ministerpräsidenten Koch zur Bundesratsinitiative.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist gerade nicht da!)

– Aber Herr Banzer ist da. – Wir GRÜNEN fordern Herrn Ministerpräsidenten Koch und Herrn Minister Banzer auf, sich bei der Reform der Jobcenter deutlich für die Arbeitsmarktreform einzusetzen. Herr Koch, der heute nicht da ist, ist stellvertretender Parteivorsitzender. Wir fordern ihn auf, Einfluss auf seine Kollegen in Berlin zu nehmen. Alle diejenigen müssen jetzt zusammenstehen, die nicht wollen, dass das ganze System an die Wand fährt.

Wenn 16 Länder, darunter viele CDU-regierte Länder, ihre Zustimmung zu diesem Kompromiss gegeben haben, dann dürfen dieser Kompromiss und die Grundgesetzänderung nicht scheitern. Deshalb sage ich an die Adresse der CDU: Sorgen Sie bei Ihren Bundesfreunden für die Realisierung dieses Kompromisses. Am Donnerstag sollen sich laut „Spiegel online“ die Unionsministerpräsidenten und die CDU nochmals zusammensetzen. Wir GRÜNEN entschuldigen Herrn Ministerpräsidenten Koch gerne, wenn er am Donnerstag früher los muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich jetzt diesen Entschließungsantrag sehe, den Sie vorgelegt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU und der FDP im Hessischen Landtag, kommen mir extreme Zweifel. Es ist ganz offensichtlich,

dass Sie eine Bundesratsinitiative nicht wollen. Ich darf zitieren:

Der Landtag begrüßt das Engagement der Landesregierung, mit den anderen Bundesländern ... zu verhandeln.

Zum einen fragen wir: Welches Engagement? Noch kennen wir keines. Zweitens fragen wir: Worüber wollen Sie nochmals verhandeln, wenn es schon einen Kompromiss gibt? Wer jetzt keine Bundesratsinitiative will, ist mut- und kraftlos, und das ist ein Trauerspiel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch angesichts der Situation auf Bundesebene fahrlässig; denn täglich, fast stündlich kommen neue Meldungen herein, die zeigen, in welchem Chaos sich die CDU auf Bundesebene befindet. Frau Merkel wird in einer Presseerklärung zitiert: „Zukünftig müssen wir verhindern, dass zwei Züge aufeinander zurasen.“

Damit meint sie die Bundesländer mit ihren Ministerpräsidenten und die Bundestagsfraktion. „Zukünftig müssen wir verhindern, dass zwei Züge aufeinander zurasen.“ – Ich sage nur: Toll, dass wir an diesem Selbstfindungsprozess der CDU teilhaben dürfen. Aber das ist keine Spielwiese der CDU-Selbstfindungsgruppe. Es geht um eine der wichtigsten Entscheidungen der Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre, die Zukunft der Jobcenter. Da wünschen wir uns ein deutlicheres Engagement als bisher, Herr Koch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die „dpa“ meldet – Achtung, jetzt halte man sich fest –:

Die Bundestagsfraktion ist guten Mutes, dass sie sich auf der Basis ihrer Position

– der Ablehnung des Kompromisses –

auf einem guten Weg zu einer guten Lösung befindet.

Da mag man sich fragen: Was geht da vor? Wie lange soll da noch verhandelt werden? Herr Koch, wie lange wollen Sie auf Bundesebene noch tatenlos zusehen? Offensichtlich fehlt Ihnen jeglicher Mut zu einer Initiative, die öffentlich nachvollziehbar ist. Wir verurteilen diese Mutlosigkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Schluss. Wenn man den Antrag der Koalition genau liest, fragt man sich: Gehen Sie wieder vom ausgehandelten Kompromiss weg? Gehen Sie wieder auf Kampflinie? Offensichtlich schafft Ihr Ministerpräsident Koch es nicht, seinen Einfluss gegenüber der Bundestagsfraktion geltend zu machen. Er schafft es offensichtlich auch nicht, sich in der Koalition gegenüber der FDP durchzusetzen. Sie gehen wieder auf Kampflinie. Sie schaffen es nicht, sich durchzusetzen. Das führt zu einem unverständlichen Eierkurs. Was wollen Sie eigentlich mit Ihrem Antrag? Wollen Sie, dass es eine zwingend vorgeschriebene Grundgesetzänderung gibt, oder wollen Sie nochmals für mehr Optionskommunen nachverhandeln? Das ist ein Trauerspiel, das sich in der Koalition in Hessen und auch in Berlin abspielt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um Nachverhandeln kann es in dieser Situation nicht mehr gehen. Viele Tausende Menschen in diesem Lande, viele Arbeitslose sind davon betroffen. Viele Beschäftigte in den Jobcentern sind davon betroffen. Es ist nicht mehr

die Stunde zu weiteren Verhandlungen. Wir brauchen jetzt Rechtssicherheit. Wir brauchen eine Klarheit darüber, wie es in den Jobcentern für die Arbeitslosen und für die Beschäftigten weitergeht.

Wenn Herr Koch sich zu einer solchen Bundesratsinitiative entschließt, hat er unsere Unterstützung. Wir als GRÜNE sind dazu bereit, alles zu unterstützen, was den Interessen der Arbeitssuchenden nützt, und dies schnell, um weiteren Schaden von den Jobcentern fernzuhalten. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Bocklet. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Bartelt das Wort.

#### **Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bocklet, die 13 Arbeitsgemeinschaften und die 13 Optionskommunen leisten gute Arbeit bei der Betreuung der Langzeitarbeitslosen in Hessen. Der Versuch der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt in einer Hand und unter einem Dach verdient Anerkennung und dauerhafte rechtliche Absicherung.

Die gegenwärtige rechtliche Unsicherheit gefährdet die Einstellung von qualifizierten Mitarbeitern und vermindert die Motivation der Leiter. Warum soll man sich auf kommunaler Ebene engagieren, wenn Ende nächsten Jahres die Übernahme durch die Bundesbehörde droht?

Daher unterstützen wir nachdrücklich das Bemühen der Landesregierung, dieses Problem einer guten Lösung zuzuführen. Der Koalitionsvertrag und die aktuellen Äußerungen des Ministerpräsidenten und des Ministers für Arbeit, Familie und Gesundheit lassen überhaupt keinen Zweifel, dass die Landesregierung bestrebt ist, die Optionskommunen und Arbeitsgemeinschaften zu sichern. Die unterstützende Haltung der anderen Bundesländer lässt gemeinsame Initiativen erwarten, so zeitnah dies unter Beachtung der Sorgfalt in der Sache, der Abwägung des komplizierten rechtlichen Sachverhaltes und der Mehrheitsfindung eben möglich ist.

Ich gebe unumwunden zu, dass das derzeitige Meinungsbild in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion das falsche Signal ist. Dies kann aber nicht von der Verantwortung des zuständigen Bundesministers ablenken. Er hat Zeit verstreichen lassen und war nicht in der Lage, ein Vertrauensverhältnis insbesondere zur kommunalen Ebene herzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Im Kern stellt sich derzeit das Problem, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Gesetzentwurf bezüglich der Absicherung der Optionskommunen nicht traut, der Bundesminister aber den Optionskommunen selbst nicht traut. Diese intellektuelle Differenzierung ist schon notwendig. Entscheidend sind folgende Fragen: Sind die Optionskommunen auch dann rechtlich abgesichert, wenn im Grundgesetz nur die Arbeitsgemeinschaft als verfassungskonforme Mischverwaltung genannt wird? Kann die Zahl der Optionskommunen, 69, durch ein einfaches Gesetz erhöht werden? Dies sind – gerade im Lichte des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2007 – sehr komplizierte rechtliche Abwägungen.

gen. Dies hätte vertrauensvoller Gespräche mit allen Ebenen unter Leitung des Bundesministers bedurft. Er ging wohl davon aus, dass nach dem politischen Kompromiss am 14.07.2008 mit den Ministerpräsidenten Beck und Rüttgers für ihn die Arbeit bereits getan sei. Da irrt er aber.

Der Bundesminister hat niemals erkennen lassen, dass er seine negative Einstellung zu den Optionskommunen zumindest relativieren würde und neuen Erkenntnissen offen gegenüberstehen würde. So heißt es in einem Eckpunktepapier vom 26. September 2008 – also nach dem Kompromiss auf politischer Ebene erstellt –, dass die Tätigkeit der Optionskommunen zwar durch eine Grundgesetzänderung abgesichert, deren Zahl aber dauerhaft festgeschrieben werden soll. Dem Bund soll die Rechtsaufsicht über die Kommunen übertragen werden. Der Bund soll – wörtlich – eine „hinreichende Finanzkontrolle“ erhalten, was angesichts des Streites über die Bezahlung der Wiedereingliederungsmaßnahmen natürlich erhebliches Misstrauen bei den Kommunen ausgelöst hat.

Das Bundesministerium hat nie seine Behauptung korrigiert, dass die Arbeitsgemeinschaften angeblich eine um 18 % höhere Vermittlungsquote von Langzeitarbeitslosen im Vergleich zu den Optionskommunen haben. Der Vorsitzende des Landkreistags, der südpfälzische Landrat Dupré, sprach von einer „tendenziösen Auswertung“. Fast wortgleich wurde dies in der Gelnhäuser Erklärung der hessischen Landräte und Bürgermeister kommentiert. Ich zitiere: Im Sinne des § 6c SGB II müssen künftig „tendenziöse einseitige Aussagen“ des Bundesministeriums unterbleiben.

Um es klarzustellen: Ich will hier nicht Optionskommunen gegen Argen ausspielen, aber das Zahlenmaterial, das unser Ministerium in der letzten Legislaturperiode für Hessen vorlegte, lässt solche pauschalen und verfälschten Aussagen einfach nicht zu. Ganz im Gegenteil, die absoluten Spitzenwerte bei der Arbeitsvermittlung wurden von Optionskommunen in Hessen erzielt. So kann Vertrauen eben nicht hergestellt werden.

Wie aufgebracht Kommunalpolitiker über Bundesminister Scholz sind, zeigen Presseberichte über einen kürzlich stattgefundenen Besuch des Arbeitsministers im Main-Kinzig-Kreis. Die „FAZ“ titelte: „SPD im Clinch mit Bundesarbeitsminister“; Untertitel: „Streit um Integration von Langzeitarbeitslosen“. Die stellvertretende SPD-Unterbezirksvorsitzende Simmler interpretierte Aussagen von Scholz so, dass dieser die Arbeit der Optionskommunen nicht ausreichend würdige, sondern sogar abwerte, obgleich diese gerade in Hessen mehrfach den Spitzenplatz einnahmen. Laut „Fuldaer Zeitung“ vom 28. März 2009 ergänzte Frau Simmler im Hinblick auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf, dass – so wörtlich – „Olaf Scholz uns im Main-Kinzig-Kreis mit seiner Anwesenheit nicht zu beehren braucht“.

Gleichfalls wenig vertrauensvoll war die Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesarbeitsminister bei der Finanzierung von Wiedereingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt im Sinne von § 16 SGB II. Hier geht es in erster Linie um Maßnahmen für Alleinerziehende, Arbeitslose ohne Schulabschluss sowie Arbeitslose mit mangelhaften Deutschkenntnissen. Die Mittelverwendung im Rahmen dieser Generalklausel wird durch das Ministerium überprüft. Hier gibt es ständig Streit, und die Prüfgruppe bescheinigt den Kommunen fast zynisch eine „zwar notwendige, aber rechtswidrige“ Verwendung der Mittel. Dies zeigt zusammengefasst, dass das Misstrauen

des Bundesministers gegenüber den Kommunen dafür verantwortlich ist, dass der Zeitplan für eine einvernehmliche Lösung nicht eingehalten wurde.

Wir hoffen inständig, dass es gelingt, sehr zeitnah Rechtssicherheit zu schaffen. Wir wollen gut darauf eingestellt sein, den vorübergehenden Anstieg der Zahl der Arbeitslosen und speziell der Langzeitarbeitslosen durch engagierte Optionskommunen und Arbeitsgemeinschaften zu mildern, auch mithilfe von Arbeitsmarkt- und Ausbildungsprogrammen des Landes Hessen.

Meine Damen und Herren, es geht um Zukunftsperspektiven für Menschen, nicht um Machtansprüche einer Bundesbehörde. Es geht um Fördern und Fordern. Es geht um Vermitteln statt Verwalten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Dr. Bartelt. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Fuhrmann das Wort.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin jetzt schon eine ganze Weile im Hessischen Landtag, aber manchmal bleibt mir dann doch die Spucke weg.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das wäre schön!)

Mir blieb die Spucke weg, als ich gelesen habe, welchen Setzpunkt die GRÜNEN gewählt haben. Meine Damen und Herren, alle, die noch ein bisschen Gedächtnis haben, wissen, dass die SPD-Fraktion am 5. März dieses Jahres, also in der letzten Plenarwoche, genau dieses Thema zum Setzpunkt gemacht hatte. Die, die der Debatte damals gelauscht haben, erinnern sich sicher auch daran, dass gerade Herr Bocklet gesagt hat, wenn wir die Probleme der Großen Koalition in jeder Sitzung bereden wollten, dann hätten wir nichts anderes zu tun; die Bundespolitik habe hier im Hessischen Landtag nichts verloren.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb war ich zwar leicht erstaunt, aber gut, Sie müssen sich entscheiden, ob das Thema Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik ein Thema für Hessen ist oder nicht. Sie haben sich umentschieden, und ich beglückwünsche Sie dazu.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, hier geht es nicht um Probleme in einer Regierungskoalition, sondern darum, dass es in der CDU auf Bundes- und Länderebene ein ziemliches Chaos gibt. Es gibt auch ein ziemliches Chaos zwischen der CDU und der FDP, wo immer sie zusammen handeln.

(Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Herr Hahn, ich freue mich, wenn Sie Nein sagen. Das ist der erste Schritt.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Ich freue mich, dass Sie sich freuen! – Heiterkeit)

– Das ist schön. – Wir erleben gerade einen richtig handfesten Hauskrach: Herr Röttgen kontra Rüttgers – das ist

ein kleines NRW-Duell –, und Wulff, Laumann und Koch kontra Kauder und die Kanzlerin. Das sind ganz ordentliche Streithähne.

Bei diesem CDU-internen Duell haben die Hähne aus den Ländern allerdings den Kürzeren gezogen, und das zum Schaden der Arbeitsuchenden in ganz Deutschland, also auch in Hessen. Die Folge werden erhebliche Qualitätsverschlechterungen bei der Betreuung von Arbeitsuchenden sein, und – ich zitiere – „die Verzögerungen werden zu großen organisatorischen und Ablaufschwierigkeiten führen“. So hat es Herr Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, ausgedrückt. Ich kann nur sagen, diese Meinungen teile ich ausdrücklich.

Wenn es keine Einigung geben wird – das haben wir schon Anfang März gesagt –, werden die Hilfen aus einer Hand, die doch fast alle wollen, bald nicht mehr existieren. Dann werden die Argen wieder aufgelöst. Dann werden die Kommunen die kostenträchtigen Leistungen selbst erbringen müssen. Dann wird die Bundesagentur für Arbeit wieder die alleinige Zuständigkeit für die Arbeitsmarktpolitik haben. Ich glaube, das ist weder im Sinne von Herrn Koch und Herrn Hahn noch im Sinne der SPD oder der GRÜNEN.

Meine Damen und Herren, es kann nicht angehen, dass dieser Hauskrach dazu führt, dass wir gerade in der jetzigen Wirtschaftskrise handlungsunfähig werden. Gerade jetzt müssen die Arbeitsmarktpolitik und die Verwaltung so eingestellt werden, dass man mit den Folgen der Rezession und der Krise umgehen kann. Da ist es schlicht verantwortungslos, wenn man kleinkarierte Blockaden aufbaut, um wichtige Weichenstellungen zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Rock – deswegen habe ich mir eigentlich gewünscht, dass Sie vor mir sprechen –, Sie haben in Ihrer letzten Rede vor allem Herrn Scholz die Schuld in die Schuhe geschoben. Auch Herr Dr. Bartelt hat jetzt ein bisschen in dieses Horn geblasen.

Ich kann nur sagen, Sie sollten sich in diese Thematik wirklich noch mehr einarbeiten. Es gab eine Verhandlungsgruppe, die sich auf einen Kompromiss geeinigt hat. Wenn ein Kompromiss auf dem Tisch liegt, kann man dazu Ja oder Nein sagen, aber nicht nachtarocken. Herr Scholz war der Meinung, Ministerpräsident Rüttgers war der Meinung, und Ministerpräsident Beck war der Meinung. Alle drei sind honorige Menschen und haben sich auf einen Kompromiss geeinigt. Dann sollte man diesen auch in die Wirklichkeit überführen.

(Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Auch ich bin eine Basta-Politikerin; Sie kennen mich doch.

(Lachen des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Das Ganze hat dann gehalten, bis die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Reißleine gezogen hat. Herr Koch hat in der „Berliner Zeitung“ dazu gesagt: „Was sollen wir“ – die Ministerpräsidenten – „denn Jahre verhandeln, wenn uns am Ende die Fraktion sagt, das geht so gar nicht?“

Ich muss sagen, ich habe es als eine grobe Unverschämtheit und als eine Beleidigung empfunden,

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

dass alle Staatskanzleien und Justizministerien das geprüft haben und die CDU-Bundestagsabgeordneten dann

das Ganze vom Tisch wischen und sagen, es sei verfassungswidrig. Ich muss sagen, das ist eine Form der Ignoranz, wie ich sie selten erlebt habe.

(Beifall bei der SPD)

Herr Koch, da Sie jetzt anwesend sind, fordere ich Sie auf, Ihre gesamte Kraft in die Waagschale zu werfen und Ihrer CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Ihren FDP-Kolleginnen und -kollegen klarzumachen, dass die Grundgesetzänderung jetzt ganz schnell auf die Schiene gesetzt werden muss.

Die Kritik, die Herr Bocklet in der letzten Debatte geäußert hat, richtete sich auch an die SPD-geführten Argen. Zum Beispiel betraf das die Eingliederungsmittel. Von Herrn Dr. Bartelt kamen ähnliche Töne.

Aber nicht die Fakten, sondern schlichte Behauptungen – noch dazu falsche – haben die Debatte bestimmt. Ich hatte leider aufgrund der kurzen Redezeit keine Möglichkeit, darauf einzugehen.

Ich möchte aber die Recherche von Herrn Bocklet noch einmal aufgreifen und darauf hinweisen, dass z. B. Gießen nicht von der SPD, sondern von einem schwarz-gelben Bündnis regiert wird.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn keinen sozialdemokratischen Landrat? – Zuruf von den GRÜNEN: Der Landkreis Gießen!)

Auch den von Ihnen zitierten Wetteraukreis regiert seit März 2005 eine Mehrheit aus CDU, FDP und Freien Wählern. Lieber Herr Kollege Bocklet, das ist so, ob es einem nun gefällt oder nicht.

(Axel Wintermeyer (CDU): Im Landkreis Gießen gibt es sogar den Marx!)

Herr Bocklet hat in dieser Debatte auch unterschlagen, dass z. B. die schwarz-grün regierte Stadt Frankfurt ebenfalls einen Millionenbetrag an Eingliederungsmitteln zurückgegeben hat.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier den Appell loswerden, dass wir in dieser Frage endlich diese kleinkarierten Spielchen sein lassen. Es gibt gute und schlechte Argen, es gibt gute und schlechte Optionskommunen, und es gibt gut regierte CDU- oder SPD-Landkreise. Das ist überhaupt kein Kriterium, Herr Kollege Bocklet.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD ist, wie die GRÜNEN, die CDU und die FDP – das unterstelle ich jedenfalls –, der Überzeugung, dass die zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel zweckgebunden und erfolgreich ausgegeben werden sollen, aber nicht verschleudert werden dürfen.

Aber heute geht es eigentlich um etwas anderes. Es geht darum, dass jetzt – das war bereits Anfang März so – aufgrund der Blockade der Bundestagsfraktion der CDU/CSU ungefähr 55.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter keine klare Perspektive haben. Fakt ist, die Arbeitslosen und ihre Angehörigen brauchen jetzt endlich Klarheit darüber, wie es weitergeht; denn sie können ihre Zukunft nicht auf Luftschlossern aufbauen.

Fakt ist, der Bund ist Hauptfinanzierer – das wird in dieser Debatte ein bisschen beiseitegelassen –, nämlich über 90 % der Eingliederungsmittel, und trägt auch die Verwaltungskosten zu fast 90 %. Daher möchte ich dem Bund auch nicht das Recht absprechen, mitzuentschei-

den. Zudem hat er die Pflicht, die Mittelvergabe zu überprüfen.

Der Bundesrechnungshof hat in den letzten Jahren durchaus erhebliche Mängel festgestellt. Ich erinnere nur an den Skandal an der Bergstraße, wo Maßnahmen finanziert wurden, die überhaupt nicht finanziert werden durften, was dazu führte, dass der Geschäftsführer gehen musste.

Fakt ist – Herr Dr. Bartelt, wenn Sie sich noch einmal kundig machen wollen –, wir haben nach wie vor keinerlei seriöse Zahlen zum Vergleich zwischen Argon und Optionskommunen. Wir haben nach wie vor keine valide Datenbasis. Deswegen appelliere ich an uns alle, dass wir dieses Spielchen sein lassen, bis wir valide Daten haben.

(Beifall bei der SPD)

Ein ganz wichtiger Punkt ist: Angesichts der Wirtschaftskrise sollten wir schleunigst dafür sorgen, dass die Arbeitsvermittlung auf der Schiene sitzt, wenn die größeren Probleme auf uns zukommen. Ich erinnere Sie daran, dass Leiharbeiterinnen und -arbeiter bereits jetzt in großem Umfang auf die Straße gesetzt worden sind. Sie brauchen eine effektive Arbeitsvermittlung und im Zweifel Qualifizierungsmaßnahmen.

Im Sommer endet in vielen Betrieben die Kurzarbeit. Dann werden auch Menschen, die zur Stammbesetzung gehören, entlassen werden. Jedenfalls droht dies. Auch deswegen brauchen wir eine vernünftige, gut aufgestellte Arbeitsverwaltung.

Die aktuellen Ausbildungszahlen geben ein erschreckendes Bild ab: einen Rückgang der Zahl der Ausbildungsstellen um 11,5 %. Wir müssen auf jeden Fall verhindern, dass junge Menschen wegen der Krise nicht ausgebildet werden und deshalb keine Chance haben, und wir müssen verhindern, dass die Betriebe, wenn die Konjunktur wieder anspringt, einen Fachkräftemangel haben, weil sie selbst nicht ausgebildet haben. Auch da haben wir Handlungsbedarf.

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Weiterer Punkt. Wir brauchen einen Schutzschirm für Auszubildende, die in den Betrieben arbeiten, die jetzt Insolvenz angemeldet haben.

All das kommt weder in dem Antrag der GRÜNEN noch in dem von FDP und CDU vor. Herr Koch, ich sage Ihnen, und ich appelliere an Sie: Ein schnelles Handeln ist gefragt. Lösen Sie schnell das CDU-Problem, legen Sie schnell den Streit mit der FDP bei, und lassen Sie uns die Arbeitsverwaltung so aufstellen, dass sie den auf uns zukommenden ersten Problemen schnell und gut gewachsen ist. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Kollegin Fuhrmann, schönen Dank. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Bocklet zu Wort gemeldet.

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Fuhrmann, unser heute hier behandelter Antrag zielt auf die Landesregierung. Wir wünschen von der Landesregierung, an der Spitze von Herrn Ministerpräsidenten Koch, dass er eine weitere Initiative unternimmt, um auf die Herren Kauder und Röttgen in der Hinsicht Einfluss zu nehmen, dass der Kompromiss, der offensichtlich über Monate mühsam ausgehandelt wurde, tatsächlich noch Realität wird. Das ist das Ziel des Antrags der GRÜNEN.

(Zuruf von der SPD: Schön, dass Ihnen das auch noch eingefallen ist!)

Herr Kollege Dr. Spies, ich will Sie nicht erschrecken. Aber das Wesen eines Kompromisses ist, dass es ein Kompromiss ist.

(Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Genau. – Zu diesem Kompromiss gehört auch, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Berlin – sie wird in dieser Frage thematisch von Olaf Scholz geführt – auch nicht gerade geschmeidig war.

Einen Kompromiss zu finden, ist sicherlich auch aus diesem Grunde schwierig gewesen: Wenn Sie sich dafür entschieden hätten, zuzustimmen, dass sich künftig mehr Kommunen für die Optionsmöglichkeit entscheiden könnten, wenn also mehr Kommunen die Möglichkeit hätten, zu optieren, dann ist das doch so: Wenn das der richtige Moment ist, wenn das Ihrer Meinung nach das richtige Regularium ist, dann könnte doch Herr Scholz mit vollem Selbstbewusstsein fragen: Wo ist das Problem? Die Kommunen wollen sowieso nicht optieren.

Aber das haben Sie nicht gemacht. Sie stemmen sich dagegen, dass sich mehr Kommunen in Zukunft selbst entscheiden können. Das ist auch ein Problem, das wir aktuell haben.

Frau Fuhrmann, das Problem hat die SPD mit verursacht. Dadurch, dass dieser Kompromiss jetzt nicht zustande kommt – das macht Olaf Scholz schon mehrere Jahre so, und Ihre Landräte von der SPD machen das mit –, kommt es in den Jobcentern zur Verunsicherung. Es kommt bei den Beschäftigten in den Jobcentern zu einer hohen Fluktuation und zu einer schlechteren Qualifizierung. Dadurch kann die Eingliederungshilfe nicht richtig ausgegeben werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das bedeutet für das Land: Etwa 300 Millionen € stehen zur Verfügung. Nur 157 Millionen € werden ausgegeben. Im Bund sind es 6,4 Milliarden €. Dort werden nur 4,7 Milliarden € Eingliederungshilfe ausgegeben. Entschuldigung, aber dieses Problem ist auch durch die SPD verursacht.

(Lachen der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Deswegen sind auch Sie ein Adressat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.



**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Ich will nicht ablenken. Der die größten Probleme verursacht, sitzt auf dieser Seite. Es ist der Ministerpräsident Roland Koch von der CDU. Man liest es und regt sich darüber auf. Er hat nicht den Mut und die Kraft, seine Bundestagsfraktion durch eine Bundesratsinitiative noch einmal zu erschrecken und diesen Kompromiss vielleicht doch noch Realität werden zu lassen.

Wir GRÜNEN stehen dafür nach wie vor. Herr Koch, wir unterstützen Sie, falls Sie eine solche Bundesratsinitiative einleiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Zur Gegenrede erhält Frau Kollegin Fuhrmann das Wort.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Das war, wie immer, durcheinander. Das ist so. Es war, wie immer, durcheinander.

Die Eingliederungsmittel sind zu 90 % die des Bundes. Lieber Herr Kollege Bocklet, der Bund hat den Bundesrechnungshof. Mittel müssen zweckgerichtet ausgegeben werden. Der Bundesrechnungshof prüft das bisweilen. Dafür gibt es ihn.

Der Bundesrechnungshof hat geprüft. Er hat in nicht unerheblicher Höhe Rückforderungen – –

(Zuruf)

– Ja, ich glaube, auch da. Ich weiß es jetzt nicht.

Es geht um Mittel aus Steuern. Es geht immerhin um die Steuern aller Menschen, um Ihre, um meine und die der Damen und Herren, die uns heute zuhören. Die Mittel müssen auch entsprechend zweckgerichtet ausgegeben werden. Deshalb ist die Frage, ob Mittel aus der Eingliederungshilfe zurückgegeben werden – ja oder nein –, kein Grund, jemandem irgendetwas vorzuwerfen.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Offensichtlich gibt es zu viele Gelder!)

– Nein. Herr Kollege Bocklet, wenn sie zweckentsprechend eingesetzt werden können, werden sie eingesetzt, wenn nicht, dann nicht.

Zweiter Punkt. Es sind auch ausgesprochene Missstände aufgedeckt worden. Ich erinnere jetzt noch einmal an die Vorkommnisse an der Bergstraße. Da sind Dinge freihändig vergeben worden. Im luftleeren Raum wurde das Geld in die Gegend gepflanzt. Das war missbräuchlich. Das Geld musste zurückgezahlt werden.

(Florian Rentsch (FDP): Das gibt es bei den Jobcentern nicht? Gibt es da keine Probleme?)

Ich komme jetzt auf den anderen Punkt zu sprechen, den ich noch anbringen will. Ich meine diesen Appell wirklich sehr ernst.

(Florian Rentsch (FDP): Wir auch!)

Die Frage, ob das Optionsmodell oder die Arge die bessere Lösung ist, ist nicht beantwortet. Es gibt keine validen Zahlen, die besagen, das eine ist besser als das andere. Auf beiden Seiten werden starke Behauptungen aufgestellt. Das will ich zugestehen. Ich habe einmal Naturwis-

senschaften studiert. Deswegen kann ich das unterscheiden.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

– Doch, ich habe Chemie studiert. Das war hart.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Für wen?)

– Das war hart für mich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Ich komme zum Schluss meiner Rede. – Insofern kann ich valide Daten von anderen unterscheiden. Ich will uns alle aufrufen, hier mit validen Daten und nicht mit starken Vermutungen zu arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Fuhrmann, danke schön. – Für die Fraktion DIE LINKE erhält nun Frau Schott das Wort.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das mit den validen Daten scheint eines der Probleme zu sein.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ja, natürlich!)

Zur Einführung von Hartz IV gab die Hartz-Kommission die Empfehlung zur Einrichtung einer Anlaufstelle für alle Erwerbslosen. Mit den Hartz-Reformen sollte die vor 2005 bestehende Unübersichtlichkeit bei den Arbeitslosengeldempfängerinnen und -empfängern, bei der Arbeitslosenhilfe und bei den Arbeitsfähigen, die sich in der Sozialhilfe befanden, überwunden werden. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Statt, wie noch im Regierungsentwurf zu Hartz IV vorgesehen, die Verantwortung für das, was im Sozialgesetzbuch II steht, bei der Bundesagentur für Arbeit anzusiedeln, wurde im Vermittlungsausschuss mit einem Mitternachtsbierdeckelkompromiss eine höchst problematische Regelung gefunden.

Die Landschaft der zuständigen Träger der Arbeitsmarktpolitik ist nunmehr hochgradig fragmentiert. Es existieren Doppelstrukturen sowie Konkurrenzen zwischen den Trägern. Die Erwerbslosen werden in zwei Klassen eingeteilt.

Wenn das Ziel der Reform tatsächlich darin bestanden haben sollte, Hilfe aus einer Hand zu schaffen, dann kann ich dazu nur sagen: Ziel verfehlt. – Anstatt jetzt aber das einzulösen, was vom Bundesverfassungsgericht gefordert wird, soll der Missstand in Verfassungsrecht gegossen werden.

DIE LINKE erwartet eine bundesweit einheitliche aktive Arbeitsmarktpolitik. Das ist mit diesem fragmentierten Institutionensystem ebenso wenig vorstellbar wie bundesweit einheitliche Standards in der Rechtsanwendung. Sinnvolle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie z. B. längerfristige Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder die kostenintensive Förde-

zung definierter Zielgruppen, werden während des Bezugs des Arbeitslosengeldes I häufig nicht realisiert, weil die betreffenden Personen nach kurzer Zeit in ein anderes System wechseln.

Umgekehrt gilt, dass Bezieher des Arbeitslosengeldes II keine ausreichenden Chancen und Rechtsansprüche auf Fördermaßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch III haben. Auf diese Weise verhindern wir das Entstehen von Synergieeffekten. Im schlimmeren Fall entstehen Doppelstrukturen.

Einer Reform, die diese Zersplitterung nicht einmal als Problem erkennt, kann nach Ansicht der LINKEN nicht zugestimmt werden. Es wird behauptet, die Grundsicherung für Arbeitsuchende in den Arbeitsgemeinschaften habe sich bewährt. Das ist an keiner Stelle eindeutig nachgewiesen. Die Erfolge der Argen, der Optionskommunen und der Bundesanstalt müssen, um angemessen bewertet werden zu können, immer in den Umgebungszusammenhang gesetzt werden. Das heißt, die dort herrschenden wirtschaftlichen Strukturen haben maßgeblichen Einfluss auf das Ergebnis der jeweils Vermittelten. Das muss man realistisch berücksichtigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen die Situation der Beschäftigten der Arbeitsvermittlung verbessern. Aber auch das wird mit der neuen Lösung nicht garantiert. Nicht ohne Grund lehnen DGB und ver.di den Gesetzentwurf ab. ver.di schreibt zu dem Gesetzentwurf:

Es muss sichergestellt werden, dass Erwerbslose in vergleichbarer Lebenslage gleich behandelt werden und gleiche Förderchancen erhalten, egal von welchem Organisations- oder Finanzierungssystem sie betreut werden.

Sozial- und Rechtsstaatlichkeit müssen gestärkt und transparent gestaltet werden. Dies gilt für das Versicherungs- und Fürsorgesystem gleichermaßen.

Präziser kann man die Kritik am Verwirrspiel nicht formulieren. Nach wie vor bleiben wesentliche Probleme bestehen. Doppelzuarbeit, Doppelstrukturen und Hierarchien in der Arbeitsmarktpolitik müssen abgeschafft werden, damit es endlich eine Anlaufstelle für alle Arbeitslosen gibt.

Herr Rentsch, ich habe in der zweiten Klasse gelernt, dass man zuhört oder rausgeht, wenigstens leise redet. Das ist unmöglich.

(Florian Rentsch (FDP): Ich habe gerade mit Kollegen Wagner gesprochen!)

Die Vermittlung in Arbeit muss allen Arbeitslosen Chancen bieten, ohne dabei nach Regelkreisen zu fragen, die die Art der Förderung bestimmen. Natürlich sind die Kommunen und die Länderkompetenzen sinnvoll in diese Lösung einzubeziehen. Es ist nicht so, als ob man vor Ort nicht wüsste, wie die Dinge gehen.

Dem vorliegenden Antrag können wir daher nicht zustimmen. Wir erwarten von der Bundesregierung einen neuen Anlauf, um die gegebenen Probleme zu lösen. Nach den Erfahrungen der letzten Wochen müssen wir allerdings davon ausgehen, dass es hier nicht mehr um Lösungsorientierung geht, sondern darum, einmal mehr auf dem Rücken der Arbeitslosen Wahlkampf zu betreiben. Wir fordern die Bundesregierung auf, entweder ihrer Verantwortung nachzukommen oder offen zuzugeben, dass

eine Lösung in dieser Legislaturperiode nicht möglich ist. Dann können wenigstens die Scheingefechte beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Frau Schott. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Dr. Jürgens gemeldet.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schott, ich habe mich zu einer Kurzintervention gemeldet, um anzumerken: Was Sie gesagt haben, geht im Grunde genommen am Thema vollkommen vorbei,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

belegt aber, dass Ihnen – was ich immer befürchtet habe – der Personenkreis, dem Sie immer vorgeben besonders verbunden zu sein, nämlich die Langzeitarbeitslosen, im Grunde genommen vollkommen schnurzegal ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es geht doch nicht um die Frage, ob die Situation im Augenblick schlecht oder verbesserungswürdig ist, sondern es geht um die Frage, ob wir tatenlos zusehen, wie sie noch schlechter wird. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht um die Frage, ob wir ALG I und ALG II in eine Hand zusammen bekommen können, sondern darum, ob wir die ehemalige Sozialhilfe und die ehemalige Arbeitslosenhilfe in einer Hand zusammen behalten oder ob wir den Langzeitarbeitslosen künftig den Soziallalom zumuten, für den Regelsatz zur Arbeitsagentur zu gehen, für die Wohnungskosten zum Sozialamt, für die Eingliederungsleistung wieder zurück zur Arbeitsagentur und für die ergänzende Hilfe – z. B. Schuldnerberatung – wieder zurück zur Kommune.

Das wäre nämlich die notwendige Folge, wenn es zu keiner Grundgesetzänderung und keiner Hilfe aus einer Hand kommt. Im Grunde genommen ist es ganz einfach: Wollen Sie die Hilfe aus einer Hand – ja oder nein? Wollen Sie eine Förderung von Langzeitarbeitslosen – ja oder nein? Wollen Sie das Vermeiden von Soziallalom für Langzeitarbeitslose – ja oder nein? Wenn Sie Ja sagen, müssen Sie auch Ja zu einer Grundgesetzänderung sagen, und zwar schnell, damit wir das noch rechtzeitig hinbekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Schott, Sie können antworten.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Jürgens, die Unverschämtheit liegt an der Stelle auf Ihrer Seite; denn zu behaupten, dass es uns nicht um Langzeitarbeitslose geht, ist eine wirkliche Unverschämtheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht hier nicht darum, wie irgendetwas schlechter werden kann, sondern es geht darum, wie es noch besser werden könnte. Selbstverständlich wollen wir Hilfe aus einer Hand. Aber so, wie es jetzt geändert wird, wird es nicht Hilfe aus einer Hand, sondern aus drei, vier, fünf verschiedenen Händen werden.

(Marcus Bocklet, Jürgen Frömmrich und Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau das Gegenteil ist richtig!)

Unter Umständen muss man an irgendeiner Stelle tatsächlich das Grundgesetz ändern. Das kann durchaus sein – aber nicht so. Wie die Planung im Moment aussieht, ist es wieder ein einziges Verwirrspiel. Und das kann es auf keinen Fall sein.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Das Wort hat der Kollege René Rock, Seligenstadt, FDP-Fraktion.

### René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nicht eine Fraktion hat das Thema „Verfassungsmäßigkeit der Argen – Gleichbehandlung der Option“ heute auf die Tagesordnung gesetzt, sondern die Unfähigkeit der Großen Koalition in Berlin, verantwortungsvoll im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu handeln, hat das auf die Tagesordnung gesetzt. Um gleich einmal auf einige Einwürfe der Vorredner einzugehen: FDP und CDU sind sich in diesem Punkt inhaltlich absolut einig,

(Lachen des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

wie in Hessen eine Lösung aussehen muss.

(Lachen des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Wir haben in der letzten Plenarsitzung ausführlich über Schuld und Verantwortung für die momentane Situation diskutiert. Naturgemäß sind die Fraktionen zu unterschiedlichen Bewertungen gekommen. Einige haben das wiederholt und erneut vorgetragen, zum Teil etwas ermüdend. Zu diesem Thema will ich mich deshalb auch gar nicht auslassen, auch wenn es mir ein bisschen schwerfällt. Aber dauerhafte Wiederholungen machen die Argumente nicht besser.

Vielmehr möchte ich in dieser Frage auf die Gemeinsamkeit der meisten Fraktionen in diesem Hause abheben. Die vier Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – allgemein die Hartz-Reform genannt – sind ein mutiges Reformwerk gewesen, welches allerdings in einigen Bereichen inhaltlich nachgebessert und weiterentwickelt werden muss. Manches von dem, was nachgebessert werden muss, war allerdings schon sehr früh bekannt bzw. lag für die FDP-Fraktion auf der Hand.

Die FDP hat diesem Gesetz nicht zugestimmt, weil klar war, dass es diese Probleme mit der Verfassung gibt, und hat immer darauf hingewiesen – nur einmal zur Erinnerung an der Stelle.

(Beifall bei der FDP)

Aber bei einer Reform dieses Umfangs ist es natürlich auch klar, dass man nicht alles vorher sehen kann und nachsteuern muss. Das ist selbstverständlich, und der De-

batte werden wir uns auch ständig stellen. Deshalb muss man heute deutlich machen, dass diese inhaltliche Diskussion, die Auswertung, die Evaluierung, die Optimierung dieser Reform fortgesetzt werden müssen.

An der Stelle möchte ich auf eine Kontroverse hinweisen. Das haben wir heute schon das eine oder andere Mal gehört. Das ist eine Kontroverse, die nicht einmal speziell in diesem Hause ausgetragen wird, sondern das ist eher eine Kontroverse zwischen den Ländern und Bundesarbeitsminister Scholz mit seiner unsäglichen Politik zu § 16 SGB II. Diese Politik haben wir hier schon häufiger – aus meiner Sicht zu Recht – kritisiert.

Mit seiner Politik hat Herr Scholz die falschen Lehren gezogen. Falls man unterstellt, dass Herr Scholz in der Lage ist, die klaren Vorteile von regionalen und zielgenauen Förderinstrumenten für Langzeitarbeitslose zu erkennen, trotzdem den Spielraum der Argen und Optionskommunen maßgeblich einschränkt und damit nicht wirklich aufhört, hat dies möglicherweise keine fachliche, sondern eine grundsätzliche politische Motivation.

(Beifall bei der FDP)

Mit diesem Verhalten hat sich Herr Scholz zumindest in den Augen der FDP als Verfechter des Kerns der Hartz-Reform beschädigt. Aus diesem Grund sind wir natürlich auch, wenn wir erleben, was Herr Scholz in diesem Bereich auf den Weg bringt, mehr als misstrauisch. Ich bin der Meinung – das ist jetzt einmal von der inhaltlichen Debatte abgehoben –, das sich die politisch Verantwortlichen nicht einfach in den Wahlkampf verabschieden dürfen. Dieses Thema ist einfach viel zu wichtig, um es an der Stelle zu zerreiben.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die Kommunen haben es in einem Gewaltakt unter größten Anstrengungen und unter Erschwernissen für die Betroffenen, die Hilfeempfänger, aber auch unter maßgeblicher Leistung der Mitarbeiter in der Verwaltung geschafft, diese Reform in einem Rekordtempo umzusetzen.

Natürlich hakt es an der einen oder anderen Stelle. Aber ich möchte darauf hinweisen: Hier wurde viel investiert, um eine neue Verwaltung aus dem Boden zu stampfen, die sich passgenau mit den Langzeitarbeitslosen beschäftigt.

Sicher sind noch nicht alle Optionskommunen und Argen an ihrem Leistungsoptimum angekommen. Ich glaube, das ist unstrittig. Allerdings kann ich mir nicht vorstellen, was passieren wird, wenn wir keine verfassungsändernde Mehrheit zusammenbekommen, um die Argen und Optionskommunen verfassungsmäßig abzusichern. Ich bin sehr erschrocken, wenn ich mir überlege, wie das eigentlich weitergehen soll.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Hier ist die Große Koalition in einer besonderen Verantwortung. Wenn die Große Koalition nicht in der Lage ist, diese Verfassungsänderung zu stemmen, dann wird es für eine andere Mehrheit, die vielleicht im September zustande kommt, umso schwieriger.

Deshalb ist hier verantwortungsvolles Handeln gefragt. Und deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Landesregierung im Sinne dieses Kompromisses im Bundesrat nach Mitstreitern sucht und, sobald sich eine Gelegenheit bietet, diese klug und energisch ergreift.

Genau das ist die Aussage unseres Antrags. Mehr kann man momentan aus Sicht des Landes Hessen hier nicht tun.

(Beifall bei der FDP)

Für Hessen ist es dabei natürlich wichtig, dass die bestehenden Optionskommunen abgesichert werden, aber sich künftig auch weitere Kommunen für das Optionsmodell entscheiden dürfen.

Ich glaube, im Grundsatz gibt es hier keinen Dissens zu dem, was die GRÜNEN wollen, sondern nur beim zeitlichen Ablauf. Sie fordern einen anderen zeitlichen Ablauf, nämlich eine sofortige Initiative. Nach unserer Einschätzung hätte diese zurzeit keine Chance auf Erfolg. In der Sache sind wir einer Meinung, nur über die richtige Taktik gibt es womöglich noch unterschiedliche Einschätzungen.

Bei dieser Diskussion habe ich immer den Eindruck, viele Verantwortliche – vielleicht auch einige hier im Haus – glauben, die Konsequenzen für die Auflösung der Argen seien derart undenkbar, dass sie schon nicht kommen werde; es werde irgendwann Manna vom Himmel regnen, und uns werde eine Lösung in den Schoß fallen. – Das wird so nicht kommen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Wer heute nicht energisch an einem Kompromiss und an dessen verfassungsmäßiger Absicherung arbeitet, der vergeht sich an allen Menschen, die von dieser Leistung abhängig sind, und an denen, die in diesem Bereich arbeiten.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Petra Fuhrmann und Torsten Warnecke (SPD))

Die Einstellung, dieses Problem aussitzen zu wollen, halte ich für sehr gefährlich. Deswegen glaube ich, das Land Hessen ist gut beraten, jede Möglichkeit zu ergreifen, die hier Abhilfe schafft. Hier habe ich großes Vertrauen in die Landesregierung. – Danke.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Judith Lannert und Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Das Wort hat Herr Staatsminister Banzer.

#### **Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Thema, das wir heute diskutieren, ist ein Beispiel, an dem man gut erkennen kann, dass auch dann, wenn alle etwas Gutes wollen, nicht automatisch etwas Gutes herauskommt.

Das, was uns heute diese Probleme bereitet, hat in sich seine Sinnhaftigkeit und Logik. Die saubere Trennung der verschiedenen Ebenen und der Zuständigkeiten durch die Föderalismusreform ist für die Zukunft unseres Landes sicherlich wichtig und richtig. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das die Argen in ihrer bisherigen Form für verfassungswidrig erklärt hat, finde ich in einer Hinsicht sogar richtungweisend. Das Verfassungsgericht hat gesagt, der Bürger muss, wenn er mit dem Staat zu tun hat, wissen, welche Ebene er für das, was ihm geschieht, verantwortlich machen kann. Das halte ich für ei-

nen ganz elementaren demokratischen Grundsatz, der richtig ist. Dass er leider zu dem Ergebnis führt, dass die Arge verfassungswidrig ist, ist ein

(Petra Fuhrmann (SPD): Problem!)

Kollateralschaden, der ärgerlich ist, ein Problem – aber in sich ist das eine berechnete Position.

Wenn sich eine Bundestagsfraktion auf den Standpunkt stellt, unsere Verfassung sei so wichtig, dass man sie nicht einfach ändern könne, wenn das Verfassungsgericht etwas für verfassungswidrig erklärt, und man grundsätzlich nicht mit unserer Verfassung beliebig umgehen könne, dann ist das prinzipiell richtig.

Das sind die Probleme, die wir auf der einen Seite haben. Auf der anderen Seite gibt es zwei Prinzipien, die wir ebenfalls einräumen müssen. Zum einen ist es gerade in schwierigen, in Notsituationen wichtig – und Langzeitarbeitslose sind in Notsituationen –, dass klare Konzepte zur Hilfe zur Verfügung stehen. Dass dabei Hilfe aus einer Hand unterschiedlichen Strukturen immer überlegen ist, liegt ebenso logisch auf der Hand.

Genauso klar ist auch, dass Langzeitarbeitslosigkeit ein Problem ist, das in der Regel in der Region beheimatet ist. Das ist weniger eine Branchenfrage, sondern eine Frage danach, wie die Gesamtstruktur einer Region aufgestellt ist, um die Zukunftschancen und die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen zu erleichtern. Deswegen ist es sinnvoll, Langzeitarbeitslosigkeit zumindest näher an den Kommunen anzusiedeln.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, gestatten Sie Zwischenfragen?

(Minister Jürgen Banzer: Ja, bitte!)

– Frau Kollegin Fuhrmann.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Staatsminister Banzer, Sie haben gesagt, es ist richtig, dass auch eine Bundestagsfraktion das Thema Verfassungsänderung problematisiert. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass die Staatskanzleien und die Justizministerien der beteiligten Länder ebenso wie die Bundesebene diese Frage sehr ernsthaft geprüft haben und zu der Überzeugung gekommen sind, dieser Kompromiss sei verfassungsgemäß?

#### **Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Ja, das glaube ich schon. Aber wir erleben es öfter, praktisch auch bei jedem Tagesordnungspunkt in diesem Landtag, dass jede Fraktion ein Problem ernsthaft prüft und merkwürdigerweise dennoch zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangt. Das ist leider der Lauf der Dinge.

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, richtige Prinzipien, die an schwierigen Kriterien zu scheitern drohen, miteinander in Einklang zu bringen. Dies ist natürlich massiv erschwert worden – diese Kritik muss sich der Kollege Scholz gefallen lassen –, weil man zu spät mit der Problemlösung begonnen hat. Denn gerade dann, wenn es so viele unterschiedliche Positionen gibt, braucht es die parlamentarische Diskussion, um die verschiedenen Standpunkte und Lösungsmöglichkeiten aneinander anzuglei-

chen. Hier ist viel Zeit verschwendet worden. Meine Vorgängerin und die Landeskollegen hatten erhebliche Mühe, um das Bundesministerium zuerst einmal auf die Linie zu bringen, die Verfassung ändern zu wollen, also die Argen verfassungsmäßig abzusichern. Herr Scholz war lange Zeit nicht auf diesem Trip, über ein Jahr lang. Das ist ja das Problem. Dieses Jahr ist verloren gegangen, das brauchen wir jetzt, um überhaupt das Bewusstsein zu schaffen und zu diskutieren.

Inzwischen sind wir aber ein gutes Stück weiter. Wenn ich die Stellungnahmen des heutigen und des gestrigen Tages sehe – Diskussionsbereitschaft seitens der FDP; Herr Scholz ist optimistisch, dass es zu einer Lösung kommt –, dann sage ich: Diese parlamentarischen Debatte muss sein. Dafür werden wir uns jetzt die Zeit nehmen müssen.

Ich verstehe es, wenn eine Fraktion, die weder hier noch in Berlin regiert, sagt: Macht schnell eine Bundesratsinitiative. – Das würde ich mir auch nicht nehmen lassen.

Aber wir wissen doch: Die ist schnell geschrieben, aber sie braucht eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat und im Bundestag. Deswegen muss hier schon sauber diskutiert werden. Es kommt jetzt nicht darauf an, Aktionismus zu zeigen, sondern es muss in einem geeigneten Abstimmungsprozess versucht werden, die Prinzipien, über die wir uns Gott sei Dank einig sind, mit den Kriterien, die uns das Leben an dieser Stelle erschweren, in Übereinstimmung zu bringen und das Beste für die Betroffenen herauszuholen. Ich bleibe optimistisch und hoffe immer noch, dass wir das hinbekommen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, der Kollege Dr. Jürgens hatte eigentlich an Sie eine Zwischenfrage. Das würde jetzt zu einer Schlussfrage, wenn Sie damit einverstanden sind.

(Minister Jürgen Banzer: Gern!)

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, sind Sie nicht der Auffassung, es wäre sehr viel einfacher, eine notwendige Einigung herbeizuführen, wenn das parlamentarische Verfahren zunächst einmal gestartet wird, anstatt bei dem bekannten Zeitproblem, das wir haben, jetzt abzuwarten, bis alles zu spät ist, und dann gar keine Chance mehr zu haben, eine Gesetzesinitiative zu starten?

#### **Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Nein, ich habe gelernt, dass es in einem Irrgarten oft darauf ankommt, an welcher Stelle man einfädelt, um zum Ziel zu kommen. Deswegen glaube ich, man muss bei dieser Diskussionslage schon genau schauen, wann und wie man anfängt, damit man zum Erfolg kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, es gibt noch eine. Wollen Sie antworten? – Also, bitte, das ist die letzte Zwischenfrage am Schluss.

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, Sie sprachen von der „verständlichen Position der Bundestagsfraktion“, die man nachvollziehen könne. Die Bundestagsfraktion der CDU lehnt diesen Kompromiss ja ab, weil sie keine Verfassungsänderung will. Herr Minister, ich frage Sie: Können Sie mir erklären, welche Lösung es jenseits einer Verfassungsänderung geben könnte? Wir sind uns dessen bewusst, dass Sie dazu immer eine Zweidrittelmehrheit brauchen. Die Bundestagsfraktion will sie aber nicht. Glauben Sie, dass Sie nach der Bundestagswahl allein eine Zweidrittelmehrheit haben werden? Auch dann brauchen Sie noch die SPD. Deswegen erklären Sie uns bitte diese Position.

#### **Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Ich bin relativ optimistisch, was die Bundestagswahl betrifft, aber zwei Drittel halte ich für übertrieben.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Das trägt! – Heiterkeit bei der SPD)

Nein, wir haben – das wollte ich deutlich machen – einen klassischen Zielkonflikt. Ich finde, dieses eine Argument lässt sich in jeder verfassungsmäßigen Diskussion hören, aber es führt an dieser Stelle zum falschen Ergebnis. Deswegen weise ich ja darauf hin: Wir brauchen Zeit, um das mit den Beteiligten zu diskutieren und dieses eine Kriterium abzuwägen: Lasst an dieser Stelle die Verfassung in Ruhe, weil man das prinzipiell nicht so machen sollte. Es kommt zum einen sehr darauf an, dass diese Hilfen aus einer Hand erfolgen und dass sie kommunal verantwortlich sind und dass sie zum anderen vom Bund mitfinanziert werden. Das ist ein Zielkonflikt; und da brauchen wir Zeit, bis wir ihn austragen können.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Es wurde vereinbart, sofort abzustimmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hilfe aus einer Hand bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten – Landesregierung muss im Bundesrat aktiv werden, Drucks. 18/229.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 72 auf: Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Reform der Betreuungsstrukturen für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Drucks. 18/301.

Wer hier seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Gegenstimmen? – DIE LINKE. Enthaltungen? – SPD und GRÜNE. Damit ist dieser Dringliche Entschließungsantrag, Drucks. 18/301, mit Mehrheit beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 38** auf:

**Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend sichere, umweltverträgliche und preiswerte Energieversorgung für Hessen – Drucks. 18/259 –**

mit dem **Tagesordnungspunkt 19:**

**Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend kein Ausstieg aus dem Atomausstieg – Drucks. 18/209 –**

und **Tagesordnungspunkt 21:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Umweltministerin Lautenschläger betreibt Geschäft der Atomlobby – Drucks. 18/223 –**

und **Tagesordnungspunkt 25:**

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Energieversorgung von morgen gestalten – Atomrisiko beenden – Drucks. 18/227 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 78:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend sichere, umweltverträgliche und preiswerte Energieversorgung für Hessen nur ohne Kohle und Atom erreichbar – Drucks. 18/307 –**

Die vereinbarte Redezeit zu dieser verbundenen Debatte beträgt zehn Minuten. Es beginnt der Kollege Stephan von der CDU-Fraktion.

**Peter Stephan (CDU):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, verehrte Kollegen! Es liegen uns heute fünf Anträge zur Behandlung vor. Das ist zum einen ein zukunftsgerichteter Antrag von der CDU und der FDP

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der FDP)

für eine sichere, umweltverträgliche und preiswerte Energieversorgung. Es sind zum anderen vier Anträge, die sich mehr oder weniger ausschließlich und einseitig mit dem Ausstieg aus der Kernenergie beschäftigen und die überschrieben sind mit solchen Begriffen wie: „Atomrisiko“, „Atomausstieg“ und „Atomlobby“. Aber auch in diesen Anträgen finden wir Begriffe wie: „Energie sparen“, „Energieeffizienz“ und auch den Dreiklang von „sicher“, „umweltverträglich“ und „preiswert“ für ein Energiekonzept. Da können wir schon auch einmal nach gemeinsamen Schnittmengen suchen.

Meine Damen und Herren, doch zunächst ein paar Sätze zu den Anträgen der Opposition. Wir müssen wissen, dass im Jahr 2006 – die Zahlen habe ich so gefunden – 57,6 % des Stromverbrauchs in Hessen und 20,5 % des gesamten Energieverbrauchs in Biblis erzeugt wurden, mit der Kernenergie.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber nur dann, wenn es lief!)

Wer am vergangenen Freitag die Berichte und Kommentare zu dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gelesen hat – da ging es um die Übertragung von Reststrommengen auf den Block A in Biblis –, dem wird aufgefallen sein, dass der Richter den Begriff „missraten“ in den Wortschatz aufgenommen hat. Er hat dieses Ausstiegsgesetz aus dem Jahre 2002 als „missraten“ bezeichnet – eine ungewohnte Deutlichkeit für einen Richter.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sehr richtig!)

Wenn im Antrag der SPD, der vorliegt, festgestellt wird, dass jetzt schon eine sichere Energieversorgung ohne

Strom aus den Kernkraftwerken möglich sei, dann halten wir das auch für eine missratene Aussage. Dafür gibt es auch in der SPD genügend Kronzeugen – selbst Erhard Eppler spricht davon, dass man sich über eine Verlängerung der Laufzeiten mal unterhalten kann.

(Beifall bei der CDU)

Der Ausstiegsvertrag selbst ist auch missraten, denn ansonsten würden die Betreiber, die Unternehmen heute nicht versuchen, den Ausstieg aus diesem Vertrag – den Ausstieg vom Ausstieg – zu schaffen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben es gemerkt: Die CDU, die CSU und die FDP haben daran schon damals ihre Kritik geäußert. Wenn nun die Unternehmen in der Energiewirtschaft versuchen, Restmengen von anderen Kraftwerken auf die Kraftwerke zu übertragen, die als Nächste ausscheiden müssen, dann ist das recht und richtig, denn dies ist im Gesetz so vorgesehen. Wenn nach der Bundestagswahl tatsächlich über dieses Gesetz neu gesprochen wird, sodass wir die Kernenergie auch hier in Deutschland weiterführen können, dann dürfen wir jetzt nicht Fakten schaffen, die wir dann nicht mehr rückgängig machen können.

(Beifall bei der CDU)

In Biblis haben diese Unternehmen – auf Veranlassung auch der Landesregierung in Hessen – milliardenschwere Investitionen in die Sicherheit vorgenommen. Wir sagen: Diese beiden Kraftwerksblöcke sind sicher. Wir haben in Hessen keine Schrottreaktoren.

(Beifall bei der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Deshalb sind sie abgeschaltet!)

Wenn es stimmt, was im Antrag der GRÜNEN aus der Zeitschrift „Capital“ zitiert wird, dass nämlich bei einem Weiterbetrieb der Kernkraftwerke in Deutschland Gewinne zwischen 61 und 316 Milliarden € entstehen würden, so die Annahme, dann kann man der Staatsministerin Silke Lautenschläger nur gratulieren, dass sie rechtzeitig gesagt hat: Von diesem Geld will ich etwas haben, wenn wir denn diese Kernkraftwerke weiter betreiben.

(Beifall bei der CDU – Axel Wintermeyer (CDU): Davon wollen wir etwas haben!)

Meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, laut einer Umfrage auf der Homepage des Bundesumweltministeriums sprechen sich immerhin 57 % aller Teilnehmer dafür aus, dass der Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig gemacht wird. Nur 41 % wollen ihn beibehalten – auch dies ist ein Votum des Volkes. Wenn wir die Kernenergie weltweit betrachten, dann stellen wir fest, haben in Deutschland 17 Anlagen; wir haben 438 Anlagen weltweit. Wir haben 100 Anlagen in der Planung und 42 im Bau. Sie sehen, die Kernenergie hat weltweit ihren Rang und ihre Berechtigung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die vorliegenden Anträge von SPD, GRÜNEN und LINKEN haben nur ein Ziel, nämlich die Kernkraft als Teil einer sicheren, nachhaltigen und preiswerten Energieversorgung zu diskreditieren

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Sicher?)

– jawohl –, eine sichere Energieversorgung für unser Land zu diskreditieren und die Werke sofort zu schließen. nicht erst dann, wenn wir andere Energieformen haben, die

diese Versorgungslücke schließen. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen das anders: Wir wollen ein sicheres Energiekonzept für Hessen haben, mit der Kernenergie auf höchstem sicherheitstechnischem Niveau.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu dem Antrag von der CDU und der FDP kommen. Ziel der CDU/FDP-Koalition ist es, bis zum Jahre 2020 20 % des Endenergieverbrauchs ohne Verkehr aus erneuerbaren Energien zu bestreiten. Heute beträgt dieser Anteil, je nachdem, welche Quelle Sie dort finden, viereinhalb, sechs oder auch mehr Prozent.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ja, ja, es sind 4,5 %!)

– Je nach Quelle, die Sie finden. Es gibt sicherlich mehr als die Quellen, die Sie haben. Wir können uns einmal ausgiebig darüber unterhalten, wie man das genau misst, denn das werden wir auf jeden Fall tun müssen, wenn wir die 20 % festlegen. Wir brauchen auch einen Maßstab. Die Diskussion werden wir führen.

Für den Weg dorthin wird die Hessische Landesregierung ein Programm „Energie 2020“ erstellen, das konkrete und realistische Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels beinhaltet. Externe Fachleute sollen beteiligt werden. All dies erfolgt unter Einbindung in die Nachhaltigkeitskonferenz, die unser Ministerpräsident Roland Koch im vergangenen Jahr sehr erfolgreich ins Leben gerufen hat.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Damit, mit diesem Antrag und der Erarbeitung dieses Konzepts, wollen wir das Thema einer sicheren, umweltverträglichen und preiswerten Energieversorgung versachlichen. Wir wollen dabei – Sie sehen das Ziel: 20 % – den forcierten Einsatz auch der regenerativen Energien in Hessen.

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dabei gilt es auch im Auge zu behalten – das ist ein ganz wichtiger Punkt für uns –, dass wir in der Energieerzeugung unabhängiger werden, als wir das heute noch sind. Wer sich an die Diskussionen um das Gas erinnert, als es in Deutschland richtig kalt war und das Gas plötzlich nicht mehr so geströmt ist wie normal, der wird auch diesen Punkt im Hinterkopf behalten müssen. Wir müssen von außen unabhängiger werden.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Jürgen Frömmrich und Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Doch ist die Frage, welche Energiequellen wir haben, nur eines von mehreren Zielen in diesem Konzept. Wir müssen uns vor allem intensiv damit beschäftigen, wie wir den Energieverbrauch reduzieren können.

(Norbert Schmitt (SPD): Gratuliere!)

Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, wie wir pro eingesetzte Einheit Rohstoff mehr Energie erzeugen können. Denn wenn 30 % des Energieverbrauchs dadurch entstehen, dass Betriebe, dass Kraftwerke unwirtschaftlich arbeiten und Wärme in die Luft blasen, dann sind das sicherlich Gebiete, an denen wir arbeiten müssen, um die Energie effizienter zu nutzen.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Sind Sie jetzt gegen Staudinger?)

– Vielleicht haben Sie meine Rede zum Thema Staudinger beim letzten Mal gehört. Da war genau dieser Satz enthalten: Wir müssen uns dann über die Umsetzung unterhalten.

(Judith Lannert (CDU): Herr Häusling hört immer nur, was er will! – Janine Wissler (DIE LINKE):  
Textbaustein!)

Wir brauchen auch Aussagen, wie wir mit den Stromnetzen umzugehen haben. Denn wenn wir vor der Küste wirklich mehr Windenergie produzieren, dann muss die Energie auch irgendwie zu uns nach Hessen kommen. Gerade weil das Thema Wind auch in Hessen immer wieder in der Diskussion ist: Wind ist ein wichtiger Energiestoff. Er ist aber nicht der wichtigste. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass in Hessen der Wind eben nicht so gut weht wie beispielsweise draußen vor der Küste.

(Beifall bei der CDU – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist der wichtigste in Hessen! Kommen Sie zur Realität, Herr Stephan!)

Wir brauchen weiterhin Kohle. Da sind wir in guter Gemeinschaft mit Bundesumweltminister Gabriel, der in Mainz und Wiesbaden zu Gast war und jeweils gesagt hat, wie wichtig Kohlekraftwerke sind.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will weitere Themen erwähnen. Die Tiefengeothermie ist vor allem bei uns in Südhessen wichtig. Hessen ist das waldreichste Land in Deutschland. Hier ist Holz eine wichtige Energiequelle.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Biomasse und Abfallstoffe sind wichtige Energieträger, genauso wie Gas und die unendliche Kraft der Sonne. Wenn wir dann noch wissen, dass 40 % des gesamten Energieverbrauchs im Haushalt stattfinden – für den Haushalt, die Kühlung, Strom, und was wir sonst im Haushalt nutzen –, dann sehen wir, dass gerade die Wärmedämmung und Energienutzung im Haushalt ein ungeheuer wichtiger Punkt ist. Es ist wichtig, dass wir gerade dort die Fördermittel gut einsetzen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dort haben die Fördermittel wesentlich mehr Wirkung, als wenn wir für Solarenergie bezahlen.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wie lange regieren Sie schon in Hessen? – Zurufe der Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Norbert Schmitt (SPD))

Zweitens. Energiesparen ist auch ein Teil. – Es gibt auch an anderer Stelle Energiekonzepte, nicht nur in Hessen. Dann sollte man das gemeinsam betrachten.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wir haben doch gar keines!)

Ich sage nur noch eines: Das ist auch einer der Punkte, wo jeder mitmachen kann, wo wir alle Bürger einfangen können. Auch viele kleine Schritte können die Welt nachhaltig verändern. Wir müssen auch daran denken, dass wir die Energieinitiativen unterstützen, die sich auf lokaler Ebene bilden. So hat in dieser Woche in meinem Wahlkreis die Gemeinde Fürth ein Konzept initiiert und sagt: Wir wollen uns auf kommunaler Ebene mit diesem Ge-

danken auseinandersetzen. Wir wollen ein Energiekonzept erstellen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön!)

Auch das sind Dinge, die wir zu unterstützen haben, die sicherlich Teil eines umfassenden Energiekonzepts werden. Insoweit hat mir die Gemeinde Fürth im Odenwald ein schönes Beispiel für meine heutige Rede geliefert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erzeugen in Hessen etwa 3 % des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Wir allein werden die Welt und das Klima nicht verändern, weder in die eine noch in die andere Richtung.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Peter Stephan (CDU):**

Wir werden daher den von der Landesregierung unter Leitung von Roland Koch eingeschlagenen Weg einer Nachhaltigkeitskonferenz intensiv unterstützen.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Wir werden auch das Konzept „Energie 2020“ in Hessen, das Frau Ministerin Lautenschläger vorstellen wird, unterstützen. Dies ist aus unserer Sicht der richtige Weg für Hessen – und nicht die Energieutopien à la Scheer. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Görig, SPD-Fraktion.

**Manfred Görig (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Energiepolitik von CDU und FDP ist ohne jeglichen Ansporn, dem Klimawandel mit seinen schwerwiegenden Auswirkungen konsequent entgegenzutreten. Die Koalition und die sie tragende Landesregierung setzen lieber alles daran, den im Jahr 2000 zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den EVUs gefundenen Kompromiss zum Atomausstieg, an den sich im Übrigen, Herr Kollege Stephan, auch die Große Koalition hält, zu torpedieren und zu diskreditieren, wo es nur geht.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Im Interesse der Stromkunden!)

Sie machen sich zum Erfüllungsgehilfen der Atomlobby.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wir denken an die Leute, die die Strompreise bezahlen!)

Sie reihen sich ein in eine beispiellose Kampagne der Atomindustrie, die den Kompromiss zerstören will, um weiter ihre gigantischen Gewinne einzusacken. Meine Damen und Herren, das ist Ihr Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Axel Wintermeyer (CDU): Eieiei!)

– Herr Kollege Boddenberg, ich kann Ihnen nur abraten, den Kompromiss – –

(Axel Wintermeyer (CDU): Ich heiße immer noch Wintermeyer!)

– Den Namen hatte ich noch im Kopf, weil er auch immer so schön dazwischenruft. Aber okay, er sitzt auf der anderen Seite.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Machst du weiter? – Gut.

**Manfred Görig (SPD):**

Meine Damen und Herren, ich kann davon nur abraten. Ein Kompromiss befriedet immer zwei Seiten. Sie werden viele Energien mit der fruchtlosen Fortführung von Kämpfen der Vergangenheit vergeuden. Ich prophezeie Ihnen: Am Ende werden Sie doch verlieren. Mit der Vereinbarung zum Atomausstieg haben wir einen gesellschaftlichen Konflikt gelöst, der das Land über 25 Jahre lang gespalten und energiepolitisch gelähmt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie und die Atomlobby auf eine Renaissance der Kernenergie setzen, so wird auch dieses Ansinnen nicht von Erfolg gekrönt sein.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das brauchen wir nicht! Wir brauchen sie weiter mittelfristig als Energie!)

Herr Kollege Wintermeyer, ich warte auf Ihren Vorschlag für einen Standort in Hessen. – Wer die hochfliegenden Ausbaupläne der Atomlobby liest, der denkt unweigerlich an die Prognosen der internationalen Atomenergieorganisation für das Jahr 2000 mit 4.500 GW Leistung aus Atomkraft. Geworden sind es knapp 372 GW in 436 Reaktoren, gerade einmal 2,5 % des Energieverbrauchs – ein toller Erfolg nach 50 Jahren Energieversorgung. 2008 ging zum ersten Mal seit 42 Jahren kein einziges AKW ans Netz. Ganz so sicher, wie Sie hier angeben, sind Sie sich Ihrer Sache wohl auch nicht; sonst würden Sie die Befürwortung der Atomenergie nicht unter der Bezeichnung Übergangstechnologie verbuchen.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heide (FDP))

Ich sage: tolle Idee. Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, Sie haben die Beschlusslage der SPD von 1986 erreicht. Manche brauchen eben etwas länger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Das hat man im letzten Jahr bei Ihnen gemerkt! – Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Lieber Kollege Stephan, Ihre Schlagworte „sauber, sicher und preisgünstig“ haben Sie in weiser Voraussicht der heutigen Debatte in „umweltverträglich und preiswert“ umgetauft. Atomenergie ist nicht sauber und auch nicht umweltverträglich. Es ist absurd, sie so zu bezeichnen. Atommüll ist das Schmutzigste,

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was es gibt!)

was es gibt, und eine strahlende Hinterlassenschaft. Ich nenne die Stichworte Morsleben, Asse und Zwischenlager: Dort wird Atommüll für zig Generationen angehäuft.

(Beifall bei der SPD, bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van



Ooyen (DIE LINKE) – Clemens Reif (CDU): Wer hat mit dem Schmutz angefangen? – Axel Wintermeyer (CDU): SPD-Ministerpräsident!

Meine Damen und Herren, schmutziger geht es nicht. Also hören Sie auf, in der Atomenergie von „sauber und umweltverträglich“ zu reden.

Preisgünstig: Die Kosten werden dem Steuerzahler auferlegt. Die Sanierung von Morsleben kostet 2,2 Milliarden €. Die Sanierung von Asse wird einige Milliarden € kosten. Mindestens 45 Milliarden € – manche reden von 100 Milliarden €; dazu will ich mich gar nicht versteigen – an Subventionen kommen dazu.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Herr Kollege, Sie sind immer gegen Subventionen. Sie sind sehr stark subventioniert worden. Das bedeutet unter dem Strich: Atomstrom ist, alles mitgerechnet, teurer als alle erneuerbaren Energien nach dem EEG. Auch das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist eben nicht preisgünstig, und es ist schon lange nicht preiswert.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Noch ein Märchen sollten Sie nicht weitererzählen: Atomstrom halte die Preise niedrig. – Seit dem Jahr 2000 sind die Strompreise um sage und schreibe 53 % gestiegen.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Ich wusste, dass das Stichwort kommt, danke. – Das EEG macht nur etwa 10 % davon aus. Auf Dauer ist kein Atomkraftwerk abgeschaltet worden. Die Atomanlagen sind längst abgeschrieben, und auch die Kosten haben sich nicht wesentlich verändert.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Warum ist der Strom nicht billiger geblieben? – Ganz einfach: Auch hier geht es nach Angebot und Nachfrage. Gerade das sollten Sie auf der rechten Seite besser wissen. Es ist auch klar, dass die vier Großen, die über 80 % des Stroms erzeugen, ihre Marktmacht gnadenlos ausgenutzt haben, um über Jahre satte Gewinne einzufahren. Das ist die Wahrheit. Sie werden dies weiterhin tun – mit Ihrer Schützenhilfe. Wichtiger als der Fonds, den Sie vorschlagen, wären eine kartellrechtliche Prüfung des Marktgebarens dieser vier Erzeuger und, daraus resultierend, eine Regulierung der Gewinne, ähnlich der Netzregulierung bei der Bundesnetzagentur. Dann hätten wir wirklich die Möglichkeit, zu schauen, wer wie viel am Strom verdient.

Wichtig ist aus unserer Sicht auch eine Brennelementesteuer, damit die billige Entsorgung in den Atomlagern nicht von der Allgemeinheit und dem Steuerzahler bezahlt wird, sondern von der Stromwirtschaft, die den Atommüll dorthin geliefert hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das Thema Sicherheit will ich heute aus Zeitgründen nicht ansprechen. Auch hier gäbe es zu Biblis einige Fragen zu stellen, insbesondere zu dem Lager Asse, das sicherheitstechnisch hoch problematisch und mit Sicherheit zu sanieren ist.

(Heinrich Heidel (FDP): Was sagt denn Herr Gabriel dazu?)

– Kommt. Kollege Heidel, ich habe das nicht vergessen.

(Leif Blum (FDP): Der war doch schon da!)

Sie versuchen uns heute mit den Aussagen unseres Bundesumweltministers vorzuführen. Herr Kollege Stephan, das ist Ihnen an dem Punkt auch nicht ansatzweise gelungen. Der Kollege Sigmar Gabriel und wir sind in der Energiediskussion nicht wirklich auseinander.

(Axel Wintermeyer (CDU): Aha!)

Es gibt einen Unterschied in der Einschätzung, den ich auch darlegen will. Gabriel sagt: Wir regeln den CO<sub>2</sub>-Ausstoß über den Emissionshandel, und wer unter diesen Bedingungen ein Kohlekraftwerk bauen will, der soll es tun. – Wir sagen: Der Emissionshandel kann nicht alles regeln.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist Haarspalterei!)

Der Druck auf den Emissionshandel wird enorm zunehmen, wenn drei Braunkohlekraftwerke, 20 Steinkohlekraftwerke und sieben Gaskraftwerke in dem Maß, wie sie geplant sind, dazugebaut werden. In der nächsten Handelsperiode müsste eine riesige Menge Zertifikate vom Markt genommen werden, und das Klimaziel der Bundesregierung von CDU und SPD, 40 % weniger CO<sub>2</sub> im Jahr 2020, wäre überhaupt nicht mehr zu erreichen. Auch dies sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Herr Kollege Heidel, da wäre die FDP die Erste, die fordern würde, es müsse Ausnahmen geben, damit unsere Industrie nicht belastet wird, und sie würde diese Ausnahmen beim Zertifikatehandel auch bekommen. Deshalb unsere Meinung: Der Handel kann nicht alles regeln.

Meine Damen und Herren, auch das sei klargelegt: Die SPD hat klare Beschlüsse zur Kohle.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? – Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür oder dagegen?)

– Es ist erstaunlich, dass ich im Vorfeld weiß, wer wann antwortet. Jetzt war klar, dass die GRÜNEN antworten.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist denn die Meinung zurzeit? – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Die ist wie immer eindeutig, Herr Kollege Häusling. Machen Sie sich keine Gedanken. Ihr Einwurf gibt wenigstens etwas Applaus von der Seite. Das ist auch etwas wert.

Meine Damen und Herren, die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag 2007 klar beschlossen: Kohle ist nur mit KWK möglich, und dies auch nur, wenn die Wärme gesichert abgenommen wird. Für uns in Hessen ist zusätzlich die Abschaltung alter Anlagen in der Größe des Neubaus notwendig.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt denn das jetzt für Staudinger?)

– Kleinere Einheiten als Staudinger – –

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kleiner? – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, seien Sie so lieb: Der Redner hat das Wort, wenn er sprechen will.

(Leif Blum (FDP): Er sagt doch nichts!)

**Manfred Görig (SPD):**

Sie können nachher reden.

(Clemens Reif (CDU): So ist das, wenn man sich alles aufschreiben lässt!)

– Nein.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Görig, der Kollege Wagner möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Wollen Sie das?

(Manfred Görig (SPD): Nein!)

– Dann lassen wir es.

**Manfred Görig (SPD):**

Meine Damen und Herren, das sind wichtige klimapolitische Forderungen, ohne deren Erfüllung wir bei der Kohle nicht dabei sind.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist die Beschlusslage doch nicht so eindeutig!)

Dazu gehört auch die deutliche Schadstoffreduzierung. Für uns gilt, so viel wie möglich und so schnell wie möglich erneuerbare Energien auszubauen. Ganz am Ende muss stehen: Unser Energiesystem ist höchst effizient und basiert zu 100 % auf erneuerbaren Energien. Die Frage des Zeitraums, die Sie sicher ansprechen werden, wann die 100 % erreicht sein müssen, diktiert uns im Übrigen nicht Hermann Scheer, sondern die Wissenschaft und die eindeutigen Erkenntnisse zum Klimawandel.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dass das ein Unterschied ist! – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Damit dieses Ziel erreicht werden kann, sind Motivation, Innovation und Abkehr vom Atomstrom notwendig. Genau diese Punkte sind bei CDU und FDP nicht zu erkennen. Ihr Motto lautet immer noch: so viel Atomkraft wie möglich, so wenig erneuerbare Energien wie möglich und Verhinderung an jeder Stelle, wo es möglich ist.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Görig, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Manfred Görig (SPD):**

Wir haben keine Stromlücke, wie von Ihnen formuliert; wir haben ganz einfach eine Handlungslücke, und die füllen Sie nicht aus. Meine Damen und Herren, Ihre Energiepolitik ist von gestern, und sie gehört, um es ganz deutlich zu sagen, in ein sicheres Endlager. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Hammann, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Stephan, ich schätze Sie persönlich als Mensch, aber die Inhalte Ihrer Rede und die Zielrichtung des Antrags schätze ich natürlich nicht.

Was haben wir denn? Wir haben seit zehn Jahren eine CDU-Regierung im Land Hessen. Seit zehn Jahren tut sich nichts in der Energiepolitik, es tut sich nichts in der Klimaschutzpolitik.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

Die Bilanz ist doch absolut miserabel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, schauen Sie doch einmal in andere Bundesländer. Vergleichen Sie, was die alles tun. Da muss man doch sagen, in Hessen wird nichts getan, Sie liegen in dieser Statistik ganz am Ende. Das zeigt doch, dass Sie sehr viel reden, aber in Hessen nicht handeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Hessen liegt nicht an der Nordsee!)

Nun haben wir wieder einen Antrag vorliegen, der die übliche Masche beinhaltet: Wir begrüßen einmal das, was die Landesregierung künftig vorhat. – Mich hat überrascht, zu sehen: Man will ein Energiekonzept für das Jahr 2020, 20 %.

(Norbert Schmitt (SPD): Stark!)

Ich glaube mich erinnern zu können, dass vor einigen Jahren schon einmal die Devise ausgegeben worden ist: „Wir wollen 2015 15 % erreichen.“ Man merkt, man hat es nicht geschafft, und man ist immer noch weit entfernt. Dann verschiebt man halt ein bisschen den Zeitraum. – Meine Damen und Herren, das kann nicht funktionieren. Wir müssen handeln. Sie sind aufgefordert zum Handeln, und Sie sind nicht aufgefordert, Luftblasen mit politischen Inhalten in den Raum zu setzen, die Sie dann nicht konsequent angehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage daher ganz deutlich: Die Ankündigung an diesem Tag ist wohl dem 1. April geschuldet. Aber wir lassen uns von Ihnen eben nicht in den 1. April schicken. Diese Themen sind viel zu wichtig, um Spielchen zu treiben.

(Clemens Reif (CDU): Das würde niemand machen, der Humor hat!)

Meine Damen und Herren, trotz der dreitägigen Anhörung zur Energiepolitik im letzten Jahr sind Sie doch immer noch der Überzeugung, dass man die Atomenergie im Lande Hessen braucht. Die risikoreichen Atomkraft-

werksblöcke Biblis A und B sollen weiter am Netz bleiben. Sie setzen auf den Neubau von E.ON in Großkrotzenburg, das ist Block 6 mit 1.100 MW, also ein Giga-Kohlekraftwerksblock, der enorm zur CO<sub>2</sub>-Belastung beitragen wird.

(Axel Wintermeyer (CDU): Der produziert viel weniger pro Kilowattstunde als die alten!)

Das macht für uns ganz deutlich: Sie sind den Herausforderungen dieser Zeit in keiner Weise gewachsen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun haben Sie eine neue Umweltministerin, Frau Lautenschläger. Aber wer glaubt, neue Besen kehren gut, der sieht sich durch die Ankündigungen der neuen Umweltministerin Frau Lautenschläger massiv enttäuscht.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie wollen die Ministerin doch nicht mit einem Besen vergleichen!)

Vor Kurzem konnten Sie lesen, Frau Lautenschläger setzt auch auf den Weiterbetrieb dieses alten, hoch riskanten Atomkraftwerks in Biblis. Sie will die dadurch entstehenden Gewinne in einen Fonds geben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sehr gut!)

Sie unterstützt den Weiterbetrieb dieser beiden Blöcke, und sie glaubt wirklich, dass die Energiewirtschaft auf ihren Vorschlag eingehen wird. Sehen wir uns doch einmal an, was die Energiewirtschaft bisher getan hat: Steuerfreie Rückstellungen – man hat die Preise erhöht. Hat man irgendwann in den letzten Jahren erkennen können, dass die Energiewirtschaft bereit war, das auch bei den Verbrauchern ankommen zu lassen, z. B. über die Senkung der Preise? Meine Damen und Herren, wir nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade der Fall Asse zeigt deutlich, wie die Energiewirtschaft in diesem Bereich denkt. Da werden atomare Abfälle erzeugt, aber die Allgemeinheit soll die Kosten für die Sicherung von Asse tragen, obwohl man ganz genau weiß, dass 74 % der atomaren Abfälle direkt oder indirekt mit dem Betrieb von Atomkraftwerken zusammenhängen. Aber die Unternehmen wollen nicht finanzieren, sie wollen die Gelder nicht in diese Bereiche lenken.

Frau Lautenschläger, ich sage ganz deutlich, damit reden Sie der Atomlobby das Wort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie machen das Geschäft der großen Atomkonzerne. Wenn die Atomwirtschaft wirklich das Wohl der Bevölkerung im Auge gehabt hätte, jedenfalls von der finanziellen Seite her, dann hätte sie vor Jahren schon viel dazu beitragen können. Das hat sie aber niemals getan, und das wird sie auch künftig nicht tun. Denn die wollen ihre alten Schrottmühlen weiterlaufen lassen. Der Antrag von RWE zeigt das doch ganz deutlich. Man versucht, entgegen einer Vereinbarung, die von den großen Stromversorgungsunternehmen unterschrieben wurde, und gegen den Atomausstiegsvertrag eine Übertragung von Reststrommengen auf den abgeschriebenen alten Reaktorblock Biblis A vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, nennt man das redlich? Ich sage Ihnen: Das ist unredlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin froh darüber, dass nach dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof nun auch das Bundesverwaltungsgericht RWE ganz klar die rote Karte gezeigt hat. Es hat gesagt, eine Strommengenübertragung auf diesen Reaktorblock ist laut Gesetz nicht machbar. – RWE hat es trotzdem versucht. RWE hat versucht, diese Strommengen zu übertragen, um dieses riskante Kraftwerk weiter am Netz zu halten.

(Heinrich Heidel (FDP): Warum schaltet Herr Gabriel das nicht ab, wenn es so riskant ist?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind gegen die Atomkraft. Das ist nichts Neues. Wir wissen aufgrund der vielen Vorfälle, die weltweit zu verzeichnen sind – ich erinnere an Harrisburg, das ist jetzt immerhin der 30. Jahrestag; ich erinnere an Tschernobyl 1986 –, dass wir gigantische Probleme haben. Diese Ministerin will offensichtlich nicht erkennen, dass der Mensch immer ein Risikofaktor in dieser Hochrisikotechnologie bleiben wird. Er ist ein Faktor, den man niemals ausschließen kann, und daher ist in jedem Kraftwerk immer die Gefahr eines Super-GAU vorhanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zu dem, was Sie ebenfalls favorisieren. Darauf möchte ich näher eingehen: den Zubau von Kohlekraftwerksblöcken und hier explizit das Kraftwerk, das von E.ON am Standort Großkrotzenburg mit 1.100 MW geplant wird, also ein Giga-Kohlekraftwerk in dieser Region mit unglaublich hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen und weiteren Emissionen, die zur Feinstaubbelastung der angrenzenden Kommunen beitragen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Aber pro Kilowattstunde viel weniger als die alten Kraftwerke! – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE): Dennoch insgesamt mehr!)

Meine Damen und Herren, ich schaue mir Ihren Antrag an. Darin steht, Sie fordern „eine umfassende Kraft-Wärme-Kopplung bei allen Neubauvorhaben ... als wesentliche Genehmigungsvoraussetzung“. Damit meinen Sie natürlich auch Staudinger. Ich betone: „eine umfassende Kraft-Wärme-Kopplung“.

Meine Damen und Herren, Sie müssten eigentlich wissen, dass das nur erfolgen kann, wenn das ein wärmegeführtes Kraftwerk ist. Das ist aber nicht die Planung, die von E.ON für den Standort betrieben wird. Das ist die Sachlage, die Sie zu verdrängen versuchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

Damit versuchen Sie, der Öffentlichkeit etwas zu suggerieren, was in der Realität niemals umzusetzen sein wird.

Sie wissen, momentan findet die Anhörung zum Raumordnungsverfahren statt. Dort hat E.ON zugegeben, dass der von ihr immer wieder kommunizierte Wirkungsgrad von 57 %, den sie erreichen will, nicht erreichbar sein wird. Realistischerweise wird man bei 45 % liegen. Und warum? Es wurde das erste Mal von E.ON zugegeben, dass die Fernwärmeschiene im Rhein-Main-Gebiet schon gesättigt sei.

Meine Damen und Herren, so viel zur Klarheit und zur Information von E.ON. Es wird etwas suggeriert, was in der Realität niemals eintreten wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Das können Sie für die Zukunft nicht behaupten!)

Ich möchte Ihnen das an einem sehr verständlichen Beispiel deutlich machen. Sie kaufen einen Laib Brot, und bevor Sie ihn essen, schneiden Sie ihn in der Mitte durch und werfen eine Hälfte in den Müll. Das ist Ihr Verständnis von Effizienz, wenn Sie dieses Kraftwerk unterstützen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Nein, wir tun das Brot in die Kühltruhe, um es wieder aufzutauen!)

Aber das ist nicht das unsrige.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werfen Ihnen vor, dass Sie noch immer nicht im Jetzt angekommen sind. Sie hängen in der Energie- und Klimapolitik alten Rezepten nach. Das sind Rezepte, die klima- und energiepolitisch nicht zu verdauen sind. Unter „im Jetzt angekommen“ verstehen wir auch etwas anderes. Da darf es nicht heißen, weitere Konzepte in Auftrag zu geben. Dabei muss ich zugestehen: Sie haben noch gar keine eigenen Konzepte dazu.

Im Jetzt angekommen zu sein heißt zu handeln; denn Konzepte gibt es im Grunde genug. Es gilt jetzt zu handeln, um der Klimakatastrophe entgegenzuwirken und um eine sichere Energieversorgung auch in Hessen – das wollen wir auch – zu haben.

Meine Damen und Herren, das bedeutet, man muss die Bereiche politisch stärken, die dies garantieren können. Das sind nun einmal die erneuerbaren Energien, das ist die Energieeffizienz, und das ist die Energieeinsparung. Dazu gehört auch der Verkehr. Hier werfe ich Ihnen vor, dass Sie mit Ihrem Antrag den Verkehr außen vor gelassen haben, obwohl gerade der Verkehr ein Drittel aller Kohlendioxidemissionen verursacht. Ich sage Ihnen, Sie gehen halbherzig an dieses Thema heran.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man ein Konzept erstellt, dann müssen alle Facetten mit hinein. Das ist der Anspruch, den wir an eine Landesregierung haben. Ihr Beharren auf Atomenergie und auf dem Neubau von Giga-Kohlekraftwerksblöcken wie Staudinger ist falsch; denn sie passen nicht in die neue Politik der erneuerbaren Energien. Atomkraftwerke und auch Giga-Kohlekraftwerke haben keinen Dimmer. Sie können nicht schnell zurückreguliert werden, wenn z. B. das Windangebot zunimmt.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Hammann, gestatten Sie eine Zwischenfrage? Herr Kollege Wiegel möchte Ihnen eine Frage stellen.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielleicht am Ende, Herr Kollege. Denn ich glaube, dass ich sonst mit der Zeit nicht hinkomme.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

„Vielleicht am Ende“ ist gut. Wir sind am Ende. Das war das Angebot, dass noch etwas laufen könnte. Der Kollege Wiegel hat sich bereit erklärt, mitzumachen.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Dann machen wir erst einmal die Zwischenfrage, dann sehen wir weiter.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Wiegel, bitte am Ende. Ich fasse mich jetzt ganz kurz.

(Heiterkeit)

Herr Präsident, ich möchte noch einen Satz zu Bundesumweltminister Gabriel sagen: Eine größere Verzögerung als die, die er an den Tag gelegt hat, indem er auf Kohlekraftwerksblöcke in Mainz und in Mannheim gesetzt hat, ist uns noch nicht untergekommen. Ich sage Ihnen, wir teilen diese Haltung von Herrn Gabriel ausdrücklich nicht. Es gibt aktuelle Studien aus seinem Ministerium, die belegen, dass die Klimaziele nur ohne den weiteren Neubau von Kohlekraftwerken zu erreichen sind.

Herr Präsident, bitte noch ein Zitat. In der Leitstudie 2008 des BMU heißt es wörtlich:

Dabei

– gemeint ist der Zubau von neuer Kraftwerksleistung in den nächsten Jahren –

sollten 9 GW in Kohlekraftwerken nicht überschritten werden, die übrigen 20 GW sind mit Erdgas zu betreiben, wenn die im Leitszenario 2008 ermittelte CO<sub>2</sub>-Reduktion von 36 % nicht gefährdet werden soll.

Meine Damen und Herren, diese 9 GW sind längst in Bau, und deshalb brauchen wir keine neuen Kohlekraftwerke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, das war ein langes Zitat. Ich habe es nicht verstanden, aber es ist sehr lang. – Jetzt lassen wir den Kollegen Wiegel noch sprechen, dann kommen wir bitte zum Abschluss.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, ich würde gerne mit Herrn Wiegel – –)

– Nein, Sie dürfen jetzt nicht. Gestehen Sie Herrn Kollegen Wiegel die Schlussfrage zu?

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte!)

#### **Kurt Wiegel (CDU):**

Frau Kollegin, eine Frage. Gilt dasselbe, was Sie für Staudinger sagen, auch für Hamburg-Moorburg? Oder gilt das dort nicht?

(Zuruf von der SPD: Sind Sie auch für Hamburg zuständig?)

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege, das ist unteilbar. Das gilt für alle. Wir brauchen diese Kohlekraftwerksblöcke nicht, und ich sage Ihnen, gerade die Energie- und Klimaschutzpolitik der CDU ist und bleibt ein Aprilscherz. Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man darüber lachen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Hammann. Wir waren sehr nachsichtig. – Ich erteile nun dem Kollegen René Rock von der FDP-Fraktion das Wort.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt müssen wir bei seiner Redezeit kürzen, was Frau Hammann zu lange geredet hat!)

**René Rock (FDP):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Energiepolitik trifft nicht nur den Nerv der Gesellschaft, sondern auch, wie immer hier, den Nerv des Hauses. Das sieht man an den zahlreichen Anträgen, die heute vorliegen.

Nach meiner Ansicht gibt es kaum ein Thema, das weniger geeignet ist als die Energiepolitik, ideologisch motivierte Debatten und Entscheidungen herbeizuführen.

(Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn Sie, Frau Kollegin Hammann, Äußerungen aus der Anhörung zu Staudinger hier ins Feld führen, kann ich nur sagen: Zufällig war ich bei der Debatte über das Thema Fernwärme anwesend, und ich habe das anders wahrgenommen. Wir werden im Protokoll nachlesen können, wie die Äußerung genau lautete. Ich habe in der Debatte allerdings auch wahrgenommen, dass die Studie über BHKWs, die von der Bürgerinitiative vorgelegt wurde, von den Fachleuten sehr kritisch gesehen worden ist, weil man nämlich in der Studie zu BHKWs die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung außen vor gelassen hat und nur deshalb auf so hohe Potenziale gekommen ist.

Mit Sicherheit ist die Frage der Fernwärmeauskoppelung kritisch zu betrachten. Staudinger ist ein stromgeführtes Kraftwerk. Natürlich werden die Wirkungsgrade wärmegeführter Kraftwerke von einem stromgeführten Kraftwerk nicht erreicht. Da haben Sie absolut recht. Aber das ist bei dem geplanten Kraftwerksblock nicht das Ziel, sondern es geht um eine Optimierung des Wirkungsgrades durch die Auskoppelung von mehr Wärme.

Wer sich – das als Einschub zu diesem Thema – mit der Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte auseinandergesetzt hat, erkennt schnell, dass die Verfügbarkeit von Energie entscheidend für die Wohlfahrt und den Wohlstand einer Gesellschaft ist. Was bedeutet Verfügbarkeit von Energie? Verfügbarkeit bedeutet, jederzeit Zugang zu Energie zu haben. Dies heißt natürlich auch, jederzeit Zugang zu bezahlbarer Energie zu haben. Deshalb sollten Sie einmal genau überlegen, welche Folgen das für Ihre Politik hat. Natürlich muss der Nachhaltigkeit Rechnung getragen werden. Das ist auch in dem Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der FDP deutlich nachlesbar hinterlegt. Der Einstieg in regenerative Energien muss verstärkt betrieben werden. Dazu hat auch die zuständige Ministerin schon Ausführungen in der Öffentlichkeit gemacht. Damit ist wohl jedem klar, dass es sich hier nicht nur um eine technische, sondern auch um eine wichtige gesellschafts- und sozialpolitische Frage handelt.

(Beifall bei der FDP)

An der Energiepolitik entscheidet sich auch eine Zukunftsfrage der Gesellschaft. Zumindest darin sind wir

uns sicher einig. Bei einem für jede Gesellschaft lebenswichtigen Thema ist nach meiner Ansicht kein Platz für Experimente, sondern da gilt immer Sicherheit vor Risiko.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Bitte behalten Sie diese Aussage im Hinterkopf. Ich komme später noch einmal darauf zurück.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen macht einen verlässlichen Kurs in der Energiepolitik deutlich. Er macht deutlich, dass wir in diesen verlässlichen Kurs mit einem Energiemix gehen wollen, bei dem die generativen Energien eine immer wichtigere Rolle spielen werden. Damit wir eine preiswerte und umweltverträgliche Versorgungssicherheit garantieren können, sind wir auf alle Energieträger angewiesen, in einer Übergangszeit also auch auf die Kernenergie. Bei der Kernenergie muss und wird immer die Sicherheit das Maß aller Dinge sein – um das hier noch einmal geradezurücken.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich werden wir den weiteren Ausbau der regenerativen Energien vorantreiben, damit ihr Anteil kontinuierlich steigt. Ob es uns allerdings bis zum Jahr 2020 gelingt, 20 % des Energieverbrauchs aus regenerativen Energien zu decken, da bin ich mir nicht wirklich sicher.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für diese Skepsis gibt es aus meiner Sicht Gründe. Die Einsparungs- und Effizienzpotenziale sind womöglich nicht in dem Maße zu heben, wie wir das erwarten, und wir können das künftige Konsumverhalten nicht vorhersehen. Auch die technische Entwicklung ist fraglich, also z. B. die Frage, ob ein marktfähiges Elektroauto irgendwann tatsächlich Realität wird. All das sind Entwicklungen, die können wir nicht vorhersehen. Auch die Frage der Akzeptanz regenerativer Energien spielt hier eine wichtige Rolle. Ich stelle z. B. immer wieder fest, auf wie viel Widerstand die Windkraft vor Ort trifft. Das können Sie nicht bestreiten.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Momentan gilt für die Genehmigung von Windkraftanlagen § 35 Baugesetzbuch. Sie können theoretisch überall in Hessen Windkraftanlagen errichten. Ich vermisse aber 6.000 Anträge auf Bau von Windkraftanlagen. Ich sehe sie nicht, ich kann nicht feststellen, dass es sie gibt. Mir wird davon nicht berichtet.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist uns allen klar, dass ohne eine ausreichende Einbindung der Windkraft das angestrebte Ziel, zumindest zurzeit, nicht erreicht werden kann.

(Beifall des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Wir nehmen die Interessen der Menschen und der Umwelt ernst. Allerdings gewichten wir die Punkte Versorgungssicherheit, kostengünstige Energie und Umweltverträglichkeit gleich. Das unterscheidet uns ganz besonders von den GRÜNEN. Für Sie stehen alle Entscheidungen unter dem Diktat der Umweltfragen, der CO<sub>2</sub>-Bilanz. Sie hören und sehen nur das, was in Ihr Weltbild passt. Wir wollen eine Interessenabwägung. Sie wollen einen der drei abzuwägenden Faktoren über alles andere stellen. Kommen Sie von diesem ideologisierten Weg in der Energiepolitik endlich ab.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Energieversorgung eines Landes ist eine Überlebensfrage. Ich habe das am Beginn meiner Rede angeführt. Sie wollen in dieser existenziellen Frage unserer Gesellschaft eine Lösung rein unter Umweltgesichtspunkten diktieren. Das ist nicht in unserem Sinne. Passen Sie auf, dass Sie auf diesem Wege nicht endgültig in die Ökodiktatur abgleiten.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Das Wort hat Frau Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Interesse der CDU-Fraktion an dieser „Überlebensfrage“, wie sie Herr Rock genannt hat, scheint ja immens zu sein, wenn ich mir anschau, wie sich Ihre Reihen bei diesem Tagesordnungspunkt gelichtet haben.

(Wolfgang Greilich (FDP): Das ist das fehlende Interesse an Ihnen!)

– Wir können ja durchzählen, aber ich kann Ihnen sagen, von hier vorne sieht es nach relativ wenigen Abgeordneten aus.

Der Antrag von CDU und FDP könnte auch überschrieben sein mit den Worten: zu wenig und zu spät. – Die Landesregierung kündigt jetzt an, ein Konzept zu erarbeiten, wie in den nächsten zehn Jahren 20 % des Energiemix aus erneuerbaren Energien gedeckt werden können.

Wir brauchen aber keine neuen Studien und keine neuen Konzepte, sondern wir brauchen endlich Aktionen. Gute Konzepte liegen seit Langem vor. Wir haben im letzten Jahr eine dreitägige Anhörung durchgeführt. Die Probleme, über die wir hier reden, sind nicht neu. Sie werden in manchen Kreisen – bei Ihnen noch nicht – schon seit Jahrzehnten diskutiert.

Dem Wachstum auf der Grundlage fossiler Brennstoffe sind Grenzen gesetzt. Wir haben nicht ewig Zeit, denn das Klima verändert sich schon jetzt dramatisch. Die Gesundheit der Menschen in den Industriestaaten leidet unter der hohen Belastung der Luft mit Schadstoffen. Die Menschen in anderen Teilen der Welt leiden schon jetzt unter Umweltkatastrophen infolge einer völlig unverantwortlichen Energie- und Verkehrspolitik.

Die Aufgabe, die Energieversorgung, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, „in ausreichender Menge, umweltverträglich ... und preiswert“ zu sichern, hätte längst angegangen werden können. Ich fürchte, nachdem die Landesregierung das Thema in der Vergangenheit hat schleifen lassen oder, besser gesagt, die Energiewende blockiert hat, dass auch die jetzige Ankündigung am Ende wieder eine Ankündigung bleibt. Der klägliche Anteil von 5 % erneuerbaren Energien am Energiemix in Hessen spricht Bände.

Frau Lautenschläger, wo immer sich die Gelegenheit bietet, präsentieren Sie sich als Verteidigerin der Atom- und Kohlelobby. Wir wollen kein Comeback der Atomenergie. Dass die Atomenergie keine Antwort auf die drängenden

Fragen der Energieversorgung bietet, wissen die meisten Menschen seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Dieser Unfall hat bis heute 70.000 Menschen das Leben gekostet und weite Teile Europas radioaktiv verseucht. Kleine Unfälle, bei denen Radioaktivität freigesetzt wird, ereignen sich in den 440 Kernkraftwerken, die weltweit am Netz sind, praktisch am laufenden Bande. Es ist auch unverantwortlich, sich auf irgendwelche geringen statistischen Wahrscheinlichkeiten zu verlassen; denn sollte es in einem deutschen Atomkraftwerk einmal ernsthaft knallen, dann wären die Folgen von niemandem zu verantworten oder zu reparieren.

In der Frage der Abwehr terroristischer Gefahren argumentieren gerade die Innenpolitiker der CDU-Fraktion sehr viel gefahrenbewusster als in der Frage atomarer Katastrophen, die weit mehr Menschen treffen und schädigen können als jeder Terroranschlag.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Ihnen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, das Ihnen ja sonst so sehr am Herzen zu liegen scheint, wirklich wichtig ist, dann sollten Sie sich für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kernenergie ist trotz der Werbekampagne der Kraftwerksbetreiber keine saubere Energiequelle, nicht nur aufgrund des ungelösten Problems der Endlagerung. Wo dieser Abfall hin soll, wo er sicher zu lagern ist, darauf gibt es nach wie vor keine Antwort.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sie behaupten, die Kernenergie sei klimafreundlich, da die Kernkraftwerke direkt kaum CO<sub>2</sub> ausstoßen. Das ist so falsch wie die Annahme, der Strom komme einfach aus der Wand. In die Berechnung gehören nämlich auch der Ressourcenverbrauch beim Bau und Erhalt der Werke sowie die für den Abbau und die Anreicherung von Uran erforderlichen Energieaufwendungen.

Wenn man die gesamte Produktionskette betrachtet, stellt man fest, dass die Kernenergie bei Weitem keine saubere Technik ist – nicht im Hinblick auf die Luftbelastung und schon gar nicht im Hinblick auf die atomaren Abfälle, die sie produziert. Nur in den Kreisen der Atomlobby schweigt man sich über diese offenkundige Tatsache aus.

Die Kernkraftwerksbetreiber verdienen jährlich 300 Millionen € an jedem abgeschriebenen Kraftwerk, d. h. besonders an den alten und unsicheren Kraftwerken, deren Laufzeiten sie deshalb gern verlängern wollen.

Im Verhältnis zu diesen 300 Millionen € sind die 150.000 €, die E.ON Jahr für Jahr CDU und FDP spendet, ziemlich wenig. Eine so konsequente Interessenvertretung sollte dem Unternehmen eigentlich viel mehr wert sein, wie ich feststellen muss, wenn ich mir die Politik Ihrer Landesregierung anschau.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Fall von Biblis A hat all das nichts genützt. Das Bundesverwaltungsgericht hat gegen die Atomlobby entschieden, und das begrüßen wir ausdrücklich.

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist und bleibt richtig. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Bei der Kohle ist es ein bisschen leichter erkennbar, wer den Dreck in die Umgebung bläst und die Anwohner mit Ruß und Kohlenstoffdioxid belastet. Mit dem Bau von

Block 6 des Kraftwerks Staudingers wird sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß dieser Anlage fast verdoppeln. Da hilft es auch nicht, wenn der Bundesumweltminister Gabriel behauptet, dass der Neubau von Kraftwerken keine Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bewirke.

Wenn wir heute im Landtag mit Ihrer Mehrheit über diese realitätsfernen Plattitüden abstimmen, haben die Menschen in der Umgebung von Staudinger trotzdem das Problem, dass Staudinger nun pro Jahr statt 5 Millionen t CO<sub>2</sub> pro Jahr 9 Millionen t CO<sub>2</sub> ausstoßen wird. Das können Sie gern anders entscheiden und anders beschließen. Ich glaube aber, dass sich die chemischen Reaktionen bei Verbrennungen wenig von Landtagsbeschlüssen und auch wenig von Aussagen des Bundesumweltministers beeindrucken lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb wird die LINKE auch weiterhin die Bürgerinitiative „Stopp Staudinger“ unterstützen. In Berlin hat Vattenfall die Pläne fallen gelassen, ein neues Kohlekraftwerk zu bauen. Das macht deutlich, dass öffentlicher Druck Wirkung zeigen kann, wenn er denn stark genug ist.

Der geplante Neubau konterkariert die von der Landesregierung verkündete Umorientierung zur Nachhaltigkeit und zu einer modernen, die Ressourcen schonenden Energiepolitik. Angesichts der dramatischen Entwicklung des weltweiten Klimas ist eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien notwendig. Stattdessen zementieren Sie für Jahrzehnte eine klimafeindliche und veraltete Technik.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist unaufrichtig, zu behaupten, dass ein vollständiger Umstieg technisch nicht zu machen sei. Machbarkeitsstudien hierzu liegen von verschiedenen Instituten und Wissenschaftlern vor. Das Schreckensszenario, wonach in Hessen und sogar in ganz Deutschland die Lichter ausgehen könnten, ist eine reine Marketingpropaganda der vier großen Energiekonzerne, die von Atom und Kohle reichlich profitieren.

(Lachen bei der CDU)

In den letzten Jahren stiegen die Strompreise in Höhen, die sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung für volkswirtschaftlich bedenklich halten. Der Hintergrund dafür waren Spekulationen an den Rohstoffmärkten. Eine staatliche Regulierung ist notwendig. Die Liberalisierung des Strommarktes hat bisher nur dazu geführt, dass sich die Energiekonzerne noch schamloser bereichern konnten als zuvor.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Die Energiemonopolisten gehören durch die Öffentlichkeit kontrolliert, sowohl im Hinblick auf die Preisbildung als auch im Hinblick auf den Ausbau ihrer Infrastruktur. Die Energieversorgung ist ein Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und gehört deshalb in die öffentliche Hand.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Monopole sind natürlich daran interessiert, dass sich der falsche Eindruck verbreitet, es gebe keine Alternative zu ihren Anlagen. Es gibt aber, wie meistens im Leben, auch hier sehr wohl Alternativen. Die optimistischen Schätzungen gehen davon aus, dass man in den nächsten Jahren durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und

den Ausbau erneuerbarer Energien bis zu 100 % des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen kann.

(Lachen bei der CDU)

Dass sich die Landesregierung trotzdem nur einen Anteil von 20 % zum Ziel setzt, zeugt von absoluter Verantwortungslosigkeit.

(Zurufe von der CDU)

Indem Sie an Atom und Kohle festhalten, putzen Sie das Messing auf der Titanic. Der Eisberg naht, und Sie sind nicht in der Lage, das Ruder herumzureißen. Dummerweise sitzen Sie aber nicht alleine im Boot.

(Beifall bei der LINKE – Zurufe von der CDU)

Bundesweit liegt der Anteil erneuerbarer Energien bei mehr als 13 %: doppelt so hoch wie in Hessen.

Hier finden sich Potenziale gerade auch im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums waren 2007 in der herkömmlichen Stromwirtschaft noch 121.500 Menschen beschäftigt. Seit dem Beginn der Strommarktliberalisierung im Jahr 1998 sind es 40.000 Arbeitsplätze weniger. Ich sage das einmal für die CDU: Das entspricht in der Größenordnung der Zahl der Arbeitsplätze, die durch den Flughafenausbau entstehen sollen, jedenfalls nach den Zahlen, von denen Sie dort ausgehen.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Bis zum Jahr 2020 werden hier voraussichtlich weitere 45.000 Stellen abgebaut werden – noch einmal ein Flughafenausbau –, während die Branche der erneuerbaren Energien mittlerweile 250.000 Menschen beschäftigt. Allein in den letzten vier Jahren sind hier knapp 100.000 Arbeitsplätze hinzugekommen – zweimal Flughafenausbau –, und man rechnet damit, dass bis zum Jahr 2020 500.000 Menschen in dieser Branche Beschäftigung finden werden.

Ich komme zum Schluss. Strom aus Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Erdwärme steht für bezahlbare Energien und wirksamen Klimaschutz. Er birgt nicht das Risiko eines katastrophalen Unfalls. Er sichert die Stromversorgung der Zukunft.

Ich sage: In Zeiten weltweit knapper werdender Rohstoffe und einer zunehmenden Zahl militärischer Konflikte ist das auch eine Investition in den Frieden.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Wissler, Sie haben selbst gesehen, dass die Redezeit abgelaufen ist. Ich dachte, es sei vorauseilender Gehorsam. Kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Zehn Jahre lang hat die Koch-Regierung die Energiewende blockiert. Weitere fünf vergeudete Jahre mit Ihrem Kampf gegen jedes einzelne Windrad – oder „Windkraftmonster“, wie Sie es nennen – können wir uns nicht leisten.

Ich denke, wir müssen die Energiewende jetzt einleiten. Deswegen hilft es wenig, Anträge zu schreiben, deren Adressat Sie selbst sind. Vielmehr müssen Sie etwas ma-

chen, und Sie als Mitglieder der Landesregierung sind eigentlich diejenigen, die etwas tun sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Auf der Besuchertribüne begrüße ich ganz herzlich die ehemalige Wissenschaftsministerin und vor allem auch ehemalige Vizepräsidentin des Landtags, Ruth Wagner. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Nächster Redner ist Herr Kollege Sürmann für die FDP-Fraktion.

**Frank Sürmann (FDP):**

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Wissler, als Sie gesagt haben, der Strom komme nicht aus der Wand, haben Sie wahrscheinlich gemeint, er komme nicht aus der Steckdose. So einfach ist das. Das entspricht ungefähr der Qualität Ihres Redebeitrags, den Sie hier gerade abgeliefert haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Die Steckdose ist in der Wand! Sonst können Sie nichts dazu sagen?)

Frau Kollegin Wissler, Herr Kollege Görig und – stark eingeschränkt – auch Frau Kollegin Hammann, Sie haben unisono gesagt, das, was die Energiekonzerne zugesagt hätten, sei gelogen, nämlich dass sie aus ihren Gewinnen Millionen von Euro in die Forschung investieren wollten. All das sei gelogen. Man könne sich darauf verlassen, dass diese Zusage nicht wahr sei. Herr Schmitt hat zwischen durch zugerufen, dass all das gelogen sei. Sie stellen diese Menschen, egal ob sie in der Leitungsebene sitzen oder sonst wo in diesen Konzernen arbeiten, in eine kriminelle Ecke, indem Sie sie verleumdern. Das ist eine Unverschämtheit, und es ist dieses Hauses nicht würdig, so mit diesen Menschen umzugehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf von der CDU: Das ist eine Unverschämtheit und eine Frechheit!)

Frau Hammann, Sie haben noch einmal erwähnt, Sie seien froh, dass das Gericht dahin gehend entschieden hat, dass es mit der Strommengenübertragung nicht klappt. Bedenken Sie, die RWE hat ein weiteres Verfahren laufen, in dem es darum geht, Strommengen aus dem Emsland nach Biblis A zu übertragen. Schauen wir einmal, wie es ausgeht. Sie sollten abwarten, bevor Sie zu jubeln anfangen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das geschieht zu einer Zeit, in der Ihr Altbundeskanzler Helmut Schmidt lautstark verkündet – jetzt noch einmal zur SPD –, wer glaube, zu diesem Zeitpunkt aus der Atomenergie aussteigen zu können, sei ein Traumtänzer.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Er ist auch ein Traumtänzer, was die Klimaschutzziele betrifft, die wir uns mit Ihrer großen Unterstützung gesetzt haben. Die werden so nicht erreichbar sein. Frau Hammann, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir hier ein Energiekonzept fordern, bei dem wir die regenerativen

Energien tatsächlich ausbauen wollen. Wir wollen deren Anteil erhöhen.

In Ihrem Entschließungsantrag beklagen Sie sich, dass kein konkretes Konzept vorgelegt wird. Jetzt haben wir eines gemacht. Das war dann auch schon wieder falsch. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir das ganz ernst meinen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich komme jetzt auf Ihre atomenergiepolitischen Ansichten zu sprechen. In Ihrem Entschließungsantrag werfen Sie die Frage auf: Was machen wir mit dem Abfall? Das fragen die LINKEN genauso wie die SPD. Das ist alles ganz schlimm.

Daran sollte man forschen. Sie haben zu Recht auf die Anhörung im Landtag hingewiesen. In diesem Landtag sprach ein Herr Prof. Müller. Der hat Ihnen einen Weg gezeigt, wie man das entsorgen kann. Er hat aufgezeigt, wie man die Kernbrennstäbe in der Lagerung durch Transmutation so weit herunterbringen kann, dass man das hinbekommt.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf von der LINKEN: Traumtänzer!)

– Ja, er war hier im Landtag. Er hat das hier gesagt. Sie glauben doch, dass, wenn man aus der Nutzung der Atomenergie aussteigen will – –

(Zurufe)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Sürmann hat das Wort. Ich darf Sie bitten, sich auf Ihren Plätzen ein bisschen ruhiger zu verhalten. – Herzlichen Dank.

**Frank Sürmann (FDP):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst wenn man aus der Nutzung der Atomenergie aussteigen will, hat man die Verantwortung, diesen Abfall noch zu beseitigen. Dahinein müssen wir die Forschungsgelder stecken. Dabei kann uns die Verlängerung der Laufzeiten helfen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und des Abg. Frank Lortz (CDU) – Lachen und demonstrativer Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Sürmann, vielen Dank. – Für die Landesregierung erhält nun Frau Umweltministerin Silke Lautenschläger das Wort.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihnen auch peinlich!)

**Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verfügbarkeit von Energie ist eine existenzielle Frage – ich glaube, das wird auch dadurch deutlich, dass sich der Landtag in der letzten Legislaturperiode sehr in-



tensiv mit diesem Thema beschäftigt hat –, genauso wie es die Verfügbarkeit von Wasser und Nahrung ist. Angesichts einer ständig steigenden Weltbevölkerung handelt es sich um eine Grundsatzfrage.

Ich glaube, es ist durchaus ein sehr ernsthaftes Thema, mit dem wir uns hier gemeinsam beschäftigen sollten. Dabei geht es um die Frage: Wie können wir auch in Zukunft die Verfügbarkeit der Energien sicherstellen?

Gleich zu Beginn meiner Rede will ich Folgendes sagen: Ich lade Sie sehr herzlich dazu ein, an dem Konzept, das die beiden Koalitionsfraktionen in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, mitzuarbeiten, das zum Ziel hat, bis zum Jahr 2020 einen Anteil erneuerbarer Energien von 20 % zu erreichen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die FDP glaubt das aber schon nicht mehr!)

Ich glaube, es stünde diesem Haus gut an, wenn wir gemeinsam nach vorne schauen würden und eine moderne, aber auch eine nachhaltige Energiepolitik für unsere Zukunft betreiben würden.

Wir sind uns einig, dass wir in Deutschland – sieht man einmal von Braun- und Steinkohlevorkommen ab – kaum Vorräte an sonstigen fossilen Energieträgern haben.

Wir wissen aber auch etwas anderes. Dabei geht es z. B. um die Frage, wie verfügbar Gas ist. Gerade im letzten Jahr haben wir da große Unsicherheiten erlebt. Da ging es um die Frage: Wie sicher ist eigentlich die Lieferung des Gases? Das heißt also, dass wir uns sehr ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen müssen: Wie können wir eine nachhaltige Energiepolitik für die nächsten Jahre sicherstellen, bei der ganz klar der Anteil der erneuerbaren Energien steigt?

Ich sage auch ganz klar: Wir sind nicht zufrieden damit, dass wir in Hessen da bei ungefähr 5 % stehen. Deswegen haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir diesen Anteil deutlich erhöhen wollen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer regiert hier seit zehn Jahren?)

Herr Kollege Wagner, wir haben dabei ein sehr ehrgeiziges Ziel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie die letzten zehn Jahre gemacht?)

Sehr geehrter Herr Kollege Wagner, ich lade Sie sehr herzlich ein, dabei mitzumachen. Es geht um die Frage, wie wir das in Zukunft gemeinsam umsetzen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es uns allen guttun würde, wenn wir die Frage sehr ernst nehmen würden, wie wir den Energiemix der Zukunft sicherstellen wollen.

Denn es ist durchaus spannend, eine Debatte zu erleben, in der es um die Fragen geht: Wie gehen wir damit um? Wer hat hier welche zukunftsweisenden Konzepte? – Bei der SPD kann ich mir anschauen, was der Bundesumweltminister dazu so sagt.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der sogenannte!)

Wenn er weiterhin aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen will, dann ist ganz klar, dass er in Zukunft mehr Kohlekraftwerke braucht. Das wird von Herrn Gabriel nicht bestritten.

(Zuruf)

Liebe Frau Kollegin Hammann, ich will Ihnen durchaus sagen: Ich schätze Sie sehr. Sie sagen, Sie wollen keine neuen Kohlekraftwerke und keine Nutzung der Kernenergie. Sie haben aber nicht erläutert, wie Sie den Übergang schaffen wollen. Aber auch Sie wissen genau, dass wir übermorgen noch keine Nutzung erneuerbarer Energien zu 100 % haben werden. Das wird so nicht möglich sein.

Bei der Versorgung mit Erdgas wird es auch keine Sicherheit geben, wenn man nicht komplett von einem einzelnen Staat abhängig sein will. Es ist also sicherlich völlig unstrittig, dass wir für die Zukunft einen Energiemix brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrte Frau Wissler, ich sage auch ganz klar: Sie haben gesagt, der Strom komme aus der Steckdose. Da haben Sie es sich ein bisschen zu einfach gemacht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ich habe gesagt, dass das nicht so ist!)

– Nein. – Ich will schon sehr klar sagen: Wir setzen uns dafür ein, dass in Deutschland auch in Zukunft die Lichter nicht ausgehen. Wir wollen uns auch dafür einsetzen, dass die Leute nicht im Kalten sitzen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Dann sagen Sie einmal etwas zu den Energiepreisen!)

Denn wenn wir über die Energieversorgung sprechen, reden wir immer von beidem, von Strom- und Wärmeversorgung.

Sie wissen selbst um den Reinvestitionsbedarf bei den Kraftwerken. Wenn es bei dem von Ihnen gewünschten Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie bleiben würde, müsste es zu einem Zubau an Kraftwerken in einer Größenordnung von 40.000 MW kommen. Das heißt, es würde ein Investitionsbedarf von rund 50 Milliarden € vorliegen.

Sie haben heute nicht gesagt, wie Sie das Problem lösen wollen, wenn Sie die Kernenergie nicht als – das sage ich ausdrücklich – eine Übergangstechnologie nutzen wollen, um dabei gleichzeitig wirklich, und zwar massiv, in erneuerbare Energien zu investieren. Deswegen mache ich ganz klar den Vorschlag, dass wir, wenn es um die Möglichkeiten der Verlängerung geht, verpflichtend einen unabhängigen Fonds anlegen, in den rund 20 Milliarden € – wenn man das nur einmal grob berechnet – einzuzahlen sind, um ganz anders in die Nutzung erneuerbaren Energien investieren zu können.

Es ist durchaus spannend, dass einige von der Nutzung der Geothermie sprechen, wissen wir doch, dass die Forschung dazu leider längst noch nicht so weit ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Da könnte man etwas ändern!)

Da braucht man noch richtig viel Geld.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, das ist richtig!)

Deswegen wollen wir da auch einen Schwerpunkt setzen.

Auf der anderen Seite wissen auch Sie, dass ein Energiemix nicht so einfach zu machen ist. Das erkennt man allein schon, wenn man sich die Ziele anschaut. Ich möchte jetzt noch einmal auf den Herrn Kollegen Bundesumweltminister Gabriel verweisen. Im „Handelsblatt“ wird auf seine Ziele für das SPD-Wahlprogramm verwiesen. Die

SPD hatte immerhin einmal vorgesehen, dass man bis zum Jahr 2020 mit Windkraft offshore allein auf 10.000 MW kommen könne. Laut dem „Handelsblatt“ von vor wenigen Tagen ist dieses Ziel inzwischen schon wieder heruntergeschraubt worden. Da wird nicht mehr von 10.000 MW, sondern von 1.500 MW bis 2.000 MW bis zum Jahre 2013 gesprochen. Denn in den letzten Jahren sind all die Investitionen, die man sich erhofft hatte, dort überhaupt noch nicht angelaufen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woran liegt das?)

Das muss man einfach so deutlich sagen. Denn an vielen Stellen sind die Planung oder die Technik noch nicht so weit, oder die Kapazitäten sind noch nicht vorhanden. Deswegen gehört für mich ganz klar mit dazu, dass wir in Hessen ein eigenes Energiekonzept aufstellen, bei dem wir auf einen Energiemix setzen und unterschiedliche Möglichkeiten weiterhin nutzen.

Eines will ich sehr deutlich machen. Ich will noch einmal den Versuch starten, dass wir das durchaus gemeinsam machen, so wie das auch die Nachhaltigkeitskonferenz im letzten Jahr mit angestoßen hat. Aber auch aufgrund der Anhörung, die der Landtag hier durchgeführt hat, wird es möglich sein, ein Energiekonzept mit ganz konkreten Zielen zu erstellen.

Ich habe vor, erst einmal Menschen mit zu berufen, die mit uns gemeinsam die Erarbeitung des Energiekonzepts vergeben, damit dort zunächst einmal die Rahmenbedingungen klar herausgearbeitet werden, unter denen, und zwar ganz konkret, bis zum Jahr 2020 ein Anteil von 20 % an erneuerbaren Energien in Hessen erreicht werden kann. Sie wissen genau, dass es eine Herausforderung ist, sicherzustellen, dass auf der einen Seite die Energieeffizienz massiv erhöht wird und auf der anderen Seite die erneuerbaren Energien mit ihrem entsprechenden Anteil einfließen.

Die Funktion eines solchen Energiekonzepts ist dabei sehr vielschichtig. Zum einen skizziert es die zukünftige Energieversorgung, die auf verschiedenen Säulen aufbauen muss. Das heißt Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hammann?

(Ministerin Silke Lautenschläger: Ja!)

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, Sie laden zur Mitarbeit ein. Sind Sie denn in der Lage, unser Konzept zur Energiepolitik vorurteilsfrei in Ihre Überlegungen mit einzubauen?

#### **Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Kollegin Hammann, ich werde gleich skizzieren, wie ich mir ein Energiekonzept vorstelle. Daran werden Sie feststellen, dass es nicht irgendwo in einem stillen Kämmerlein geschrieben wird, sondern wir Experten einbeziehen wollen, um bis Ende des Jahres – so viel Zeit braucht es, wenn es vernünftig strukturiert ist – ein Konzept vor-

liegen zu haben, wie wir das in den nächsten Jahren umsetzen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Ministerin, gestatten Sie jetzt noch eine Zwischenfrage der Kollegin Schulz-Asche?

#### **Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Nein, ich möchte erst einmal kurz ausführen. Danach können Sie gerne noch einmal eine Frage stellen. Aber es macht vielleicht Sinn, dass ich Ihnen jetzt erst einmal sage, was sich die Koalitionsfraktionen vorstellen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Macht doch einmal eine Bürgersprechstunde!)

Ein Energiekonzept besteht aus verschiedenen Bausteinen. Das ist zum einen die Beschreibung der Istsituation im Energiesektor für das Bundesland Hessen. Dabei muss sowohl das Erzeuger- als auch das Energienutzerverhalten sehr differenziert dargestellt werden. Es muss dabei deutlich werden, welcher Energiebedarf und welches Energieangebot bestehen. Wir brauchen natürlich – das ist aus meiner Sicht in der Debatte viel zu kurz gekommen – auch die Trennung zwischen Strom- und Wärmesektor. Das ist von wesentlicher Bedeutung dafür, wie wir die Bevölkerung in Zukunft versorgen können.

Der zweite Punkt ist die Potenzialentwicklung aller erneuerbaren Energien. Wir haben in weiten Bereichen schon viele Grundlagen, die für die Potenzialermittlung von erneuerbaren Energien einbezogen werden können. Aber klar ist auch, neben der Potenzialermittlung ist es eine Grundlage für ganz konkrete Maßnahmenplanung.

Zum Dritten gehören dazu die Ermittlung und die Bewertung der bestehenden Energieversorgungsnetze. Darauf möchte ich schon einmal einen ganz besonderen Wert legen und mich ausdrücklich an Sie, Frau Hammann, wenden. Sie haben vorhin gesagt: weder Kohle noch Kernkraft. Es bleibt dann nur noch das Gas. Dort haben wir besonders hohe Abhängigkeiten – neben den erneuerbaren Energien.

Sie haben auch gesagt, bei den anderen Kraftwerken bestehe keine Regelungsmöglichkeit. Zum einen – das können wir heute in dieser Debatte nicht alles abhandeln – gibt es das Thema Klimaschutzziele. Wir sollten zumindest so redlich diskutieren, dass klar ist, wenn Staudinger kommt, wird natürlich ein Mehr an Klimaschutz erreicht, weil wir keine Glocke über Staudinger haben,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben nicht!)

sondern der Emissionshandel insgesamt dort mit zum Tragen kommt und damit für die Klimaschutzziele mehr erreicht wird.

(Beifall bei der FDP)

Zum Zweiten ist noch viel wichtiger: Wenn wir über erneuerbare Energien sprechen, dann wissen Sie, dass wir beim Thema Sonne und beim Thema Wind – in Anführungszeichen – bestimmte Peaks

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist jetzt das Neue?)

und bestimmte Zeiten haben, wann Wind weht bzw. Sonne scheint, und noch keine genügenden Speichermöglichkeiten bestehen. Wir brauchen die Möglichkeit, die Grundlast dauerhaft sicherzustellen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Ministerin, gestatten Sie mir ganz kurz den freundlichen Hinweis, dass die Redezeit für die Fraktionen, die vereinbart wurde, bereits abgelaufen ist.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und immer noch nichts gesagt! – Heiterkeit)

#### **Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Dabei muss natürlich Wert darauf gelegt werden, dass wir gerade mit Steinkohle die Möglichkeit haben, über regelbare Kraftwerke zu verfügen, die darauf reagieren können, erneuerbare Energien – je nachdem, wie der Stand ist, wenn viel Wind weht und viel Sonne scheint – entsprechend einzuspeisen. Ich würde Ihnen dringend raten, diese Netzdiskussion genauso mit zu führen. Die Energieversorgungsnetze wollen wir selbstverständlich mit bewerten lassen.

Wir werden auch die Gedanken über die Frage von Mobilität aufnehmen, denn klar ist: Wenn wir mehr Elektromobilität wollen, müssen wir auch diesen Bedarf an Stromversorgung schon in ein Energiekonzept 2020 – auch wenn wir den Verkehr nicht komplett hineinnehmen – mit bedenken.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie sehen, es ist eine ganze Reihe von Maßnahmen, die dabei anstehen. Es geht nicht, dass man einfach nur sagt, was man alles nicht will, sondern wir müssen klare Vereinbarungen treffen, wie wir nachhaltige Energiepolitik für die Zukunft machen wollen. Die Landesregierung wird das mit dem Konzept aufgreifen.

Sie wird dazu unabhängige Wissenschaftler berufen, die schon die Ausschreibung begleiten. Sie sind herzlich eingeladen, innerhalb der Nachhaltigkeitskonferenz, die dieses Thema aufgerufen hat, in die wir das Konzept einspeisen werden, daran teilzunehmen. Ich glaube, nur wenn wir alles gemeinsam aufnehmen, können wir sowohl aus den Grabenkämpfen herauskommen, als auch Klimaschutzziele erreichen und gleichzeitig eine sichere, umweltverträgliche und dauerhafte Versorgung der Bevölkerung erreichen.

Das ist unser Ziel. Dafür werden wir den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 % und damit spürbar steigern und gleichzeitig die Energieeffizienz erhöhen, um diese Ziele zu erreichen. Das ist ein sehr weitgehend angelegtes Projekt. Das ist durchaus auch sportlich zu sehen.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ja, ja!)

Wir nehmen diese Herausforderung an. Ich bin davon überzeugt, dass wir sie umsetzen können. Aber ich sehe auch, das geht nur mit Augenmaß und einem Energiemix, in dem man weder das eine noch das andere verteufeln darf, sondern alle Möglichkeiten ausschöpfen muss – auch eine Übergangstechnologie, die Kerntechnik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann überweisen wir, sofern Sie damit einverstanden sind, den Antrag der CDU und der FDP betreffend sichere, umweltverträgliche und preiswerte Energieversorgung für Hessen, Drucks. 18/259, mit dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend sichere, umweltverträgliche und preiswerte Energieversorgung für Hessen nur ohne Kohle und Atom, Drucks. 18/307, federführend an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

Zudem überweisen wir den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Umweltministerin Lautenschläger bereibt Geschäft der Atomlobby, Drucks. 18/223, sowie den Antrag der Fraktion der SPD betreffend Energieversorgung von morgen gestalten – Atomrisiko beenden, Drucks. 18/227, an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend kein Ausstieg aus dem Atomausstieg, Drucks. 18/209. Wer diesem Entschließungsantrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Gegenstimmen? – Das sind CDU und FDP. Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

#### **Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 14:**

##### **Mitteilung der Landesregierung betreffend Änderung der Zuständigkeit der einzelnen Ministerinnen und Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen – Drucks. 18/182 –**

Dieser ist nach der Tagesordnung gemeinsam aufzurufen mit **Tagesordnungspunkt 23:**

##### **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie, Gesundheit und Soziales – Drucks. 18/225 –**

Die hierfür vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Die erste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Schulz-Asche.

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

– Herr Kollege Grüttner möchte für die Landesregierung das Wort ergreifen. Frau Schulz-Asche, die Landesregierung hat selbstverständlich Vorrang. Herr Kollege Grüttner hat das Wort.

(Hugo Klein (Freigericht) (CDU): Schönheit vor Alter! – Zurufe)

#### **Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aufgerufen ist der Beschluss der Landesregierung nach Art. 104 und damit eine Vorlage der Landesregierung. Entsprechend den Usancen in den vergangenen Legislaturperioden ist es an dieser Stelle an mir,

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falsch!)

Sie um die Zustimmung zu dieser Vorlage zu bitten und dazu auch einige Erläuterungen zu geben.

Der Geschäftsbereich der Landesregierung, der insgesamt durch den Art. 104 gebildet worden ist, gliedert sich in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten mit einem Staatsminister mit der Aufgabe des Chefs der Staatskanzlei, in die Geschäftsbereiche des Ministers für Bundesangelegenheiten, des Ministers des Innern und für Sport, des Ministers der Finanzen, des Ministers der Justiz, für Integration und Europa, der Kultusministerin, der Ministerin für Wissenschaft und Kunst, des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Ministers für Arbeit, Familie und Gesundheit.

Auf einige Änderungen in den Zuständigkeiten gegenüber dem Beschluss nach Art. 104 der Hessischen Verfassung der vorvergangenen Legislaturperiode möchte ich an dieser Stelle hinweisen.

Bereits in der Regierungserklärung zum Beginn der 17. Legislaturperiode hat der Ministerpräsident die nachhaltige Entwicklung des Landes zur zentralen Aufgabe der Landesregierung erklärt. In der Bündelung der Energiepolitik in einer Hand sollen effizienter Umgang mit Energie einerseits und eine nachhaltige Energiegewinnung andererseits gefördert werden. Ein vernünftiger Energiemix, gesteuert in einem Ministerium, dient unserem Ziel, die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte als Querschnittsaufgabe in der Nachhaltigkeitsstrategie Hessens zu verzahnen. Deshalb wurde der Bereich Energie dem Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zugewiesen.

Dorf- und Regionalentwicklung, Dorferneuerung und Tourismus auf dem Lande sind im Wirtschaftsministerium konzentriert worden, um das gesamte Tourismusmanagement in einer einheitlichen und regional differenzierten Vermarktungsstrategie zu bündeln und dem ländlichen Raum in Hessen einen Ansprechpartner anzubieten.

Der Bereich Integration – ebenfalls eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe der Landesregierung, an der alle Gruppen mitwirken – ist neu im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa verortet, um von dort die Integrationspolitik mit ihren breiten Facetten in einer Hand zu gestalten. Zusätzlich sind in diesem Ministerium alle Angelegenheiten der Europapolitik konzentriert.

Bei weiteren Änderungen in dem Beschluss nach Art. 104 der Hessischen Verfassung handelt es sich um solche redaktioneller oder deklaratorischer Art. Hier wird um Ihre Zustimmung zur Organisation der Landesregierung, die nach unserer Auffassung in der vorgelegten Form effizient und vernünftig zum Wohl unserer Bürger arbeiten kann, gebeten.

An dieser Stelle will ich aber auch noch kurz auf den Antrag der GRÜNEN eingehen, der ebenfalls mit diesem Tagesordnungspunkt aufgerufen worden ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Debatte haben wir bereits im letzten Plenum geführt. Ich möchte an dieser Stelle schon nochmals die Wortwahl „Arbeit, Familie und Gesundheit“ verdeutlichen.

Arbeitsplatzerhaltung und -schaffung ist eine Grundlage für eine vernünftige und erfolgreiche Sozialpolitik in unserem Land. Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft ist der Ort, an dem sich das gesellschaftliche Leben widerspiegelt und der alle Bereiche umfasst – von den kleinen

Kindern über Kinderbetreuung, über die Frage des Verhältnisses von Jugend, Erwachsenen und Senioren, Seniorenpolitik, aber auch das Zusammenleben von Nichtbehinderten und Behinderten. Wir wissen, dass noch immer in den Familien die meisten Leistungen für diejenigen erbracht werden, die unter Benachteiligungen zu leiden haben.

Gesundheit ist eine der wesentlichen Aufgaben, die es zu bewältigen gibt. Das haben schon verschiedene Debatten auch in diesem Plenum gezeigt.

Weil wir diese Debatte bereits im letzten Plenum geführt haben, möchte ich an dieser Stelle schon betonen, dass die Antragsteller, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eigentlich nicht müde werden, zu behaupten, sich an ihren Inhalten messen lassen zu wollen. Meine Befürchtung ist allerdings, dass dieser erneute Antrag eine Abkehr von konkreter Sachpolitik auf das Feld der Semantik darstellt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es! – Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Die Hessische Landesregierung schlägt Ihnen eben mit den Themenfeldern Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Gesundheitspolitik die Benennung der Einzelfelder der Sozialpolitik vor. Uns ist es wichtig, uns an unseren Taten messen zu lassen,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das tun wir!)

in der Umsetzung dessen, was wir uns für die nächsten fünf Jahre vorgenommen und den Bürgern in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten versprochen haben.

Lassen Sie uns also lieber über konkrete Inhalte debattieren als über Namen und Etiketten.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir sind sicher, die von mir dargestellte inhaltliche Aufstellung der Landesregierung wird dazu beitragen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Grüttner. – Nun hat Frau Kollegin Schulz-Asche für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Staatsminister Grüttner, ich danke Ihnen ausdrücklich dafür, dass Sie hier noch einmal dargestellt haben, wie die jetzige Geschäftsverteilung der Landesregierung aussieht.

Ich denke, es ist noch einmal sehr deutlich geworden, dass der Begriff „Soziales“ in keinem Ministerium mehr vorkommt. Bundesweit sind wir tatsächlich das einzige Land, in dem es kein Ministerium mehr gibt, das sich für Soziales zuständig findet.

Ich finde, in Zeiten sozialer Krisen haben wir durchaus das Recht, die Leute darauf hinzuweisen, dass diese CDU/FDP-Landesregierung nicht bereit ist, auch im Na-

men auszudrücken, dass sie sich der Notlagen der Menschen annimmt.

Deswegen finde ich es richtig, hier heute erneut die Gelegenheit zu ergreifen und Sie erneut zu bitten, diesen Fehler, den Sie offensichtlich begangen haben, rückgängig zu machen – oder einzugestehen, dass es ein bewusster Ausdruck Ihrer neoliberalen Politik ist, die Sie auch auf Bundesebene anstreben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die soziale Frage, die Frage der Sicherung des sozialen Friedens ist für unsere Gesellschaft zentral. Die Menschen haben gerade in diesen Zeiten Angst um ihr Einkommen und um die Zukunft ihrer Kinder. Dem darf sich auch eine Landesregierung nicht verschließen. Die Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit, von Chancengerechtigkeit, und die Ermöglichung der Teilhabe für alle Menschen sind ein wichtiges Thema.

Wir haben das hier schon öfter kritisiert, aber in diesem Zusammenhang sage ich es noch einmal ganz deutlich: Das muss sich auch in einem Koalitionsvertrag ausdrücken. In diesem Vertrag von CDU und FDP drückt sich diese Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit aber nicht mehr aus.

Nach der „Operation düstere Zukunft“ – ich rate Ihnen wirklich, sich mit den sozialen Initiativen in unserem Land zu unterhalten – hat die verfehlte Namensgebung für das Ministerium dazu beigetragen, dass es eine große Angst gibt, nach den Konjunkturprogrammen jetzt stehe eine erneute „Operation düstere Zukunft“ an, die noch die letzten Pflänzchen einer Landessozialpolitik einfrieren wird.

In diesem Zusammenhang verstehe ich auch das Abstimmungsverhalten der SPD an diesem Punkt nicht. Meine Damen und Herren, natürlich drückt sich der Gestaltungswille eines Ministeriums auch in seinem Namen aus. Wenn das „sozial“ hier wegfällt, so ist das ein Zeichen dafür, dass das für diese Landesregierung kein zentrales Thema ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Herr Staatsminister Grüttner, Sie sind darauf eingegangen, wie wichtig die Felder sind, die jetzt noch im Namen dieses Ministeriums übrig geblieben sind, nämlich Arbeit, Familie und Gesundheit. Ich gebe zu, das sind tatsächlich ebenfalls zentrale Themen.

Aber sehen wir uns doch einmal an, was uns der Minister bisher zu den Themen Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik vorgelegt hat. Dazu liegt uns überhaupt nichts Konkretes vor – bis auf, wenn wir zum Thema Gesundheit kommen, ein ganzseitiges Interview des Ministers Banzer zum Thema Gesundheit in der letzten Woche. Wenn wir uns dann anschauen, welche Themen dort behandelt werden, so finden wir genau drei.

Das erste Thema ist das Rauchverbot. Dazu sagt der Minister: Da hat sich die FDP durchgesetzt.

Das zweite Thema sind jugendliche Testkäufer, um das Komasaufen zu verhindern. Danach kommt die Presseerklärung der FDP, in der gesagt wird: Hier sind wir mit dem Minister nicht einverstanden.

Das dritte Thema sind die zunehmend unhaltbaren Zustände im privatisierten Klinikum Gießen und Marburg. Auf die Frage, ob der Minister wie die FDP auch mit dem

Rhön-Vorstand reden möchte, sagt der Minister, das sei eigentlich nicht seine Zuständigkeit.

Meine Damen und Herren, das ist das, was im Moment zu den Begriffen, die Sie eben nochmals hervorgehoben haben, aus dem Ministerium gekommen ist. Dazu sage ich Ihnen: Das reicht nicht für eine vernünftige Sozialpolitik – nicht für eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik, nicht für eine vernünftige Familienpolitik und schon gar nicht für eine vernünftige Gesundheitspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, nach Art. 104 Abs. 2 Satz 2 der Hessischen Verfassung hat der Landtag das Recht, die Zuständigkeitsregelungen des Kabinetts zu ändern. Wir möchten von diesem Recht Gebrauch machen und fordern, dass das Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit mit dem Zusatz „und Soziales“ versehen wird. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schulz-Asche. – Nächster Redner ist Herr Kollege Burghardt für die CDU-Fraktion.

#### **Patrick Burghardt (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schulz-Asche, mich wundert es schon, dass Sie hier sagen, in dem Koalitionsvertrag sei kein Punkt Sozialpolitik enthalten. Schon am Zuschnitt des Ministeriums sehen Sie, dass das Thema Sozialpolitik sehr wichtig ist. Auch im Koalitionsvertrag finden Sie zu Familie und zu verschiedenen Punkten zu dem Thema Soziales genügend Nennungen, die auch Ihre Zustimmung finden werden.

Wir führen diese Diskussion, die aus meiner Sicht völlig an der Sache vorbeigeht, viel zu lange. Die inhaltlichen Sachthemen sollten wir in wichtige Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger in gesellschaftspolitischen Bereichen wie Arbeit, Familie und Gesundheit in den Vordergrund schieben und die ewige Diskussion um den Namen des Ministeriums endlich beenden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir mussten uns in der letzten Plenarrunde schon anhören, dass mit dem Titel „Arbeit, Familie und Gesundheit“ nichts anzufangen sei; und ich behaupte jetzt: Wenn Sie aus dem Saal gehen und auf der Gasse einmal fragen, was denn Sozialpolitik sei, dann werden die Stichworte Arbeit und Gesundheit gar nicht erst fallen. Für die CDU und die FDP sind das aber zwei ganz wichtige Themen, und deswegen gehören sie in den Titel des Ministeriums.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die drei Bereiche Arbeit, Familie und Gesundheit spiegeln die klassischen Kernbereiche der Sozialpolitik wider und sind die Zukunftsthemen unserer Gesellschaft. Der Bereich Arbeit beinhaltet umfangreiche Aufgaben von aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik. Sozial ist, was Arbeit schafft und sichert. Dies ist die Leitlinie der Arbeitsmarktpolitik des Landes Hessen. Die Situation auf

dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu verbessern und die Arbeitslosigkeit abzubauen, ist daher ein erklärtes Ziel der CDU/FDP-geführten Landesregierung. Zur Familie als kleinster Einheit unserer Gesellschaft gehören Kinder, Jugendliche, Frauen, Senioren und Behinderte gleichermaßen. Familienpolitik ist somit eine Querschnittsaufgabe von besonderer Bedeutung.

Unter die Bezeichnung Gesundheit fällt die Gesundheitsversorgung mit der Sicherung und dem Ausbau der gesundheitlichen Infrastruktur ebenso wie der Ausbau der Prävention. Ziel ist es, mit dieser Namensgebung auf die zahlreichen Gesellschaftsthemen, die unsere Bürgerinnen und Bürger in Hessen betreffen, hinzuweisen. Das Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit ist das Zukunfts- und Gesellschaftsministerium, das mit unserer schwarz-gelben Politik die Weichen für die Gesellschaft der Zukunft in Hessen stellen soll.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zum Schluss möchte ich noch eine Bitte loswerden: Lassen Sie uns endlich von der Diskussion um den Namen des Sozialministeriums bzw. des Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit wegkommen und endlich über Inhalte diskutieren, die die Bürgerinnen und Bürger wirklich beschäftigen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Burghardt. Das war die erste Rede des Kollegen Burghardt hier im Parlament. Dazu herzlichen Glückwunsch des gesamten Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Spies für die SPD-Fraktion.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Burghardt hat eben einen sehr bezeichnenden Satz getan – ich darf diesen noch einmal wiederholen –: Mit dem Namen des Ministeriums wird auf die zahlreichen Themen, um die es da geht, hingewiesen.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, genau das ist das Problem, und deshalb ist es keine linguistische Übung, über die Namensgebung dieses Ministeriums zu diskutieren, sondern es ist Ausdruck einer politischen Inhaltssetzung. Diese Inhaltssetzung haben Sie eben vorgenommen, verehrter Herr Kollege Burghardt. Dazu darf man Sie in Ihrer ersten Rede wirklich beglückwünschen. Sie haben noch einmal sehr deutlich gemacht, was der Gedanke dahinter ist: Sozial ist, was Arbeit schafft.

Jetzt schauen wir uns die Vorlage der Landesregierung genauer an und stellen fest: Da gibt es ja doch noch mehr als Arbeit. Es gibt z. B. das Thema Menschen mit Behinderungen. Meine Damen und Herren, im Umgang mit Menschen mit Behinderungen ist die Reduzierung von Sozialpolitik auf: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, grober Unfug, mit Verlaub.

(Beifall bei der SPD – Janine Wissler (DIE LINKE): Das stimmt!)

Dann finden wir darin die Zuständigkeit für die Schuldnerberatung. Bei der Schuldnerberatung ist die Reduzie-

rung von Sozialpolitik auf: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, grober Unfug. Deshalb gilt das in gleicher Weise. Genau darin liegt das Problem, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU)

In der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen und Heimatvertriebenen – auch diese gehören zur Zuständigkeit dieses Ministeriums – ist die Reduzierung auf: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, auch eine beachtliche Einschränkung. Da liegen die Probleme, das wissen wir doch, ganz anders.

Meine Damen und Herren, es ist übrigens sehr interessant, dass die Landesregierung an dieser Stelle eine zentrale Herausforderung, wie wir jedenfalls aus der Enquete-Kommission zur Demografie der letzten Legislaturperiode wissen, nämlich die Frage der Integrationspolitik, nunmehr auf zwei Ministerien verteilt. Das eine ist nämlich zuständig für die Integration und das andere für die Heimatvertriebenen. Wenn man sich die Probleme, insbesondere mit Jugendlichen aus Aus- und Übersiedlerfamilien, anschaut, dann werden wir mit Interesse feststellen, wie da zwei wieder zusammenkommen. Nein, Herr Minister, Sie können einem schon leidtun.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie können einem wirklich leidtun. Sie haben ein kleines Restministerium bekommen, ein Ministerium, wo die Sozialpolitik über Jahre hinweg aus dem Abbau von Zuständigkeiten eben des Ministeriums bestand. Jetzt kommt da auch noch die FDP und sagt Ihnen dauernd, dass das, was Sie wollen, gar nicht geht. Sie können einem leidtun.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Meine Damen und Herren, insofern ist die Namensgebung politisch falsch, aber vollständig folgerichtig. Mit der „Operation düstere Zukunft“ ist in Hessen die Sozialpolitik auf ein Minimum zusammengefahren worden.

(Beifall bei der SPD)

Mit den Methoden der Kommunalisierung hat sich das Land aus der sozialpolitischen Verantwortung herausgemacht. Mit dem Mantra der Privatisierung hat man sich der Reste der Sozialpolitik entledigt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Deshalb hat die SPD 22 %!)

Lassen Sie mich noch auf ein Thema eingehen. Wir hatten ja gerade die Frage der Armutsbekämpfung. Meine Damen und Herren, dass nun die Senioren, der Bereich der Altenpflege und – viel spannender, da wären wir wieder bei den Herausforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft – gerade die soziale Dimension z. B. der Seniorenpolitik im Namen Ihres Ministeriums keine Rolle spielten – wir haben gerade gehört und der Minister hat im Interview gesagt, dass der Name des Ministeriums sage, worum es gehe –, zeigt offenkundig: Es geht nicht um die Leute, die in absehbarer Zeit die Hälfte der Bevölkerung ausmachen werden, nämlich die Senioren. Die Herausforderung ist da nicht, das Ganze auf die Rentenpolitik zu reduzieren. Gerade die Frage, wie wir dafür sorgen, dass aus mehr Jahren gute Jahre werden, und zwar für alle und überall in Hessen, ist eine der zentralen Herausforderungen der Sozialpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, leider überall sonst, nur nicht in Hessen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Warum sind Sie bei 22 %?)

Nein, die Festlegung auch der Namensgebung dieses Ministeriums zeigt, dass es mit der Sozialpolitik in Hessen weiter auf dem Weg nach unten geht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Oh, das sieht man Ihnen an!)

Wir bedauern das, aber man hat ja vorher wissen können, was einen erwartet und dass es so weitergeht.

Meine Damen und Herren, setzen Sie ein Zeichen. Geben Sie sich einen Ruck, und tun Sie dem Herrn Minister einen Gefallen. Machen Sie deutlich, dass er auch etwas zu sagen hat. Ändern Sie den Namen des Ministeriums, damit deutlich wird, auch in Hessen gibt es in Zukunft noch Sozialpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Spies. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schott für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! „Ein Sozialministerium ist ein Ministerium, zuständig für die Sozialpolitik eines Staates“, heißt es bei Wikipedia. Ein Land, das kein Sozialministerium und keinen Sozialminister hat, hat auch keine Verantwortlichkeit für Sozialpolitik und damit letztlich auch gar keine Sozialpolitik mehr.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ei, ei, wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Herr Grüttner, Sozialpolitik ist mehr als nur die Summe aus Arbeit, Familie und Gesundheit. Aber nicht einmal das haben Sie verstanden, oder Sie wollen es nicht verstehen. Wo wollen Sie denn z. B. die Schuldnerberatung ansiedeln, wenn Sie denn welche machen wollten? Aber ich glaube, Sie wollen es nicht. Oder die Drogenpolitik? Und die Senioren summieren Sie vermutlich unter „Familie“, ob sie Familie haben oder nicht. Auch das habe ich nicht verstanden.

Herr Burghardt, ich kann auch verstehen, dass es Ihnen peinlich ist, dass hier wieder und wieder über Sozialpolitik gesprochen wird, denn eine solche Ignoranz öffentlich zu machen, die Sie da an den Tag legen, kann nicht einmal Ihnen gefallen. Wir fordern die Regierung auf, nicht nur den Namen des Ministeriums zu ändern, sondern endlich auch wieder eine verlässliche Sozialpolitik zu machen.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir wollen, dass die Bevölkerung verbindlich weiß, dass ihre Existenz gesichert ist, wenn sie in Not gerät, dass es für die verschiedensten Lebenslagen Beratungen gibt, dass unsere Jugendämter die Mittel zur Verfügung haben, die sie brauchen, um unseren Kindern die größtmögliche Sicherheit und die besten Chancen zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit abzusichern – eben falls die Familien versagen –, dass Seniorinnen und Senioren wissen, wohin sie sich wenden müssen, wenn sie Unterstützung benötigen.

Es kann nicht sein, dass das Soziale zur nicht mehr zu benennenden Nebensache wird, dass Kommunen und sozi-

ale Träger damit alleingelassen werden und dass wir irgendwann völlig vergessen werden, dass es eine Aufgabe des Staates ist, für seine Bürger zu sorgen und sie nicht nur zum Wahlvolk und zum Steuerzahler zu machen.

Wir befinden uns in einer Krise. Ach ja, stimmt: Seit letzter Woche wissen wir, dass die Regierung nicht weiß, was das für eine Krise ist.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eieiei!)

Wir befinden uns in einer Krise, in der bereits Tausende von Menschen kurzarbeiten. Niemand weiß, wie viele ihre Arbeit verlieren werden. Der Dominoeffekt wird kaum aufzuhalten sein. Wenn wir hier nicht sicherstellen, dass Menschen Unterstützung, Beratung und den notwendigen wirtschaftlichen Support erhalten, werden die danach folgenden Probleme überhaupt nicht mehr handelbar sein. In einer solchen Situation auf ein Sozialministerium zu verzichten und das Ganze nur noch „Arbeit, Familie und Gesundheit“ zu nennen, zeugt von Ignoranz und unbeschreiblicher Gleichgültigkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Judith Lannert (CDU): Es kommt auf die Inhalte an!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Das Wort hat Herr Kollege Mick für die FDP-Fraktion.

#### **Hans-Christian Mick (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Dr. Spies, Sie haben gerade mit Verve für den Antrag der GRÜNEN gesprochen. Ich frage mich schon ein bisschen, warum Sie diesem Antrag im Sozialpolitischen Ausschuss nicht zugestimmt, sondern sich enthalten haben. Ganz so zufrieden können Sie mit dem Antrag doch nicht sein. Da verstehe ich Ihre Argumentation nicht ganz.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Wortmeldung des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Der Antrag, den wir gerade beraten, war noch gar nicht im Ausschuss!)

Wir haben das Thema schon beim letzten Mal im Plenum behandelt. Wir haben auch im Sozialpolitischen Ausschuss schon ausführlich darüber diskutiert. Deswegen möchte ich zum Inhalt gar nicht mehr Stellung nehmen. Ich denke, es wird auch langsam ermüdend. Fakt ist: Der Sozialpolitische Ausschuss hat es abgelehnt. Die Fraktion der FDP wird es wieder ablehnen. Ich gehe ganz stark davon aus, dass die Kolleginnen und Kollegen von der CDU es auch wieder ablehnen werden.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Vielleicht stimmen Sie jetzt wieder zu. Vielleicht wird der Antrag beim nächsten Plenum noch einmal gestellt. Dann sagen Sie Nein. Dann haben Sie alle drei Möglichkeiten durch. Ich weiß es nicht. Auf jeden Fall bringt uns diese Geschichte in der Sache wirklich nicht weiter.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen möchte ich es auch ganz kurz machen. Ich denke, die Argumente sind ausgetauscht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die FDP hat noch nie etwas von sozial gehört! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Was ist Ihr Argument?)

Wir haben noch viele wichtige und interessante Punkte auf der Tagesordnung. Ich würde mich freuen, wenn wir wieder zur Sachpolitik zurückkehren können. Insofern würde ich mich auch freuen, wenn wir das Ganze nicht wieder an den Sozialpolitischen Ausschuss überweisen, sondern direkt abstimmen könnten und uns wieder der Sachpolitik zuwenden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Mick. – Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor.

Mir wurde signalisiert, dass der Antrag der GRÜNEN sofort abgestimmt werden soll. Damit komme ich zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie, Gesundheit und Soziales, Drucks. 18/225. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Zur Mitteilung der Landesregierung über die Zuständigkeit der einzelnen Ministerinnen und Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen, Drucks. 18/182, möchte ich folgenden Brief der Landesregierung verlesen:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Hessische Landesregierung hat am 23. März beschlossen, dass in der Vorlage betreffend die Zuständigkeit der einzelnen Ministerinnen und Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen bei Ziffer 224 in der Fußnote der Klammerzusatz „(mit Ausnahme des Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa)“ entfernt wird. Eine Kenntnisnahme im Plenum sollte daher ebenfalls ohne den Klammerzusatz erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Grüttner

Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie die geänderte Drucksache sowohl im Drucksachenpool als auch im Intranet finden. Somit nehmen wir diese Mitteilung in ihrer geänderten Form zur Kenntnis.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 15: Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Nachwuchswerbung für die freiwilligen Feuerwehren in Hessen und Ableistung des freiwilligen sozialen Jahres (FSJ) bei den freiwilligen Feuerwehren, Drucks. 18/183.

Herr Kollege Wintermeyer.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Frau Präsidentin, wir hatten uns vorhin zwischen den parlamentarischen Geschäftsführern geeinigt, dass wir heute nur noch die Beschlussempfehlungen zu Petitionen aufrufen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Das ist grundsätzlich eine gute Idee. Wie sieht es mit den anderen Beschlussempfehlungen aus? – Gut.

Dann kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 53:**

#### **Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 18/161 –**

Wer den Beschlussempfehlungen die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit sind die Beschlussempfehlungen so beschlossen.

Wir kommen jetzt noch zu den „normalen“ Beschlussempfehlungen.

#### **Tagesordnungspunkt 44:**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Nachtflugverbot für den Flughafen Frankfurt – Drucks. 18/186 zu Drucks. 18/42 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Kaufmann. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 45:**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Jobmotor Flughafen Frankfurt am Main – Ausbau und Zehntausende Arbeitsplätze kommen – Drucks. 18/187 zu Drucks. 18/77 –**

Berichtersteller ist ebenfalls Herr Kollege Kaufmann. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 47:**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Betreuung von Langzeitarbeitslosen – Drucks. 18/211 zu Drucks. 18/131 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Merz. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.



Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 48:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend gesetzliche Krankenversicherung zukunftsfest machen – Drucks. 18/212 zu Drucks. 18/145 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Rock. – Wir verzichten auf die Berichterstattung und stimmen gleich ab.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 49:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen braucht weiterhin ein Sozialministerium – Drucks. 18/213 zu Drucks. 18/43 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Dr. Spies. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung und stimmen gleich ab.

Wer der Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 50:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend solidarische Krankenversicherung stärken – Drucks. 18/214 zu Drucks. 18/75 –**

Berichtersteller ist auch hier Herr Kollege Rock. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung. Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 51:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend einstimmigen Beschluss der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister zur Neuorganisation des SGB II umsetzen – Drucks. 18/215 zu Drucks. 18/76 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Merz. – Wir verzichten auf die Berichterstattung und kommen gleich zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

**Tagesordnungspunkt 52:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Verurteilung rechter Gewalt, zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Verurteilung rechtsextremistischer Gewalt und zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Verurtei-**

**lung von Extremismus in Hessen – Drucks. 18/217 zu Drucks. 18/46, zu Drucks. 18/47 und zu Drucks. 18/49 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Franz. – Wir verzichten auf die Berichterstattung und kommen gleich zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Wer ihr die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit ist sie angenommen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ist sie nicht! – Wortmeldung des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

– Entschuldigung, dann noch einmal. – Wer ihr die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 59:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Evangelische Fachhochschule Darmstadt – Drucks. 18/272 zu Drucks. 18/53 –**

Berichterstellerin: Frau Kollegin Sorge. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung und kommen gleich zur Abstimmung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 60:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend sichere Zukunft für die Evangelische Fachhochschule Darmstadt – Drucks. 18/273 zu Drucks. 18/153 –**

Auch hier Berichterstattung durch Frau Kollegin Sorge. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 61:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend neues Zuweisungsverfahren für Hessens Schulen – Drucks. 18/274 zu Drucks. 18/73 –**

Berichterstattung: Herr Kollege Wagner (Taunus). – Wir verzichten auf die Berichterstattung und kommen gleich zur Abstimmung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 62:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Lehrerzuweisung neu strukturieren – Transparenz herstellen, Ressourcen zielgerichtet einsetzen – Drucks. 18/275 zu Drucks. 18/135 –**

Auch hier Berichterstattung durch Herrn Kollegen Wagner (Taunus). – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung und kommen gleich zur Abstimmung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir sind nun am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen und sonnenreichen Abend. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder. Herzlichen Dank.

(Schluss: 18:12 Uhr)